



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1958

Samstag, den 8. November 1958

Nr. 45

INHALT	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident		
Verleihungen des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland	1329	
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. 10. bis 25. 10. 1958	1329	
Der Hessische Minister des Innern		
Polizeiverkehrsbereitschaften im Lande Hessen	1330	
Allgemeine Zustimmung zu Befehlen von baurechtlichen Bestimmungen, welche den Bau von Lichtspieltheatern betreffen	1330	
Änderungen der Übergangssatzung zum Hessischen Versorgungsgesetz	1330	
Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Offenbach im Dillkreis	1332	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Michelbach im Untertaunuskreis	1332	
Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Niederweidbach im Landkreis Biedenkopf	1332	
Einziehung von Tuberkulinen	1332	
Anordnung über die Dienstbekleidung, die Dienstgrade, die Dienstbezeichnungen und die Stellenpläne der Freiwilligen Feuerwehren	1332	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Erhöhung der Grundvergütung für Tarifangestellte — Tarifvertrag vom 23. Juli 1958; hier: Anschlußtarifvertrag mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes	1332	
Allgemeines Kriegsfolgengesetz (AKG); hier: Durchführung der Nachversicherung gem. § 99	1333	
Entschädigung für die Benutzung eigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen	1333	
Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung		
Bewertungsergebnisse über die 167., 168. und 169. Bewertungssitzung der Filmbewertungsstelle Wiesbaden	1334	
Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr		
Zulassung zur mündlichen Verhandlung vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit	1336	
Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnißscheinen	1336	
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	1336	
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Holzhausen d. A., Untertaunuskreis	1340	
Flurbereinigung Radheim, Krs. Dieburg	1340	
Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Weinbach, Krs. Oberlahn	1341	
Personalnachrichten		
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1341	
D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	1342	
Regierungspräsidenten		
WIESBADEN		
Ungültigkeitserklärung einer Bescheinigung gem. § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG)	1343	
Buchbesprechungen	1344	
Öffentlicher Anzeiger	1346	
Schulverbandsatzung d. Gemeinden Hauswurz u. Kauppen	1359	

1098

Der Hessische Ministerpräsident

Verleihungen des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Der Herr Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an folgende besonders verdiente Frauen und Männer verliehen.

VERDIENSTKREUZ I. KLASSE

Gläser, John, Kammersänger, Frankfurt/Main,
Schütze, Gustav Adolf, Direktor, Wiesbaden,
Vogel, Josef, Bürgermeister und M. d. L., Hamerz,
Weck, Arnold, Obermagistratsrat, Kronberg/Ts.

VERDIENSTKREUZ AM BANDE

Fendel, Josef, Weingutsbesitzer, Rüdesheim-Eibingen,
Froherz, Karl, Landtagsstenograph a. D., Wiesbaden,
Goebels, Otto, Geschäftsführer, Limburg/Lahn,
Leisten, Anton, Fabrikant, Neu-Isenburg,
Mayer, Valentin Ludwig, Direktor, Griesheim,
Menzel, Alfred, Verwaltungsamtmann, Kassel,
Mogk, Heinrich, Bürgermeister, Ehzell,
Mohr III, Georg, Zimmermeister, Flörsheim/Main,
Osswald, Idel, Vorsitzende des Landfrauenverbandes
Hessen-Nassau e. V., Ilbenstadt,
Wenz, Fritz, Kaufmann, Wiesbaden-Schierstein

VERDIENSTMEDAILLE

Hofmann, Georg Ludwig, Altbürgermeister, Ulfa

Wiesbaden, 24. 10. 1958

Der Hessische Ministerpräsident
II/3 Az. 14 a 02/03
St.Anz. 45/1958 S. 1329

1099

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 12. 10. bis 25. 10. 1958

	Preis DM
Statistische Berichte	
Die Wohnbevölkerung der Hessischen Gemeinden am 31. 3. und 30. 6. 1958	1,50
Wahlergebnisse in Hessen (Vergleichszahlen zur Landtagswahl am 23. November 1958)	1,—
Endgültige Ernteschätzung einiger Gemüsearten und Erntevorschätzung für Spätgemüsearten Ende Sept. 1958	—,25
Stand der Reben in Hessen Ende September 1958	—,25
Ergebnisse aus betriebswirtschaftlichen Meldungen vom September 1958	
Eiererzeugung und -verwendung	
Schweinebestandsentwicklung	
Ergebnisse der Schweineverkäufe	
Preisberichterstattung	
Vorräte an Getreide	—,50
Industrie und Bauhauptgewerbe im August 1958	1,—
Umsatzentwicklung des Einzelhandels in Hessen im September 1958 — Schnellbericht —	—,25
Die Ausfuhr Hessens im August 1958	—,75
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im September 1958	
Vorauswertung — vorläufige Zahlen	—,25

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 1958 und Straßenverkehrsunfälle 1957 und 1958 (vorläufige Zahlen)	1,—
Fremdenverkehr in den Hessischen Berichtsgemeinden im August 1958	—,75
Landes- und Bundessteuern in Hessen im Sept. 1958	—,25
Preisindex für den Wohnungsbau in Hessen im August 1958	—,25

Einzelhandelspreise in Hessen und die Preisbewegung bei den Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs im September 1958	—,75
Wiesbaden, 25. 10. 1958	
Hessisches Statistisches Landesamt	
Z 4 (a) Az.: 77a 240/58	
St.Anz. 45/1958 S. 1329	

1100**Der Hessische Minister des Innern**

An alle Polizeidienststellen im Lande Hessen
Polizeiverkehrsbereitschaften im Lande Hessen

Organisatorische Umstellungen bei den Polizeiverkehrsbereitschaften machen die nachfolgend aufgeführten Änderungen meines Runderlasses vom 16. September 1957 (St.Anz. S. 978) erforderlich.

- Der zweite Absatz erhält folgende Fassung:
„Unter Berücksichtigung der endgültigen Gliederung der Landespolizei und der bisher gemachten verkehrspolizeilichen Erfahrungen wird hinsichtlich der Zuständigkeit der Polizeiverkehrsbereitschaften folgendes bestimmt:“
- In Abschnitt „3. Örtliche Zuständigkeit“ ist hinter dem zweiten Satz einzufügen:
„Dabei ist zu beachten, daß nach § 1 Absatz 3 und Absatz 4 (Nr. 4 und 5) des Bundesfernstraßengesetzes vom 6. August 1953 (BGBl. S. 903) auch die Anschlußstellen, die Nebenanlagen und Nebenbetriebe (z. B. Tankstellen, bewachte Parkplätze, Verladeanlagen, Raststätten) mit unmittelbarem Zugang zur Bundesautobahn Teile derselben sind.“
- Hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit (Leitzahl 3 des Bezugserrlasses) treten folgende Änderungen ein:

PVB. Darmstadt

- Bundesautobahn 6 von der südlichen Landesgrenze bis Kilometer 491,0 (Anschlußstelle Ffm.-Nord einschließlich)
Bundesautobahn 7 von Kilometer 161,3 (Anschlußstelle Rüsselsheim einschließlich) bis ostwärtige Landesgrenze Bundesautobahn 38 (nach Kaiserslautern) von der Abzweigung an der Bundesautobahn 6 bis zur südwestlichen Landesgrenze
Bundesstraße 26

PVB. Wiesbaden

- Bundesautobahn 7 von der Landesgrenze nordwestlich Limburg bis Kilometer 161,3 (Anschlußstelle Rüsselsheim ausschließlich)
Bundesstraßen 40/54 (zwischen Stadtgrenze Ffm. und Stadtgrenze Wiesbaden) und 42

Wiesbaden, 22. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
III d (1) — Az.: 21 c 04
St.Anz. 45/1958 S. 1330

1101

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

Allgemeine Zustimmung zu Befreiungen von baurechtlichen Bestimmungen, welche den Bau von Lichtspieltheatern betreffen

Gemäß § 6 Abs. 3 Satz 2 des Bauaufsichtsgesetzes vom 6. März 1954 (GVBl. S. 21) erteile ich für alle von Ihnen ausgesprochenen Befreiungen von den Vorschriften der §§ 36 bis 44 der preußischen Polizeiverordnung über die Anlage und Einrichtung von Lichtspieltheatern und über Sicherheitsvorschriften bei Lichtspielvorführungen vom 18. März 1937 (Preuß. Gesetzsamm. S. 41) allgemein meine nach § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. c) des Bauaufsichtsgesetzes erforderliche Zustimmung, soweit sich die Befreiungen im Rahmen der mit Runderlaß vom 21. 10. 1958 — Vd — 64 b 06 — 9/58 — eingeführten „Vorläufigen Richtlinien für den Bau und Betrieb

von Bildwerferräumen bei ausschließlicher Verwendung von Sicherheitsfilmen und für Lichtspielvorführungen mit Sicherheitsfilm“ halten.

Wiesbaden, 21. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
Vd — 64 b 06 — 9/58
St.Anz. 45/1958 S. 1330

1102**Änderungen der Übergangssatzung zum Hess. Versorgungskassengesetz**

Die nachstehenden, vom Verwaltungsrat der Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt beschlossenen Satzungsänderungen werden hiermit aufsichtsbehördlich genehmigt:

I.

Die Übergangssatzung zum Hess. Versorgungskassengesetz vom 20. Juni 1943 (Hess.Reg.Bl. 1943 S. 44) wird wie folgt geändert:

- In § 4 Abs. 1 Satz 2 tritt an die Stelle des Wortes „Leiter“ das Wort „Verwaltungsrat“.
- § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5 Ruhegehaltsgewährung

1. Wird das Dienstverhältnis eines Versicherten wegen dauernder Dienstunfähigkeit oder wegen Vollendung des 65. Lebensjahres beendet, so hat der Versicherte nach Maßgabe dieser Satzung Anspruch auf Ruhegehalt. Der Nachweis der Dienstunfähigkeit ist durch Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses zu erbringen.

2. Ruhegehalt wird vom Ersten des folgenden Monats an gewährt, in dem der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet und aus dem Dienst ausscheidet oder in dem seine dauernde Dienstunfähigkeit amtsärztlich festgestellt wird.“

3. § 8 erhält folgende Fassung:

„§ 8 Höhe des Ruhegehalts

1. Das Ruhegehalt beträgt bei vollendeter Wartezeit (§ 6 Abs. 1 dieser Übergangssatzung) sowie im Falle des § 6 Abs. 2 dieser Übergangssatzung 35 vom Hundert und steigt nach vollendetem 10. Dienstjahr mit jedem weiteren zurückgelegten vollen Dienstjahr bis zum vollendeten 25. Dienstjahr um 2 vom Hundert und von da ab mit jedem weiteren zurückgelegten Dienstjahr um 1 vom Hundert bis zum Höchstsatz von 75 vom Hundert des festgesetzten ruhegehaltfähigen Diensteinkommens.

2. Erleidet der Versicherte ohne eigenes Verschulden in Ausübung oder aus Veranlassung der Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit einen Unfall, (Dienstunfall), der ihn dauernd dienstunfähig macht, so kann der Verwaltungsrat bestimmen, daß das Ruhegehalt um einen Betrag bis zu 20 vom Hundert des ruhegehaltfähigen Diensteinkommens erhöht wird; der in Absatz 1 genannte Höchstsatz darf jedoch nicht überschritten werden.“

4. § 9 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

3. Für die Anrechnung von ruhegehaltfähigen Dienstzeiten gelten die allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften. Die Anrechnung von ruhegehaltfähigen Dienstzeiten auf Grund von Soll- und Kannvorschriften erfolgt nur auf Antrag und nur gegen Nachentrichtung von Umlage aus dem im Antragsjahr maßgebenden Dienstehelkommen und nach dem für das Antragsjahr geltenden Umlage-Hebesatz.“

5. § 9 Abs. 4 wird gestrichen.

6. § 10 erhält folgende Fassung:

„§ 10 Ruhegehaltfähiges Dienst Einkommen

1. Ruhegehaltfähig ist das Einkommen, das dem Versicherten bei seiner Ruhestandsversetzung auf Grund einer bestehenden Gehalts-, Tarif- oder Lohnordnung oder eines besonderen Dienstvertrags gewährt wurde. Bei der Berechnung des Ruhegehalts ist gegebenenfalls der Wohnungsgeldzuschuß (Ortszuschlag) für die Ortsklasse des letzten dienstlichen Wohnsitzes, höchstens jedoch für die Ortsklasse A, maßgebend.

2. Ist das Dienst Einkommen nicht in Anlehnung an das Besoldungsrecht oder an eine bestehende Gehalts-, Tarif- oder Lohnordnung geregelt, so ist es unter Zugrundelegung der festen Vergütung und unter Berücksichtigung der als ruhegehaltfähig bezeichneten Sach- und wandelbaren Bezüge (§ 36 dieser Satzung) festzusetzen. Die Höhe dieses Wertanschlages wird nach dem tatsächlichen Durchschnitt in den der Festsetzung vorausgegangenen drei Rechnungsjahren oder, falls dies für den Versicherten günstiger ist, nach dem Durchschnitt der Gesamtversicherungszeit, frühestens jedoch vom 1. Dezember 1948 an, bemessen.

3. Einkommenserhöhungen, die nur vorübergehend oder in den dem Eintritt in den Ruhestand vorausgegangenen drei Rechnungsjahren außerhalb der allgemeinen oder tarifrechtlichen Veränderungen bewilligt wurden, werden nicht berücksichtigt.

4. Die Entscheidung, ob und welche Teile des Dienst Einkommens als ruhegehaltfähig zu gelten haben, trifft im Zweifelsfalle der Verwaltungsrat.

5. Wären zu dem Dienst Einkommen Kinderzuschläge nach tariflichen oder beamtenrechtlichen Bestimmungen zu gewähren, so werden diese Kinderzuschläge auch zu den Versorgungsbezügen gewährt.“

7. § 13 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Stirbt ein Ruhegehaltsempfänger und hinterläßt er eine Witwe oder eheliche oder für ehelich erklärte Abkömmlinge oder Adoptivkinder, die mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebten, so wird diesen Hinterbliebenen das Ruhegehalt noch für das auf den Sterbemonat folgende Vierteljahr als Sterbegeld ausgezahlt.“

8. In § 19 tritt an die Stelle des Wortes „Leiter“ das Wort „Verwaltungsrat“.

9. § 21 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Hat eine witwengeldberechtigte Witwe sich wieder verheiratet und stirbt der Ehemann, so kann nach dessen Tod der Witwe, falls sie keinen neuen Versorgungsanspruch erworben hat, das Witwengeld wieder gewährt werden. Als neuer Versorgungsanspruch ist auch die Rente aus der Sozialversicherung des letzten Ehemannes anzusehen.“

10. § 24 erhält folgende Fassung:

„§ 24 Ruhen der Versorgungsbezüge

Für das Ruhen der Versorgungsbezüge finden die Vorschriften des § 127 des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen (HBG) i. d. F. vom 11. November 1954 (GVBl. S. 239) entsprechende Anwendung.“

11. § 27 wird gestrichen.

12. § 28 erhält folgende Fassung:

„§ 28 Verhältnis zur gesetzlichen Rentenversicherung

1. Durch die Versicherung bei der Versorgungskasse wird ein freiwilliges Versicherungsverhältnis bei der gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten nicht berührt.

2. Eine Anrechnung von etwaigen aus der gesetzlichen Rentenversicherung den Versicherten oder ihren Hinterbliebenen zustehenden Sozialrenten auf die Versorgungsbezüge findet nur in den Fällen statt, in denen die gesetzliche Rentenversicherung auf Rechnung der Versorgungskasse übernommen wurde. Die bei der Ruhestandsversetzung oder der Gewährung von Hinterbliebenenbezügen festgestellten Anrechnungsbeträge nach Satz 1 dieses Absatzes bleiben für die Dauer des Versorgungsbezuges unverändert, solange dem Versorgungsempfänger hieraus kein Nachteil erwächst.“

13. § 29 erhält folgende Fassung:

„§ 29 Ausscheiden aus dem Dienst — Beitrags erstattung

1. Mit dem Ausscheiden aus dem Dienst scheidet der Versicherte auch aus der Versorgungskasse aus und verliert damit, abgesehen von dem Fall der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung gemäß § 31 dieser Satzung, für sich und seine Hinterbliebenen jeden Anspruch an die Versorgungskasse. Andere Gründe berechtigen nicht zum Ausscheiden aus der Versorgungskasse. In besonderen Fällen kann der Verwaltungsrat das Ausscheiden zulassen. Kann in diesem Falle eine Nachversicherung gemäß § 33 dieser Satzung nicht durchgeführt werden, so kann eine angemessene Abfindungssumme bewilligt werden.

2. Scheidet der Versicherte aus der Versorgungskasse aus, so werden ihm auf Antrag die von ihm gezahlten Beitragsanteile ohne Zinsen zurückerstattet. Dies gilt nicht:

- wenn eine Nachversicherung nach § 33 dieser Satzung durchgeführt wurde,
- bei Ausscheiden gemäß § 7 dieser Satzung,
- wenn der Ausscheidende in das Beamtenverhältnis berufen wird und Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen hat,
- wenn eine Abfindungssumme nach Abs. 1 gewährt wurde.

3. Der Antrag auf Rückerstattung ist binnen zwei Jahren, vom Dienstausscheiden an gerechnet, zu stellen.

4. Versicherten, die 1945 aus politischen Gründen aus dem Dienst ausgeschieden sind, wird im Falle des Abs. 2 außer den von ihnen gezahlten Beitragsanteilen auch die von der Anstellungskörperschaft entrichtete Umlage ohne Zinsen ausgezahlt.

5. Auf Versorgungsempfänger, die 1945 aus der Versicherung ausgeschieden waren, denen aber ein bereits rechtskräftig gewordener Bescheid erteilt wurde, finden die Bestimmungen des § 29 Abs. 1 und des § 39 dieser Übergangssatzung keine Anwendung.“

14. § 31 erhält folgende Fassung:

„§ 31 Freiwillige Fortsetzung der Versicherung

1. Nach Zurücklegung der Wartezeit (§ 6 Abs. 1 dieser Satzung) kann bei Vorliegen besonderer Verhältnisse dem Versicherten durch den Verwaltungsrat gestattet werden, die Versicherung freiwillig auf seine Kosten fortzusetzen, sofern er ohne eigenes Verschulden aus dem Dienst ausgeschieden ist. Der Antrag muß innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden aus dem Dienst gestellt werden.

2. Eine freiwillige Fortsetzung der Versicherung ist ausgeschlossen, wenn der Ausscheidende in das Beamtenverhältnis überführt wird und Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erwirbt.

3. Für die Dauer der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung hat der Versicherte die jeweils für die im Dienst befindlichen Versicherten zu entrichtenden Umlagen aus eigenen Mitteln aufzubringen. Als umlagepflichtiges und ruhegehaltfähiges Einkommen bleibt das bei seinem Ausscheiden zuletzt bezogene Dienst Einkommen maßgebend. Die landesrechtlichen Vorschriften zur Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge finden Anwendung.

4. Die Versicherten, denen die Aufrechterhaltung der Anwartschaft auf Versorgung gestattet wurde (Anerkennungsgebührrzahler) haben als Anerkennungsgebühr die Hälfte der nach § 34 im Rj. 1943 festgesetzten Umlage, das sind 17 vom Hundert, zu entrichten. Umlagepflichtig und ruhegehaltfähig ist das Einkommen, wie es beim Inkrafttreten dieser Satzung (in der Fassung vom 20. 6. 1943) festgesetzt war. Die landesrechtlichen Vorschriften zur Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge finden Anwendung.

5. Bleibt der freiwillig Versicherte oder Anerkennungsgebührrzahler mit der Entrichtung seiner Schuldschulden länger als 6 Monate von der Fälligkeit an im Rückstand, so erlöschen alle Ansprüche an die Versorgungskasse. Die Vorschrift des § 33 dieser Satzung bleibt unberührt.“

15. § 32 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Im Falle der freiwilligen Fortsetzung der Versicherung oder der Aufrechterhaltung der Ruhegehaltsanwartschaft wird Ruhegehalt vor Vollendung des 65. Lebensjahres erst dann gewährt, wenn durch Vorlage eines amtsärztlichen

Zeugnisses nachgewiesen ist, daß der Versicherte wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens dauernd nicht mehr imstande ist, die zuletzt von ihm bekleidete Dienststelle weiter zu versehen.“

16. § 36 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Umlagepflichtig ist das Zwölfwache des Dienststeinkommens, das der Versicherte für den Monat Oktober des Rechnungsjahres bezogen hat. Besteht das Dienststeinkommen nicht aus einer festen Besoldung, sondern aus wandelbaren Bezügen (Gebühren) oder aus Sachbezugswerten, so ist das Einkommen des mit dem Monat Oktober abschließenden Kalenderjahres umlagepflichtig. Vorübergehend gewährte Bezüge oder Sachleistungen sind nicht umlagepflichtig. Die Entscheidung, ob und welche Teile als umlagepflichtig zu gelten haben, trifft der Verwaltungsrat der Versorgungskasse. Sie ist dem Versicherten und der Anstellungskörperschaft schriftlich mitzuteilen.“

17. § 39 erhält folgende Fassung:

„§ 39 Bestehende Versorgungsbezüge

Die landesrechtlichen Vorschriften zur Erhöhung der Versorgungsbezüge finden Anwendung.“

18. § 41 wird gestrichen.

II.

1. Die vorstehenden Satzungsänderungen treten mit Wirkung vom 1. April 1956 in Kraft.

2. In den Fällen, in denen das Ausscheiden aus dem Dienst im Jahre 1945 aus politischen Gründen erfolgte, beginnt die Frist des § 29 Abs. 3 zur Antragstellung auf Beitragsrückerstattung mit dem 1. Oktober 1958.

Wiesbaden, 25. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
IV a — 8 h 36/02 — 5/58
St.Anz. 45/1958 S. 1330

1103

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Offenbach im Dillkreis, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Offenbach im Dillkreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

Flaggenbeschreibung:

„In einem von Gold und Schwarz geteilten Flaggenfeld das Wappen der Gemeinde Offenbach.“

Wiesbaden, 21. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
IV b (2) — 3 k 06 — 15/58
St.Anz. 45/1958 S. 1332

1104

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Michelbach im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Michelbach im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

1108

Erhöhung der Grundvergütung für Tarifangestellte — Tarifvertrag vom 23. Juli 1958;

hier: Anschlußtarifvertrag mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes

Bezug: Mein Erlaß vom 4. 8. 1958 — P 2100 A — 350 — I 41 (St.Anz. S. 930)

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes am 7. Oktober 1958 einen Tarifvertrag über die Erhöhung der Grundvergütung der Tarifangestellten abgeschlossen. Der

Wappenbeschreibung:

„In Schwarz ein silberner Balken, belegt mit einem nach rechts schreitenden, feuerspeienden, schwarzen Drachen, durchbohrt von einer aufgerichteten, goldenen Lanze.“

Wiesbaden, 30. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
IV b (2) — 3 k 06 — 15/58
St.Anz. 45/1958 S. 1332

1105

Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Niederweidbach im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der Gemeinde Niederweidbach im Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) das nachstehend beschriebene Wappen genehmigt worden:

Wappenbeschreibung:

„In Grün ein silberner, wellenförmiger Schräglinks-Balken unter einer goldenen Muschel.“

Wiesbaden, 28. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
IV b (2) — 3 k 06 — 15/58
St.Anz. 45/1958 S. 1332

1106

Einziehung von Tuberkulinen

Das Tuberkulin (= albumosefreies Rindertuberkulin: Einheits-tuberkulin) mit der Kontrollnummer 10 (zehn) aus dem Serumwerk Memsen, Kreis Hoya/Weser, ist wegen Proteinausfällung nicht mehr verwendbar und wird deswegen zum Einzug bestimmt.

Wiesbaden, 23. 10. 1958

Der Hessische Minister des Innern
VII A/i Az.: 18 i 02 07 — Tgb.Nr. 4972/58
St.Anz. 45/1958 S. 1332

1107

Anordnung über die Dienstbekleidung, die Dienstgrade, die Dienstbezeichnungen und die Stellenpläne der Freiwilligen Feuerwehren;

hier: Mützenabzeichen.

Die Anordnung über die Dienstbekleidung, die Dienstgrade, die Dienstbezeichnungen und die Stellenpläne der Freiwilligen Feuerwehren vom 27. 1. 1956 (St.Anz. S. 119) wird wie folgt geändert:

In der Beschreibung der „Dienstmütze“ wird der letzte Satz durch folgende Sätze ersetzt:

„Auf dem Besatzstreifen wird das silberne Feuerwehr-Emblem (Stahlhelm mit gekreuzten Äxten auf Flammen) und darüber auf dem Mützenoberteil das Hessische Landeswappen getragen. Das Landeswappen ist, in der Mittelachse gemessen, 40 mm hoch und 30 mm breit.“

Wiesbaden, 30. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
IV e (Brandschutz)
65 e/08 — 01
St.Anz. 45/1958 S. 1332

Der Hessische Minister der Finanzen

Tarifvertrag hat den zwischen der Bundesregierung, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände einerseits und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft andererseits am 23. Juli 1958 abgeschlossenen Tarifvertrag zum Inhalt. Ich gebe den Anschlußtarifvertrag vom 7. Oktober 1958 nachstehend bekannt. Von einer nochmaligen Veröffentlichung des Tarifvertrages vom 23. Juli 1958 sehe ich ab.

Wiesbaden, 27. 10. 1958 **Der Hessische Minister der Finanzen**
P 2048 A — 27 — I 41
St.Anz. 45/1958 S. 1332

*

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

1111

Bewertungsergebnisse über die 167. Bewertungssitzung am 16. und 17. September 1958

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi- kat	Gültig- keit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf- Nr. d. FSK**
Spielfilme										
alte Mann und das Meer, Der — SF — (THE OLD MAN AND THE SEA) — Farbfilm —	4720	2365	Warner Bros. Pictures, Inc., New York, N.Y.	USA	Warner Bros. Continental Films, Inc., Frankfurt/M.	S	W	—	6. 8. 1958	17676
Wir Wunderkinder	4747	2934	Filmaufbau GmbH., Göttingen	Deutschland	Constantin-Filmverleih GmbH., München	S	W	—	8. 8. 1958	17763
Kurzfilme										
DUNANTULI KÖVEK — OF — Farbfilm	4708	325	Hungarofilm, Budapest	Ungarn	Bavaria-Filmverleih GmbH., München	K	W	31. 12. 1963	31. 7. 1958	17787
Fall Tyburn, Der — SF — (THE TYBURN CASE)	4434	905	Merton Park Studios Ltd., London	England	Neue Film Verleih GmbH., München	D	W	31. 12. 1963	11. 4. 1958	16778
50 Jahre Kubismus — SF — (STATUES D'EPOUVANTE)	4509	385	Les Films Jacqueline Jacoupy, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31. 12. 1963	9. 5. 1958	17885
Geheimnis der weißen Klippen, Das (THE WHITE CLIFFS MYSTERY) — SF —	4435	906	Merton Park Studios, Ltd., London	England	Neue Film Verleih GmbH., München	D	W	31. 12. 1963	11. 4. 1958	16777
GENERATION DU DESERT, LA — OF — Farbfilm —	4692	480	Ancinex, Paris	Frankreich	J. Arthur Rank Film GmbH., Hamburg	K	BW	31. 12. 1963	24. 7. 1958	17620
Glas — SF — (GLASS) — Farbfilm —	4828	288	Bert Haanstra, Laren/Holland	Niederlande	noch offen	K	BW	31. 12. 1963	5. 9. 1958	17887
— ohne Kommentar —										
Im Spiegel der Schönheit — Farbfilm —	4709	303	Universum-Film AG., Abt. UFA-Werbefilm, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	31. 7. 1958	17621
MIRACLE IN EUROPE — OF —	4808	275	Movietonews, Inc., New York, N.Y.	USA	Centfox-Film, Inc., Frankfurt/M.	D	W	31. 12. 1963	30. 8. 1958	17894
Nautilus unter dem ewigen Eis — SF — (THE NAUTILUS CROSSES THE TOP OF THE WORLD)	4797	251	Hearst Metrotone News, Inc., Washington	USA	noch offen	D	W	31. 12. 1963	5. 9. 1958	17886
Über alle Grenzen	4815	389	Katholisches Filmwerk e. V., Rottenburg/Neckar	Deutschland	noch offen	D	W	31. 12. 1963	2. 9. 1958	17853

Als Tag der Bewertung gilt der 16. September 1958

Wiesbaden-Biebrich, 18. 9. 1958

St.Anz. 45/1958 S. 1334

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

1112

Bewertungsergebnisse über die 168. Bewertungssitzung am 18., 19. und 20. September 1958

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädi- kat	Gültig- keit bis*	Antrags- eingang am*	Prüf- Nr. d. FSK**
Spielfilme										
Auferstehung — Farbfilm —	4750	2879	Bavaria-Filmkunst AG., München / Rizzoli Film, Rom / Ancinex, Paris	Deutschland/Italien/ Frankreich	Bavaria Filmverleih GmbH., München	S	W	—	14. 8. 1958	17818
geteilte Herz, Das — SF — (THE DIVIDED HEART)	4830	2432	Ealing Studios, Ltd., London	England	Goldeck-Filmverleih, Frankfurt/M.	S	W	—	5. 9. 1958	15753
abendfüllende Dokumentar-, Kultur-, Jugend-, Lehr- und Märchenfilme										
Zwischen Gestern und Morgen — Deutsches Turnfest 1958	4790	2040	Knoop-Film-Produktion, Hamburg	Deutschland	Knoop-Film-Produktion Sonderverleih, Hamburg	aD	W	—	25. 8. 1958	17938
Kurzfilme										
Alte italienische Kampfspiele — SF — (OLD ITALIAN SPORTS) — Farbfilm —	4413	256	Universal Pictures Company, Inc., New York, N.Y.	USA	Universal Filmverleih, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	8. 4. 1958	16478

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Bürger am Speiß	4617	416	Universum-Film AG., Abt. Fernsehfilmproduktion, Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	2. 8. 1958	17574
CHAPEAUX — OF — — Farbfilm — — ohne Kommentar — Deutscher Wein	4778	303	Celia Films, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31. 12. 1963	21. 8. 1958	17822
EXPLORATEURS DE PARIS, LES — OF —	4734	397	Kultur- u. Lehrfilm-Institut Kleemens Lindenau, Bremen	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	8. 9. 1958	7794
Graue Boote	4672	341	Films EGE, Paris	Frankreich	Pallas-Film-Verleih GmbH., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	11. 8. 1958	17641
MUSEE DU CRIME, LE — OF —	4669	268	modern art film studio gmbh, berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	17. 7. 1958	17800
Neuseeland	4713	251	Pax Films, Paris	Frankreich	J. Arthur Rank Film GmbH., Hamburg	K	W	31. 12. 1963	16. 7. 1958	17533
Vincent van Gogh — SF — (VAN GOGH)	4780	474	Priebe-Film-Produktion, Detmold	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	1. 8. 1958	17892
Zwei Bildhauer unserer Zeit	4655	275	Films du Pantheon, Paris	Frankreich	Neue Filmkunst Walter Kirchner, Göttingen	K	BW	31. 12. 1963	21. 8. 1958	8423
			Kulturfilm-Institut GmbH., Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	14. 7. 1958	17868

Als Tag der Bewertung gilt der 18. September 1958

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.

** Unter den hier aufgeführten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, 22. 9. 1958

St.Anz. 45/1958 S. 1334

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

1113 Bewertungsergebnisse über die 169. Bewertungssitzung am 30. September, 1. und 2. Oktober 1958

Filmtitel	Prüf-Nr.	Länge m	Hersteller	Herstellungsland	Verleiher	Kategorie	Prädikat	Gültigkeit bis*	Antrags-eingang am*	Prüf-Nr. d. FSK**
Spielfilme										
Maulkorb, Der — Farbfilm —	4831	2595	Kurt Ulrich Film GmbH., Berlin	Deutschland	Europa-Filmverleih GmbH., Hamburg	S	W	—	8. 9. 1958	17903
Pauker, Der	4697	2541	Kurt Ulrich Film GmbH., Berlin	Deutschland	Gloria-Filmverleih GmbH., München	S	W	—	28. 7. 1958	18008
Kurzfilme										
Farben der Freude und Trauer — Malerei in Stille und Einsamkeit — SF — (BARWY RADOSEI I SMUTKU) — Farbfilm —	4777	293	Dokumentarfilm-Studio, Warschau	Polen	noch offen	K	W	31. 12. 1963	20. 8. 1958	16891
Filmschnitt, Der	4682	528	Audax-Film, München	Deutschland	Landes-, Kreis- und Stadtbildstellen	K	BW	31. 12. 1963	22. 7. 1958	17523
kleine Stadt Madurodam, Die — Farbfilm —	3340	279	Alf Zengerling Filmproduktion Berlin	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	21. 5. 1958	15201-a
SPIRALES — OF — Farbfilm —	4630	506	Objectifs, Paris	Frankreich	noch offen	K	W	31. 12. 1963	1. 7. 1958	17372
tierisches Vergnügen, Ein — SF — (BARNYARD FROLICS)	4514	258	Universal Pictures Company, Inc., New York, N.Y.	USA	Universal Filmverleih, Inc., Frankfurt/Main	K	W	31. 12. 1963	10. 5. 1958	17033
Totenküste	4812	321	Arcadia-Film, Neuß/Rhein	Deutschland	noch offen	K	W	31. 12. 1963	2. 9. 1958	18026

Als Tag der Bewertung gilt der 30. September 1958

Als amtlicher Nachweis der positiven Bewertung gilt nur die gedruckte Prädikatskarte.

Erläuterungen:

* Die Prädikate werden wirksam gemäß der gesetzlichen Regelung in den Ländern (Regelung gem. Abschnitt III — Nr. 1 (1) und Nr. 5 der Geschäfts- und Verfahrensordnung für die Filmbewertungsstelle vom 15. Juni 1957.

** Unter den hier aufgeführten Prüfnummern wurden die Filme von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft zur öffentlichen Vorführung freigegeben.

Wiesbaden-Biebrich, 3. 10. 1958

St.Anz. 45/1958 S. 1335

Filmbewertungsstelle Wiesbaden

1114

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Zulassung zur mündlichen Verhandlung vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit

Auf Grund der mir von dem Herrn Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr erteilten Ermächtigung vom 28. 1. 1954 — Az.: A II 54 c 316—766/54 — (St.Anz. S. 185), habe ich nachfolgenden Personen das mündliche Verhandeln vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit gestattet:

Name und Anschrift:	Zugelassen beim:
Dr. Burchard, Walther Detmold, Woldemarstr. 2	Sozialgericht Darmstadt, Frankfurt/M., Fulda, Gießen, Kassel, Wiesbaden und dem Landessozialgericht Darmstadt
Emmerich, Ludwig Offenbach/Main, Ludwigstr. 21	Sozialgericht Frankfurt/Main
Gries, Gerda, Watzborn, Krs. Gießen, Bahnhofstr. 89	Sozialgericht Gießen
Kuhn, Heinrich Klein Welzheim/Main	Sozialgericht Frankfurt/Main
Langer, Richard, Jügesheim, Krs. Offenbach, Seligenstädter Straße 5	Sozialgericht Darmstadt und Frankfurt/Main
Schäfer, Josef, Offenbach/Main Bettinastr. 52	Sozialgericht Frankfurt/Main
Schneider Helene, Frankfurt/ Main, Stresemannallee 84	Sozialgericht Frankfurt/Main
Schwan, Herbert, Frankfurt/ Main, Brönnnerstr. 26	Sozialgericht Frankfurt/Main
Röhre, August, Hünfeld, Abtsgrund 12	Sozialgericht Fulda

Der Präsident des Hessischen Landessozialgerichtes
HGSt./Ia — 54 A 6 — 01

St.Anz. 45/1958 S. 1336

1115

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnisscheinen

Nachstehend bezeichnete Sprengstofflaubnisscheine werden hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung des Scheines	Aussteller
Friedrich Warnke Ernsthausen Oberlahnkreis	B 4 1957	GAA Limburg
Hermann Becker Frechenhausen Krs. Biedenkopf	B 184 1958	GAA Limburg

Wiesbaden, 21. 10. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
A III — Az. 53 c 04.05:2 — Tgb.Nr. 7558/58

St.Anz. 45/1958 S. 1336

1116

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat September 1958 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

- Nr. 306/81 — Protokollnotiz vom 5. 8. 1958 zu § 4 Abs. 9 des Angestellten-Mantel-Tarifvertrages vom 2. 5. 1957 für den Kali- und Steinsalzbergbau in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Südbaden, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Bergbau
- Protokollnotiz vom 12. 8. 1958 zur Änderung des § 4 Abs. 9 des Angestellten-Mantel-Tarifvertrages vom 15. 5. 1957, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Bergbau-Angestellten
Zu 1 u. 2) Tarifvertragsparteien:
Kaliverein e. V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- Nr. 309/40 — Lohntarifvertrag vom 17. 7. 1958

- Nr. 309/41 — Tarifvertrag vom 17. 7. 1958 über die Erhöhung der Wechselschichtzulage für Arbeiter
- Nr. 309/42 — Tarifvertrag vom 17. 7. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für die gewerblichen Lehrlinge
- Nr. 309/43 — Gehaltstarifvertrag vom 24. 7. 1958
- Nr. 309/44 — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Erhöhung der Wechselschichtzulage für Angestellte
- Nr. 309/45 — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für kaufmännische und technische Lehrlinge
Zu 3—8) abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Hauptverwaltung Bochum.
- Nr. 309/46 — Gehaltstarifvertrag vom 24. 7. 1958
- Nr. 309/47 — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Erhöhung der Wechselschichtzulage für Angestellte
- Nr. 309/48 — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für kaufmännische und technische Lehrlinge
Zu 9—11) abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
Zu 3—11) betr. Arbeitnehmer der Erdölgewinnungsindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
Zu 3—11) Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsverband Erdölgewinnung e. V., Hannover, Theaterstr. 15, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- Nr. 700/123 — Tarifvertrag vom 9. 7. 1958 zur Regelung der Betriebsverfassung der Werke Wolfsburg und Kassel
Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk GmbH, Wolfsburg, u. Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Hannover, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Niedersachsen, Hannover.
- Nr. 700/124 — Tarifvertrag vom 28. 8. 1958 über die Arbeitszeitkürzung für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Metallindustrie nebst einer Protokollnotiz vom gleichen Tage
- Nr. 700/125 — Tarifvertrag vom 28. 8. 1958 über eine Arbeitszeitkürzung für die Angestellten in der Metallindustrie nebst einer Protokollnotiz vom gleichen Tage
Zu 13 u. 14) Tarifvertragsparteien:
14 regionale Arbeitgeberverbände der Metallindustrie und Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland.
- Nr. 1103c/4 — Lohntarifvertrag vom 1. 8. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Deutsche Shell Aktiengesellschaft
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Shell Aktiengesellschaft und Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
- Nr. 1304/14 — Tarifvertrag vom 14. 8. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Tapetenindustrie in der Bundesrepublik
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Deutschen Tapetenindustrie, Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart.
- Nr. 1600/41 — Tarifvertrag vom 17. 7. 1958 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer vom 7. 1. 1958, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover
- Nr. 1600/42 — Angestellten-Manteltarifvertrag vom 17. 7. 1958 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage
- Nr. 1600/43 — Schlichtungsvereinbarung vom 17. 7. 1958 für die Angestellten
Zu 18 u. 19) abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, Hauptvorstand, Hannover, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg
Zu 17—19) betr. Arbeitnehmer der Kautschukindustrie in den Ländern Niedersachsen und Hessen

- Zu 17—19) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der niedersächsischen Gummiwaren-industrie e. V., Hannover, sowie Sozialpolitische Vereinigung der hessischen Gummiindustrie, Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 20 **Nr. 1901/51** — Lohntarifvertrag vom 21. 8. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer
- 21 **Nr. 1901/52** — Gehaltstarifvertrag vom 21. 8. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister
Zu 20 u. 21) betr. Arbeitnehmer der Hafentmühle, Frankfurt/Main, und der Frankfurter Mühlenwerke, Frankfurt/Main
- 22 **Nr. 1912/81** — Lohntarifvertrag vom 6. 8. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer
- 23 **Nr. 1912/82** — Gehaltstarifvertrag vom 6. 8. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister
- 24 **Nr. 1912/83** — Tarifvertrag vom 6. 8. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für gewerbliche Lehrlinge
- 25 **Nr. 1912/84** — Tarifvertrag vom 6. 8. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für kaufmännische und technische Lehrlinge
Zu 22—25) betr. Arbeitnehmer der Brauereien im Lande Hessen.
- 26 **Nr. 1912c/39** — Lohntarifvertrag vom 14. 8. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer
- 27 **Nr. 1912c/40** — Gehaltstarifvertrag vom 14. 8. 1958 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister
- 28 **Nr. 1912c/41** — Tarifvertrag vom 14. 8. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für gewerbliche Lehrlinge
- 29 **Nr. 1912c/42** — Tarifvertrag vom 14. 8. 1958 über die Ausbildungsbeihilfen für kaufmännische und technische Lehrlinge
Zu 26—29) betr. Arbeitnehmer der Handelsmälzereien im Lande Hessen
Zu 20—29) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Landesleitung Hessen-Rheinland-Pfalz-Saar, Frankfurt/Main.
- 30 **Nr. 2000/139** — Tarifvertrag vom 9. 8. 1958 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer der Stepp- und Daunendeckenindustrie im Bundesgebiet vom 12. 4. 1958.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband der Steppdecken-Industrie e. V., Düsseldorf, Königsallee 68, und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Flonastraße 7.
- 31 **Nr. 2100a/40** — Lohntarifvertrag für die Säureschutz-Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 21. 5. 1958.
Tarifvertragsparteien:
Rheinischer Unternehmerverband Steine und Erden e. V., Neuwied, und Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Hauptvorstand Frankfurt/Main, sowie Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
- 32 **Nr. 2302/15** — Lohntarifvertrag vom 10. 7. 1958.
- 33 **Nr. 2302/16** — Urlaubsvereinbarung vom 10. 7. 1958.
Zu 32 u. 33) betr. gewerbliche Arbeitnehmer sowie selbständig arbeitende Ladnerinnen und Expedientinnen der Färberei- und chemischen Reinigungsbetriebe.
Zu 32 u. 33) Tarifvertragsparteien:
Hauptverband Färberei und chemische Reinigung in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Hannover, und Gewerkschaft Textil — Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf.
- 34 **Nr. 2403/11** — Lohn- und Gehaltstarifvertrag vom 18. 9. 1958 für die Arbeitnehmer im Hessischen Kohlenhandel.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Hessischer Kohlenhändler e. V., Frankfurt/Main, Börse, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
- 35 **Nr. 2603g/20** — Gehaltstarifvertrag vom 10. 7. 1958 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage für die Angestellten der Reisebüros.
Tarifvertragsparteien:
Deutscher Reisebüro-Verband e. V. (DRV), Frankfurt/Main, Corneliusstraße 26, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße 2 A, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Hauptvorstand, Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Straße 34/48, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Hauptvorstand, Hamburg, Holstenwall 3-5.
- 36 **Nr. 2701/83** — Tarifvertrag vom 18. 7. 1958 nebst protokollarischer Erklärung vom gleichen Tage zur Änderung des Tarifvertrages für Teilzahlungsbanken vom 7. 1. 1957.
Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsverband Teilzahlungsbanken e. V., Düsseldorf, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
- 37 **Nr. 2701/84** — Gehaltstarifvertrag vom 23. 7. 1958 für die zentralen Geldinstitute und Kreditgenossenschaften mit mehr als 10 Arbeitnehmern im Deutschen Raiffeisenverband.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen im ländlichen Genossenschaftswesen, Bonn, Koblenzer Straße 127, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Deutscher Bankbeamten-Verein e. V., sowie Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband.
- 38 **2702a/89** — Tarifvertrag vom 30. 6. 1958 zur Änderung des Mantel- und Gehaltstarifvertrages für das Versicherungsvermittlungsgewerbe vom 6. 4. 1955.
Tarifvertragsparteien:
Fachverband der Versicherungs-Generalagenten und -Vertreter, Hamburg e. V., Verband der Versicherungs-Kaufleute Land Schleswig-Holstein e. V., sowie Verband der bevollmächtigten Generalagenten und Assekuradeure e. V., und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg, sowie Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.
- 39 **Nr. 2702c-1/111** — Tarifvertrag vom 19. 6. 1958 über den Erholungsurlaub für die Tarifangestellten der Ortskrankenkassen.
- 40 **Nr. 2702c-1/112** — Tarifvertrag vom 19. 6. 1958 über den Erholungsurlaub für die Lehrlinge der Ortskrankenkassen.
Zu 39 u. 40) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten.
- 41 **Nr. 2702c-2/56** — Tarifvertrag vom 30. 7. 1958 über eine Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit.
- 42 **Nr. 2702c-2/57** — Tarifvertrag vom 30. 7. 1958 über die Neuregelung der Vergütungen.
- 43 **Nr. 2702c-2/58** — Tarifvertrag vom 30. 7. 1958 über die Erhöhung der Überstundenvergütungssätze.
- 44 **Nr. 2702c-2/59** — Tarifvertrag vom 30. 7. 1958 über die Neuregelung der Ortszuschläge und des Kinderzuschlages.
- 45 **Nr. 2702c-2/60** — Tarifvertrag vom 8. 8. 1958 über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung.
Zu 41—45) betr. Tarifangestellte der Innungskrankenkassen und ihrer Verbände.
Zu 41—45) Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Innungskrankenkassen, Köln, und Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten e. V., Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
- 46 **Nr. 2702c-2/61** — Tarifvertrag vom 3. 7. 1958 über den Erholungsurlaub im Urlaubsjahr 1958 für die Angestellten der Innungskrankenkassen und ihrer Verbände.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Innungskrankenkassen, Köln, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover.

- 47 **Nr. 2702c-22/34** — Tarifvertrag vom 30. 6. 1958 über eine einmalige Zahlung an die Arbeitnehmer der Schwäbisch-Gmünder Ersatzkasse.
Tarifvertragsparteien:
Schwäbisch-Gmünder Ersatzkasse, Schwäbisch Gmünd, Goethestraße 43, und Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, Arnswaldtstraße 7.
- 48 **Nr. 2702c-1/113** — Lohnstarifvertrag vom 19. 6. 1958 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
- 49 **Nr. 2702c-1/114** — Tarifvertrag vom 19. 6. 1958 über den Erholungsurlaub.
Zu 48 u. 49) betr. Lohnempfänger der Ortskrankenkassen und ihrer Verbände.
Zu 48 u. 49) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Tarifgemeinschaften der Ortskrankenkassen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
- 50 **Nr. 2702c-4/71** — Tarifvertrag Nr. 40 vom 20. 5. 1958 über die Neuregelung der Löhne für die Lohnempfänger der gewerblichen Berufsgenossenschaften einschließlich der See-Berufsgenossenschaft.
Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaft e. V., Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Verband der Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn.
- 51 **Nr. 2702c-6/79** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen.
- 52 **Nr. 2702c-6/80** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Neuregelung der Überstundenvergütungssätze für Angestellte.
- 53 **Nr. 2702c-6/81** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1958 über die Neuregelung der Lehrlingsvergütungen.
Zu 51—53) betr. Angestellte und Lehrlinge der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe.
Zu 51—53) Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
- 54 **Nr. 2702c-5/53** — Tarifvertrag vom 21. 7. 1958 über eine Verkürzung der Arbeitszeit des Krankenpflegepersonals der Knappschaften.
Tarifvertragsparteien:
Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften der Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
- 55 **Nr. 2805/153** — Tarifvertrag Nr. IV/58 vom 25. 8. 1958 über die Neuregelung der Überstundenvergütungssätze für die Tarifangestellten.
- 56 **Nr. 2805/154** — Tarifvertrag Nr. V/58 vom 27. 8. 1958 über eine Arbeitszeitverkürzung für die Tarifangestellten.
- 57 **Nr. 2805/155** — Tarifvertrag Nr. 6/58 vom 21. 8. 1958 über eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter.
Zu 55—57) Tarifvertragsparteien:
Vorstand der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/M.
- 58 **Nr. 2806a/70** — Tarifvertrag Nr. 71 vom 31. 7. 1958 über die Neuregelung der Lehrlingsvergütungen, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
- 59 **Nr. 2806a/71** — Tarifvertrag Nr. 72 vom 31. 7. 1958 über die Neuregelung der Lehrlingsvergütungen, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/Main.
Zu 58 u. 59) Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Volksgartenstraße 54 a, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 60 **Nr. 2807/11** — Gehaltstarifvertrag vom 6. 8. 1958 für die bei den Tankstellen der Bundesautobahnen Beschäftigten.
Tarifvertragsparteien:
Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen m. b. H., Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt/Main.
- 61 **Nr. 2807b/39** — Lohnstarifvertrag vom 29. 8. 1958 für die gewerblichen Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt/Main.
- 62 **Nr. 2807b/40** — Gehaltstarifvertrag vom 29. 8. 1958 für die kaufmännischen Angestellten und Meister.
- 63 **Nr. 2807b/41** — Tarifvertrag vom 29. 8. 1958 über Vergütungen und sonstige Leistungen an Lehrlinge und Anlernlinge.
Zu 62 u. 63) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt/Main, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
Zu 61—63) betr. Arbeitnehmer im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe im Lande Hessen.
Zu 61—63) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung des Verkehrsgewerbes in Hessen e.V. und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 64 **Nr. 2808/13** — Tarifvertrag vom 7. 8. 1958 über die Lehrlingsvergütungen.
- 65 **Nr. 2808/14** — Mantel- und Gehaltstarifvertrag vom 14. 8. 1958 nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage für die Angestellten.
Zu 64 u. 65) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
- 66 **Nr. 2808/15** — Tarifvertrag vom 18. 8. 1958 für Arbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
Zu 64—66) betr. Arbeitnehmer der Deutschen Lufthansa AG.
Zu 64—66) Tarifvertragsparteien:
Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg e. V., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 67 **Nr. 3000A/25** — Tarifvertrag vom 31. 7. 1958 für die Arbeitnehmer der „Zivilen Arbeitsgruppen“ im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (TVAZ).
- 68 **Nr. 3000A/26** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 TVZA vom 31. 7. 1958 zu vorstehendem Tarifvertrag.
- 69 **Nr. 3000A/27** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 2 TVZA zu dem unter 67) genannten Tarifvertrag.
Zu 67—69) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister der Finanzen, Bonn, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport u. Verkehr, Hauptvorstand.
- 70 **Nr. 3000A/28** — Änderungsvereinbarung Nr. 15 TV AL vom 15. 8. 1958, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
- 71 **Nr. 3000A/29** — Änderungsvereinbarung Nr. 15a TV AL vom 15. 8. 1958, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
- 72 **Nr. 3000A/30** — Änderungsvereinbarung Nr. 15b TV AL vom 15. 8. 1958, abgeschlossen mit der Industrie-Gewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Vorstand.
- 73 **Nr. 3000A/32** — Änderungsvereinbarung Nr. 15d TV AL vom 15. 8. 1958, abgeschlossen mit der Industrie-Gewerkschaft Druck und Papier, Zentralvorstand.
- 74 **Nr. 3000A/33** — Änderungsvereinbarung Nr. 15c TV AL vom 15. 8. 1958, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptvorstand.
Zu 70—74) betr. Neufassung einzelner Mantel- und Entlohnungsbestimmungen des TV AL.
- 75 **Nr. 3000A/31** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 27 TV AL vom 15. 8. 1958 für die in verschiedenen Betrieben des European Exchange System (EES) der US-Strickkräfte im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffent-

- liche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
Zu 70—75) betr. Änderung bzw. Ergänzung des Tarifvertrages vom 28. 1. 1955 (TV AL) für die bei den Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte beschäftigten Arbeitnehmer.
Zu 70—75) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister der Finanzen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 76 **Nr. 3000A/34** — Tarifvertrag vom 10. 9. 1958 für die Angestellten, abgeschlossen mit dem Deutschen Handels- und Industrieangestelltenverband, Hauptvorstand.
- 77 **Nr. 3000A/35** — Tarifvertrag vom 10. 9. 1958 für die Angestellten, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptvorstand.
- 78 **Nr. 3000A/37** — Tarifvertrag vom 10. 9. 1958 für die Angestellten, abgeschlossen mit dem Bund der Restaurant-, Hotel- und Café-Angestellten — Union Ganymed —.
- 79 **Nr. 3000A/36** — Tarifvertrag vom 10. 9. 1958 für alle Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.
Zu 76—79) betr. Beschäftigte bei den Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte der Bundesrepublik Deutschland.
Zu 76—79) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister der Finanzen, Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 80 **Nr. 3001/451** — Tarifvertragliche Vereinbarung Nr. 95 vom 24. 7. 1958 über eine Erhöhung der Gehälter nach dem HGTAV.
- 81 **Nr. 3001/453** — Tarifvertragliche Vereinbarung Nr. 97 vom 13. 8. 1958 über die Neuregelung der Sozialzulagen nach dem HGTAV.
Zu 80 u. 81) abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft Landesverband Hessen.
- 82 **Nr. 3001/452** — Tarifvertragliche Vereinbarung Nr. 96 vom 13. 8. 1958 über die Neuregelung der Sozialzulagen nach dem HLT-Energie und dem HLT-Nahverkehr, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
Zu 80—82) Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V., Gruppe Versorgungsbetriebe (Elektrizität, Gas und Wasser) sowie Gruppe Verkehrsbetriebe und Häfen, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 83 **Nr. 3002a/62** — Tarifvertragliche Vereinbarung Nr. 98 vom 24. 7. 1958 über die Neuregelung der Vergütungen für das Pflegepersonal in den kommunalen Kranken-, Heil-, Pflege- usw. -Anstalten.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V., Sondergruppe Kranken-, Pflege-, Heil- und Fürsorgeanstalten, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
- 84 **Nr. 3002a/63** — Tarifvertrag vom 15. 8. 1958 über eine Arbeitszeitkürzung für die Bediensteten des Bürgerhospitals Frankfurt/Main.
Tarifvertragsparteien:
Bürgerhospital e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
- 85 **Nr. 3001/455** — Tarifvertrag vom 31. 7. 1958 über die Neuregelung der Kinderzuschläge für die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Verband Deutscher Straßenwärter, Gesamtvorstand.
- 86 **Nr. 3001/456** — Tarifvertrag vom 19. 5. 1958 über die Anpassung der Bestimmungen über die Krankenbezüge der Handwerkerlehrlinge an das Gesetz vom 26. 6. 1957.
- 87 **Nr. 3001/457** — Tarifvertrag vom 19. 5. 1958 als 9. Zusatztarifvertrag zum BMT-G.
- 88 **Nr. 3001/458** — Tarifvertrag vom 19. 5. 1958 zur Neufassung der Sondervereinbarung gemäß § 2d BMT-G für Arbeiter in Flughafensbetrieben.
- 89 **Nr. 3001/459** — Lohntarifvertrag vom 19. 5. 1958.
- 90 **Nr. 3001/460** — Tarifvertrag vom 19. 5. 1958 über die Gewährung einer Überbrückungszahlung.
- 91 **Nr. 3002a/66** — Tarifvertrag vom 19. 5. 1958 über die Gewährung einer einmaligen Zahlung an die unter die Anlage 5 zum BMT-G fallenden Arbeiter.
- 92 **Nr. 3002a/67** — Tarifvertrag vom 19. 5. 1958 über die Erhöhung der Monatsbarlöhne für die unter Anlage 5 zum BMT-G fallenden Arbeiter.
Zu 86—92) betr. Arbeiter in den kommunalen Verwaltungen und Betrieben.
Zu 86—92) Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e. V., der Vorstand, Köln-Marienburg, und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.
- 93 **Nr. 3001/454** — Tarifvertrag vom 16. 9. 1958 über eine Erhöhung der Vergütungen für die dienstliche Mehrbeanspruchung der auf Außenarbeitskommandos eingesetzten nichtbeamteten Aufsichtskräfte im Strafvollzugsdienst im Lande Hessen, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
- 94 **Nr. 3002a/65** — Tarifvertrag vom 19. 9. 1958 zur Änderung des Tarifvertrages vom 25. 5. 1956 für Tierärzte, die zur Unterstützung der beamteten Tierärzte in der Bekämpfung der Rindertuberkulose im Lande Hessen beschäftigt werden, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
Zu 93 u. 94) Tarifvertragsparteien:
Der Hessische Minister der Finanzen, Wiesbaden, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
- 95 **Nr. 3001a/239** — Tarifvertrag vom 17. 9. 1958 über eine Arbeitszeitkürzung für die Tarifangestellten des Bundes.
- 96 **Nr. 3001a/240** — Tarifvertrag vom 17. 9. 1958 über eine Arbeitszeitkürzung für die Lehrlinge des Bundes.
Zu 95 u. 96) Tarifvertragsparteien:
Der Bundesminister des Innern, Bonn, und Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
- 97 **Nr. 3002a/64** — Bundesmanteltarifvertrag vom 1. 2. / 23. 7. 1958 für die Arbeitnehmer der Privatkrankenanstalten.
Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Privatkrankenanstalten und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
- 98 **Nr. 3004/79** — Tarifvertrag vom 1. 7. 1958 zur Änderung des Rahmentarifvertrages vom 11. 7. 1958 für die Angestellten und Arbeiter des Hessischen Rundfunks.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Rundfunk, Anstalt des Öffentlichen Rechts, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Deutsche Orchestervereinigung in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Rundfunk-Union in der Gewerkschaft Kunst im DGB sowie Verband der Berufsjournalisten in Hessen e. V.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.
Wiesbaden, 20. 10. 1958

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
A I b 3 — 2607

St.Anz. 45/1958 S. 1336

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

1117

Beschl. Zusammenlegungsverfahren Holzhausen ü. A. (Untertaunuskreis)

Zusammenlegungsbeschluss

Auf Grund des § 93 Abs. 2 in Verbindung mit den §§ 6 Abs. 1 und 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

- 1. Die Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Holzhausen über Aar, Kreis Untertaunus, wird hiermit angeordnet.
2. Als Zusammenlegungsgebiet werden die in der Anlage 1 aufgeführten Flurstücke der Gemarkung Holzhausen über Aar festgestellt. Es hat eine Größe von 600 ha. Die Grenzen des Zusammenlegungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die als Anlage 2 einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Zusammenlegungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Zusammenlegung von Holzhausen ü. A.“

mit dem Sitz in Holzhausen ü. A., Kreis Untertaunus. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden, Schützenhofstraße 3, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines solchen Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Dies ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben. Das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen den Vorschriften des Absatzes c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Holzhausen über Aar, Kreis Untertaunus, sowie in den Nachbargemeinden Hennethal, Strinz-Margarethae, Breithardt, Laufenselden, Hohenstein und Michelbach/Nassau öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme für die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern dieser Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 26. 8. 1958

Kulturamt - 11094 - St.Anz. 45/1958 S. 1340

Anlage 1 (Zusammenlegungssache Holzhausen über Aar)

Im Verfahren sind: die Fluren 1, 2, 3, 4, 5 (Blatt 1 und 2), 6 und 7 ganz;

die Flur 8 außer den Flurstücken: Nr. 363, 365, 366/1, 367/1, 368, 369/2, 369/4, 369/5, 369/6, 370, 371/1, 371/2, 372, 373, 374/1, 374/2, 375, 376/1, 376/2, 377-379, 651, 652/2, 652/3, 652/4, 652/5, 652/6, 652/7, 652/9, 652/10, 652/11 und 653;

von Flur 9 die Flurstücke: Nr. 54, 239/58, 106-109, 115-124, 249/125, 126-156, 165, 166 und 171-173;

von Flur 10 (Blatt 1 und 2) die Flurstücke: Nr. 1, 2, 539/3, 64/1, 64/2, 65, 95, 86, 194-266, 293-306, 513/310, 514/311, 515/312, 516/312, 322, 333, 336-344 und 349-351;

die Fluren 11 (Blatt 1 und 2), 12, 13, 14, 15 (Blatt 1 und 2), 16, 17, 18 (Blatt 1 und 2), 19 und 20 (Blatt 1 und 2) ganz;

von Flur 22 die Flurstücke: Nr. 5 und 6; die Flur 25 (Blatt 1 und 2) ganz;

Vom Verfahren ganz ausgeschlossen bleiben: die Fluren 21, 23 und 24 (Blätter 1-5);

Im Verfahren sind rd. 600 ha vom Verfahren ausgeschlossen sind rd. 513 ha Gesamtgröße der Gemarkung Holzhausen ü. Aar rd. 1113 ha

1118

Flurbereinigung Radheim, Krs. Dieburg

Flurbereinigungsbeschluss

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes v. 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Radheim, Krs. Dieburg, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die Grundstücke der Gemarkung Radheim mit Ausnahme der in der Anlage 1 zu diesem Beschluss aufgeführten Grundstücke des Ortskernes festgestellt. Es hat eine Größe von 399,9 ha, worin eine Waldfläche von 78,3 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht. Die Anlage 1 sowie die Gebietskarte sind Bestandteile dieses Beschlusses.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Radheim“ mit dem Sitz in Radheim. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstr. 102, Block C, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

- a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;
b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

Außerdem wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der vorstehenden Absätze b) bis d) nach § 154 FlurbG. in Verbindung mit dem Gesetz über die Ordnungswidrigkeiten vom 25. 3. 1952 — BGBl. I S. 177 — mit Geldbußen bis zu 1000,— DM geahndet werden können.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Radheim, sowie in den Nachbargemeinden Schaafheim, Mosbach, Dorndiel und Klein-Umstadt, sämtlich Kreis Dieburg, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern dieser Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 8. 10. 1958

Landeskulturamt

DF 262 G Nr. 33507/58

St.Anz. 45/1958 S. 1340

Anlage 1 zum Beschluß über das Flurbereinigungsverfahren Radheim, Krs. Dieburg

Von dem Flurbereinigungsverfahren bleiben die nachstehend aufgeführten Grundstücke der Gemarkung Radheim ausgeschlossen:

Ortskern: Flur 1 Nr. 1—4, 5/1, 6, 7/1, 8—15, 17, 20/1, 22, 23, 25/1, 26—32, 34/1, 35/1, 37/1, 38, 41/1, 43, 47, 48/1, 49/1, 49/2, 50/1, 51, 52, 53/1, 53/2, 53/3, 53/4, 54—56, 58, 59/1, 60/1, 61/1, 63, 64, 66/1, 67, 69/1, 70—74, 75/1, 77, 84/2, 143—147, 149, 150—154, 156—166, 167/1, 177/1, 177/2, 178, 180, 182, 183, 191, 192, 195, 196, 198, 199, 200/2, 201—207, 208/1, 208/2, 209, 210/1, 211—218, 919/15, 919/16, 919/17, 919/18, 919/19, 919/20, 919/21, 919/22, 920/9, 920/10, 920/12, 919/23.

1119

Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren Weinbach, Kreis Oberlahn

Zusammenlegungsbeschluß

Auf Grund des § 93 Abs. 2 des FlurbGes. vom 14. 7. 1953 — BGBI. I S. 591 ff. — wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die beschleunigte Zusammenlegung der Grundstücke der Gemarkung Weinbach, Kreis Oberlahn wird hiermit angeordnet.

2. Als Zusammenlegungsgebiet wird die gesamte Gemarkung ausschließlich der in der Anlage 1 aufgeführten Flur-

stücke festgestellt. Das Zusammenlegungsgebiet hat eine Größe von rd. 541 ha. Die Grenzen dieses Gebietes sind auf der Gebietskarte, welche einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer an dem beschleunigten Zusammenlegungsverfahren führt den Namen: Teilnehmergemeinschaft der beschleunigten Zusammenlegung von Weinbach mit dem Sitz in Weinbach, Kreis Oberlahn. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Durchführung der Zusammenlegung gemäß § 93 ff. des FlurbGes. vom 14. 7. 1953 — BGBl. I S. 591 ff. — schließt die Durchführung eines späteren Flurbereinigungsverfahrens nicht aus.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Zusammenlegungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Limburg-Lahn, Gymnasiumsplatz 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 FlurbGes. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung die Zustimmung des Kulturamts erforderlich:

a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Zusammenlegungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Brunnen, Bauwerke, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbGes. wieder herstellen lassen, wenn dies der Zusammenlegung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Weinbach, Aulenhäuser, Elkerhäuser, Essershäuser, Freienfels und Gräveneck öffentlich bekanntgegeben.

Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten auf den Bürgermeisterämtern Weinbach, Aulenhäuser, Elkerhäuser, Essershäuser und Gräveneck zwei Wochen lang ausgelegt.

Limburg, 9. 9. 1958

Das Kulturamt

St.Anz. 45/1958 S. 1341

1120

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Polizeioberkommissar: Polizeikommissar (BaL) Walter Kroll, PK Lautenbach (8. 7. 58)

c) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Kriminaloberkommissar (BaL): Kriminalkommissar (BaK) Wilhelm Schmidt, KI Kassel (18. 7. 58)

zum Polizeikommissar: Polizeimeister (BaL) Willy Most, PK Hersfeld (11. 7. 58)

zum Kriminalkommissar: Kriminalmeister (BaL) Joseph Müller, KK Marburg/L. (18. 9. 58)

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum Polizeikommissar: Polizeiobermeister (BaL) Heinrich Hainer, PK Bad Schwalbach (11. 7. 58)

Polizeimeister (BaL) Wolf-Dietrich Lüdtkke, PK Usingen (11. 7. 58)

e) Bereitschaftspolizei

ernannt

zum Polizeihauptkommissar: Polizeioberkommissar (BaL) Gustav Seifert (14. 8. 58)

zum Polizeioberkommissar: Polizeikommissar (BaL) Johann Kerz (15. 9. 58)

zum Polizeiobermeister: Polizeimeister (BaL) Friedrich Möll (10. 9. 58)

zum Polizeimeister: die Polizeihauptwachtmeister (BaL) Josef Hölzel (30. 7. 58), Otto Vollmert (22. 8. 58), Otto Opitz (3. 9. 58), Willi Frohne (15. 9. 58), Anton Port (15. 9. 58)

zum Polizeihauptwachtmeister: die Polizeioberwachtmeister (BaK) Siegfried Bockermann (2. 8. 58), Ernst Mohr (4. 8. 58), Werner Fuhr (12. 8. 58)

zum Polizeioberwachtmeister: die Polizeiwachtmeister (BaK) Manfred Leski (1. 7. 58), Alfred Gies (2. 7. 58), Hans-Jürgen Bartsch (8. 7. 58), Klaus Becker (8. 7. 58), Rolf Datow (8. 7. 58), Adalbert Drechsler (8. 7. 58), Richard Holtkamp (8. 7. 58), Kurt Krenz (8. 7. 58), Theodor Kwiatkowski (8. 7. 58), Werner Martin (8. 7. 58), Friedrich Paul (8. 7. 58), Edwin Schneider (8. 7. 58), Heinrich Seuring (8. 7. 58), Alfred Wittich (8. 7. 58), Walter Werner (25. 7. 58), Ottomar Kletti (31. 7. 58), Heinrich Bunzenthal (4. 8. 58), Karl Engelhard (4. 8. 58), Karl-Heinz Gehricke (4. 8. 58), Werner Giessler (4. 8. 58), Günter Kuntze (4. 8. 58), Dieter Leonhard (4. 8. 58), Rudolf Linhart (4. 8. 58), Rudolf Ondruch (4. 8. 58), Günther Ullrich (4. 8. 58), Reinhard Westermann (4. 8. 58), Hansgünter Kämpffe (5. 8. 58), Günther Richter (5. 8. 58), Gerhard Riehm (7. 8. 58), Klaus Rolshausen (7. 8. 58), Harald Schmidt (7. 8. 58), Hilmar Schulz (7. 8. 58), Hans Dieter Meier (11. 8. 58), Eberhard Kratz (12. 8. 58), Joachim Bickert (13. 8. 58), Wolfgang Fuchshuber (13. 8. 58), Bernd Seidel (13. 8. 58), Wolfgang Koeck (27. 8. 58), Joachim Lange (27. 8. 58), Hans-Jürgen Meiß (27. 8. 58), Gerhard Most (27. 8. 58), Heinz Rabe (27. 8. 58), Karl-Heinz Rhöling (27. 8. 58), Josef Sack (27. 8. 58), Johannes Sondermann (27. 8. 58), Hans-Jürgen Wittau (27. 8. 58), Rudolf Zankl (27. 8. 58), Werner Schultheis (29. 8. 58), Peter Debelius (3. 9. 58), Manfred Dobener (3. 9. 58), Helmuth Heuzeroth (3. 9. 58), Waldemar Jung (3. 9. 58), Horst Keller (3. 9. 58), Günther Schnee (3. 9. 58), Johann Urbach (3. 9. 58), Gerhard Winkelbach (3. 9. 58), Hans Wagner (4. 9. 58), Karl Greb (5. 9. 58)

zum Polizeiwachtmeister (BaK): Dieter Appel, Artur Atzert, Gisbert Beck, Adolf Biehn, Horst Blankenberg, Armin Bürgel, Rudolf Dippel, Wilhelm Döring, Egon Durchholz, Hans Jürgen Eichhöfer, Otto Emrich, Otwin Fritsch, Helmut Götz, Benno Gotthardt, Konrad Hinkel, Horst Hirner, Erwin Hofmann, Heinrich Hofmann, Wolfgang Hofmann, Jochen Kasper, Horst Klein, Hansgeorg Koppmann, Wilfried Koppmann, Horst Kurz, Wilhelm Lesch, Wolfgang Ludwigs, Hans Lyding, Hans Werner Merkel, Dieter Mieth, Roland Mink, Manfred Möller, Martin Müller, Wolfgang Münzfeld, Friedrich Niemeyer, Norbert Peter, Jost Pfäff, Heinz Prior, Winfried Raddatz, Dieter Rauser, Alfred Renner, Helmut Richter, Helmut Rinkenberger, Fritz Rosenthal, Reinhard Rutkowski, Wilfried Schaaf, Dietmar Schimek, Ferdinand Schmid, Karl Heinz Schmiedel, Friedrich Schöndorf, Karl Heinz Schröder, Dieter Schulz, Walter Schwark, Hans-Jürgen Schwarz, Manfred Seidel, Norbert Siebert, Ewald Spielmann, Edmund Stindl, Peter Stöckmann, Werner Stritzke, Peter Tausche, Dieter Tschiersky, Erwin Vock, Armin Vogel, Hubert Volkmar, Wilhelm Vollrath, Jürgen Voss, Günter Wagner, Manfred Wahl, Günter Weigand, Georg Willax, Günter Wolf, Manfred Zwergel, Wolfgang Griep, Horst Hübscher (sämtlich 5. 9. 58)

Eckard Albrecht, Wilfried Aßmann, Dieter Asthalter, Waldemar Bauer, Gerhard Becker, Herbert Berninger, Ingo Böge, Peter Bormann, Günter Buhlmann, Hans Günter Caspar, Uwe Drath, Wolf-Dieter Dreidoppel, Johann Dürner, Klaus Fischer, Helmut Förster, Hans Friedrich, Manfred Fritz, Heinrich Fuchs, Horst Gemmer, Rudi George, Herbert Gerner, Werner Gester, Thomas Gessner, Horst Goller, Wilhelm Gundlach, Peter Hagemann, Rudolf Hecht, Manfred Hömske, Dietrich Hoffmann, Gerhard Hollstein, Ludwig Horn, Wolfgang Huß, Hermann Kaufmann, Rolf Kettrukat, Rudolf Köbel, Roland Köcher, Falk Kössinger, Nikolaus Kowarsik, Bernhard Küchler, Hans Peter Kühn, Manfred Linke, Günther Löbig, Reinhard Löwer, Herbert Ludwig, Horst Matschak, Hermann Meyer, Hans Adolf Münz, Alfred Müller, Rolf Müller, Heinfried Otto, Gerhard Paul, Arno Peik, Winfried Pilgram, Adolf Raima, Horst Reuth, Erwin Rösch, Horst Schirakowski, Rudolf Schneider, Manfred Schreiber, Hans-Georg Schröder, Axel Schwenk, Manfred Steinkampf, Klaus Viebahn, Lebrecht Viebahn, Christian Wesp, Hans Wiederhold, Bernhard Wiesemann, Ruprecht Faßhauer, Friedhelm Hecker, Johann Philipp (sämtlich 16. 9. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeihauptwachtmeister (BaK) Johann Ludwig Ihl (30. 7. 58)

entlassen

die Polizeiwachtmeister (BaK) Diethard Müller (1. 8. 58), Hermann Reichel (1. 8. 58), Alfred Reinke (1. 8. 58), Werner Rühl (1. 8. 58)

Polizeischule

ernannt

zum Polizeikommissar: die Polizeiobermeister (BaL) Josef Bochen (11. 7. 58), Ludwig Ermisch (11. 7. 58), Willy Niessmann (11. 7. 58), Polizeimeister (BaL) Walter Knuth (11. 7. 58)

zum Polizeiobermeister: Polizeimeister (BaL) Anton Hermes (14. 8. 58)

zum Polizeihauptwachtmeister: Polizeioberwachtmeister (BaK) Hermann Günther (1. 9. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeihauptwachtmeister (BaK) Georg Schweitzer (11. 8. 58)

in den Ruhestand versetzt:

Polizeifachschuloberlehrer (BaL) Martin Grohmann (1. 7. 58)

Landeskriminalamt

ernannt

zum Kriminalobermeister: Kriminalmeister (BaL) Adam Gärtner (19. 7. 58)

zum Kriminalmeister: Polizeihauptwachtmeister (BaL) Bruno Lehmann (28. 7. 58)

zum Kriminalmeister (BaK): der frühere Kriminalassistent Hellmuth Fleischmann (28. 7. 58), die Angestellten Walter Hardt (1. 9. 58), Wolfgang Naumann (1. 9. 58)

Wasserschutzpolizeiamt

ernannt

zum Polizeihauptwachtmeister: Polizeiwachtmeister (BaK) Gerhard Kronemann (8. 9. 58)

Polizeileitfunkstelle

ernannt

zum Polizeihauptkommissar: Polizeioberkommissar (BaL) Franz Gerold (4. 8. 58)

zum Polizeihauptwachtmeister: Polizeioberwachtmeister (BaK) Wolfgang Griesam (25. 8. 58)

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hess. Polizei

ernannt

zum Regierungsrat: Regierungsoberamtmann (BaL) Kurt Kohls (7. 8. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Regierungssekretär (BaK) Walter Petersen (1. 7. 58),

Verwaltungsassistent (BaK) Franz Stefan (1. 7. 58)

Wiesbaden, 21. 10. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
III c 4 — 7 I

St.Anz. 45/1958 S. 1341

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt

zum Kriminalobermeister: Kriminalmeister (BaL) Karl Brösamle, Staatl. Kriminalkommissariat Hanau (1. 8. 58), Kriminalmeister (BaL) Wilhelm Müller, Staatl. Kriminalkommissariat Hanau (1. 8. 58)

zum Kriminalmeister: Polizeihauptwachtmeister (BaL) Hans Börner, Staatl. Kriminalkommissariat Hanau (1. 8. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Kündigung:

Kriminalmeisterin Irene Waldschmidt, Staatl. Kriminalkommissariat Hanau (1. 10. 58)

Wiesbaden, 23. 10. 1958

Der Regierungspräsident

I 3 — Az.: 7 0

St.Anz. 45/1958 S. 1342

D. im Bereich des Hess. Ministers der Finanzen

b) Oberfinanzdirektion

ernannt

zum Steueroberamtmann: Steueramtmann (BaL) Ludwig Haack (1. 7. 58)

Steuerverwaltung

ernannt

zum Regierungsdirektor: Oberregierungsrat (BaL) Günther Müller, FA Gießen (1. 8. 58)

zum Regierungsrat: Steueramtmann (BaL) Wilhelm Stauf, FA Hofgeismar (1. 5. 58)

zum Regierungsrat (BaK): Regierungsassessor (BaW) Kurt Hohmann, FA Wiesb.-Herrngartenstr. (1. 6. 58)

zum Steueroberamtmann: die Steueramtmänner (BaL) Herbert Fähnrich, FA Rotenburg (1. 7. 58), Jakob Trautmann, FA Darmstadt (1. 7. 58)

zum Steueroberinspektor: Steuerinspektor (BaL) Wilhelm Köhler, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 58)

ernannt und berufen

zum Steuerinspektor (BaL): Vertragsangestellter (Steuerinspektor z. Wv.) Helmut Lutz, FA Wiesb.-Herrngartenstr. (1. 5. 58), Vertragsangestellter (Oberzahlmeister z. Wv.) Karl Vellmer, FA Witzenhausen (1. 7. 58)

zum Steuersekretär (BaL): Vertragsangestellter (Steuersekretär z. Wv.) Max Fröhlich, FA Offb.-Stadt (1. 7. 58), Vertragsangestellter Kurt Petrick, FA Fürth/O. (1. 7. 58), Verwaltungsassistent (BaW) Rudolf Sturm, FA Darmstadt (1. 7. 58)

zum Verwaltungsassistent (BaL): die Oberamtsgehilfen Josef Heini, FA Darmstadt (1. 8. 58), Fritz Kloss, FA Nidda (1. 9. 58), Ferdinand Birke, FA Nidda (1. 9. 58)

ernannt

zum ap. Steuerinspektor (BaW): die Vertragsangestellten Burkhard Abt, FA Bad Homburg (29. 8. 58), Horst Bachmann, FA Hanau (29. 8. 58), Heinrich Bittner, FA Dillenburg (30. 8. 58), Werner Böttcher, FA Darmstadt (1. 9. 58), Konrad Diederich, FA Fulda (30. 8. 58), Joachim Dollak, FA Ffm.-Taunustor (29. 8. 58), Wilfried Dürr, FA Ffm.-Taunustor (29. 8. 58), Klaus Flindt, FA Friedberg (29. 8. 58), Richard Franken, FA Bensheim (2. 9. 58), Julius Greb, FA Lauterbach (29. 8. 58), Reinhold Harnisch, FA Nidda (29. 8. 58), Heinrich Heimann, FA Bad Homburg (29. 8. 58), Leonhard Hotz, FA Michelstadt (29. 8. 58), Willi Kaiser, FA Dieburg (29. 8. 58), Kurt Kamps, FA Ffm.-Taunustor (29. 8. 58), Werner Klinikow, FA Fulda (30. 8. 58), Ernst Kollmer, FA Michelstadt (29. 8. 58), Karl Kreiser, FA Ffm.-Stiftstr. (29. 8. 58), Hans-Joa. Lawrenz, FA Offenbach-Stadt (29. 8. 58), Helmut Leffler, FA Ffm.-Stiftstr. (29. 8. 58), Hildemar Limbach, FA Groß-Gerau (15. 9. 58), Helmut Maas, FA Offenbach-Land (29. 8. 58), Ernst Masur, FA Ffm.-Hamb. Allee (1. 9. 58), Heribert Meixner, FA Eschwege (5. 9. 58), Alois Möbs, FA Friedberg (29. 8. 58), Gerhard Möhrling, FA Kassel-Sp. (30. 8. 58), Hans-Josef Müller, FA Groß-Gerau (1. 9. 58), Horst Muschinsky, FA Ffm.-Taunustor (29. 8. 58), Richard Nather, FA Darmstadt (1. 9. 58), Werner Neumann, FA Offb.-Land (29. 8. 58), Hermann Otto, FA Melsungen (1. 9. 58), Klaus Paluch, FA Ffm.-Höchst (29. 8. 58), Karl Pfeifer, FA Bensheim (2. 9. 58), Kurt Rau, FA Offb.-Stadt (29. 8. 58), Gerhard Reibold, FA Rüdeshcim (29. 8. 58), Karl Reisser, FA Gießen (29. 8. 58), Hans-Dieter Sackel, FA Hanau (30. 8. 58), Eberhard Sauer, FA Bensheim (2. 9. 58), Peter Siegfried, FA Bad Schwalbach (29. 8. 58), Werner Simon, FA Lauterbach (29. 8. 58), Kurt Schreiber, FA Ffm.-Höchst (29. 8. 58), Helmut Schullerbauer, FA Homberg (30. 8. 58), Klaus Schütze, FA Groß-Gerau (29. 8. 58), Wolfgang Stach, FA Ffm.-Stiftstr. (30. 8. 58), Christian Stang, FA Bad Hersfeld (30. 8. 58), Günter Ullrich, FA Ffm.-Hamb. Allee (29. 8. 58), Josef Winkler, FA Ffm.-Börse (29. 8. 58)

zum ap. Steuersekretär (BaW): die Vertragsangestellten Viktor Dömel, FA Ffm.-Taunustor (14. 8. 58), Walter Eller, FA Weilburg (28. 8. 58), Richard Nordmann (FA Ffm.-Höchst (28. 8. 58), Alfred Sadlo, FA Bensheim (18. 8. 58), Harry Werner, FA Offenbach-Stadt (1. 9. 58)

Staatsbauverwaltung**ernannt und berufen**

zum Regierungsbaurat (BaL): Vertragsangestellter (Regierungsbaurat z. Wv.) Wilhelm Hammelmann, SBA Darmstadt (1. 6. 58)

zum Regierungsoberbauinspektor (BaL): Vertragsangestellter (Technischer Oberinspektor z. Wv.) Otto Scheffler, SBA Wetzlar (1. 7. 58)

zum Regierungsbauinspektor (BaL): Vertragsangestellter (Regierungsbauinspektor z. Wv.) Johannes Weber, SBA Frankfurt (1. 7. 58)

ernannt

zum ap. Regierungsbauinspektor (BaW): Vertragsangestellter Heinrich Balcke, StBA Frankfurt (15. 8. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit**Steuerverwaltung**

Regierungsrat Dr. Eduard Hartmann, FA Bad Homburg (30. 7. 58)

die Steuerinspektoren Heinrich Itzenhäuser, FA Ffm.-Stiftstraße (15. 8. 58), Helmut Maxeiner, FA Wetzlar (16. 8. 58), Egon Müller, FA Ffm.-Taunustor (15. 8. 58)

die Steuersekretäre Willi Aberle, FA Darmstadt (22. 8. 58), Heinrich Alter, FA Melsungen (11. 8. 58), Theodor Behnke, FA Wiesb.-Herrngartenstr. (1. 9. 58), Walter Billasch, FA Friedberg (4. 8. 58), Adolf Eichler, FA Langen (4. 7. 58), Rudolf Finke, FA Korbach (4. 8. 58), Johs. Gutmann, FA Groß-Gerau (21. 7. 58), Hermann Henrich, FA Ffm.-Taunustor (2. 8. 58), Ernst Klaus, FA Ziegenhain (21. 7. 58), Karl-Adolf Loll, FA Rotenburg (28. 7. 58), Engelbert Wellstein, FA Limburg (22. 9. 58), Richard Zimmer, FA Ffm.-Taunustor (2. 9. 58)

Staatsbauverwaltung

Reg.-Bauinspektor Georg Strippelmann, StBA Kassel-Land (26. 8. 58)

in den Ruhestand versetzt:**Oberfinanzdirektion**

Steueramtmann Karl Strege (1. 9. 58)

Steueroberinspektor Theodor Wolff (1. 9. 58)

Steuerverwaltung

die Regierungsdirektoren: Dr. Hans Hofmann, FA Ffm.-Hamb. Allee (1. 8. 58), Friedrich Gutermuth, FA Gießen (1. 8. 58)

Steueroberamtmann Adam Ruhland, FA Offb.-Stadt (1. 9. 58)

die Steueramtmänner Johann Hauenstein, FA Ffm.-Taunustor (1. 8. 58), Karl Lichtenbäumer, FA Wsb.-Herrngartenstr. (1. 9. 58)

die Steueroberinspektoren Heinrich Borst, FA Offb.-Stadt (1. 8. 58), Friedrich Frantz, FA Kassel-Sp. (1. 8. 58), Richard Michel, FA Weilburg (1. 8. 58), Wilhelm Kranz, FA Wetzlar (1. 9. 58), Ludwig Lange, FA Ffm.-Hamb. Allee (1. 9. 58)

die Steuerobersekretäre Georg Lennert, FA Fürth/O. (1. 8. 58), Ernst Schöpp, FA Michelstadt (1. 8. 58), Johann Neebe, FA Marburg (1. 9. 58), Philipp Jäckel, FA Langen (1. 10. 58)

die Steuersekretäre Oskar Görlich, FA Offb.-Stadt (1. 9. 58), Hans Nicolai, FA Gießen (1. 9. 58), Hans Kattirs, FA Hanau (1. 10. 58), Anton Kleinfelder, FA Wetzlar (1. 10. 58), Karl Mädicke, FA Hanau (1. 10. 58)

Frankfurt (Main), 14. 10. 1958

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 82

St.Anz. 45/1958 S. 1342

1121 WIESBADEN**Regierungspräsidenten****Ungültigkeitserklärung einer Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG)**

Die Erstausfertigung der Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 HHG des Hans-Jürgen H o p p e, geb. am 29. 3. 1934 in Danzig, wohnhaft in Wiesbaden, Mauritiusstr. 12 b. Rössler, ausgestellt am 29. 8. 1957 — I 4 — 58 c — 12 — 21/Nr. 892 — vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden — Flüchtlingsdienst —, wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 13. 10. 1958

Der Regierungspräsident

I 4 — 58 c 12 — 21/Nr. 892

St.Anz. 45/1958 S. 1343

Buchbesprechungen

Kühne-Wolff: Die Gesetzgebung über den Lastenausgleich, Ausgabe B, die Ausgleichsleistungen; 21. und 22. Ergänzungslieferungen. 191 und 173 Blatt Berichtigungen und Ergänzungen. 21. Erg.-Lief. Stand Februar 1958, 22. Erg.-Lief. Stand Juni 1958. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

Die inzwischen erschienenen 21. und 22. Ergänzungslieferungen zum wohl führenden, umfangreichen Kommentar berufener Sachkenner zum Lastenausgleichsrecht bringen das Kompendium letztlich auf den Stand vom Juni 1958. Damit hat sich wieder das Vorhaben der Verfasser und Herausgeber bewahrt, den Praktikern möglichst zeitgerecht das Rüstzeug in die Hand zu geben, das sie zur Bewältigung des umfangreichen Stoffes und der schwierigen Materie dringendst laufend benötigen.

Die 21. Ergänzungslieferung beinhaltet:

1) die Neubearbeitung der §§ 5-7, 249-253, 276-292 LAG, die Weisung zur Änderung der Weisung über die Gewährung von Darlehen vom 9. 12. 1957 (Bundesanzeiger Nr. 245 vom 20. 12. 1957, Mtbl. BAA S. 497) und die Änderung der Geschäftsordnung des ständigen Beirats bei dem Bundesausgleichsamt vom 29. 11. 1957,

2) die Neubearbeitung der §§ 12 und 13 des Feststellungsgesetzes und die Zweite Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Zweiten Rechtsverordnung des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 9. 12. 1957 (Bundesanzeiger Nr. 245 vom 20. 12. 1957, Mtbl. BAA S. 486) und schließlich

3) die Neubearbeitung der durch das 8. ÄndGLAG geänderten Vorschriften des Altspargesetzes (ASpG) sowie die Weisung zur Änderung der Weisung zum Altspargesetz (Verfahren zur Feststellung des Entschädigungsanspruchs bei Wertpapieren) vom 9. 12. 1957 (Bundesanzeiger Nr. 245 vom 20. 12. 1957, Mtbl. BAA S. 498).

Die Weisungsänderungen vom 9. 12. 1957 sind in der genannten Lieferung, wie in der Vorbemerkung der Hinweise hervorgehoben ist, nur insoweit berücksichtigt, als sie keine Ermächtigung zur Neufassung enthalten; soweit eine solche Ermächtigung besteht, soll die Neufassung der betreffenden Weisungen abgewartet werden.

Die 22. Ergänzungslieferung bringt als Ergänzung

1) zum Lastenausgleich:

Die Neubearbeitung der durch das 8. ÄndGLAG geänderten §§ 15, 293-298, 301-303 LAG, die Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung über Ausgleichsleistungen nach dem Lastenausgleichsgesetz vom 16. 7. 1958 (BGBl. I S. 514), die Weisung über Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau (AW-Weisung) i. d. F. vom 17. 3. 1958 (Bundesanzeiger Nr. 66 vom 5. 4. 1958, Mtbl. BAA S. 96), die Weisung über die Ausbildungshilfe i. d. F. vom 28. 3. 1958 (Bundesanzeiger Nr. 68 vom 10. 4. 1958, Mtbl. BAA S. 102), die Bestimmungen zur Ergänzung der Durchführungbestimmungen zur Weisung über die Ausbildungshilfe vom 10. 3. 1958 (Mtbl. BAA S. 72) und die Richtlinien für den Einsatz der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau 1958 (zugleich Weisung über Wohnraumhilfe) vom 9. 12. 1957 (Bundesanzeiger Nr. 246 vom 21. 12. 1957, Mtbl. BAA 1958 S. 7),

2) zum Feststellungsgesetz:

Die Neubearbeitung der §§ 1-11a, 16-18, 21, 31, 36, 38, 39, 43-45 FG (Änderung durch das 8. ÄndGLAG) und die Zehnte Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes (10. FeststellungsDV) vom 15. 4. 1958 (BGBl. I S. 279) und

3) zum Allgemeinen Kriegsfolgengesetz:

Die Erläuterungen zum Vierten und Fünften Teil des AKG (Kurze Erläuterungen zu den übrigen Teilen folgen in den nächsten Erg.-Lfg.) und die Verordnung zur Härteregelung nach dem Vierten Teil des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 3. 1. 1958 (BGBl. I, S. 9).

Mit der 22. Ergänzungslieferung ist ein wesentlich breiterer und technisch verbesserter Ordner für den I. Band der Ausgabe B geliefert worden, da der bisherige Ordner von Band I des Kommentars sich als Folge der zahlreichen Berichtigungen und Ergänzungen als unzulänglich erwiesen hat und durch den fast 6jährigen Verbrauch erheblich verbraucht ist, eine Erweiterung der Ausgabe B auf 4 Bände wird dadurch zunächst vermieden.

Bezüglich der Würdigung im übrigen wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf die Besprechungen in den vorher erschienenen Lieferungen verwiesen. Verwaltungsgerichtsrat Rein

Freiheitsentziehungsverfahren. Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen mit den Ländervorschriften über die Anstaltsunterbringung von Geisteskranken und Suchtkranken. Kurzkomm. von Dr. Erwin Saage, Ministerialrat im Bundesjustizministerium. 1958, XXIII, 328 Seiten 8°. In Leinen DM 24,-. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die gemäß Artikel 104 des Grundgesetzes für Freiheitsentziehungen vorgeschriebene gesetzliche Regelung ist seitens der Bundesrepublik mit dem am 1. 7. 1956 in Kraft getretenen Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen vom 29. 6. 1956 (Bundesgesetzblatt I S. 599) erfolgt. Das Bundesgesetz regelt nur das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen, deren materielle Rechtsgrundlagen sich in bundesrechtlichen Rechtsvorschriften finden, wie in der Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der Ausländerpolizeiverordnung, der Verordnung über die Fürsorgepflicht (Arbeitshausunterbringung) und das nicht bundesrechtlich anderweitig geregelt ist, wie z. B. im Strafverfahren, bei Fürsorgeerziehungsmaßnahmen usw. Neben dieser bundesrechtlichen Regelung der Verfahrensweise bei Freiheitsentziehungen existiert auf weiten Gebieten eine regional teils übereinstimmende teils unterschiedliche landesrechtliche Kodifizierung von Vorschriften über Freiheitsentziehungen, sie sind zugleich prozeßrechtlicher wie materiellrechtlicher Natur und beziehen sich in der Hauptsache auf die Zwangsunterbringung von Geisteskranken, Rauschgift- und Alkoholsüchtigen.

Der Praxis erwachsen aus dieser Vielzahl von Regelungen des Freiheitsentziehungsverfahrens naturgemäß Schwierigkeiten, denen der Kurzkomm. von Saage durch ihre zusammenfassende Darstellung und Erläuterung begegnen will. Es bedeutet zweifellos eine Erleichterung für Gerichte, Verwaltungsbehörden, Anstalten und Anwälte, wenn sie sich nur eines Kommentars bedienen brauchen, um sich

über alle sonst weit verzweigten Verfahrensfragen zu orientieren. Darüber hinaus darf zusätzlich vermerkt werden, daß die Darstellungsweise des Kommentars, die erläuternde Heranziehung einschlägiger Rechtsprechung, Literatur und Ministerialerlasse dem Ratsuchenden (gerade auch dem Nichtjuristen) die gesuchte Antwort in der notwendigen Klarheit leicht gewinnen helfen.

Der Kommentar gliedert sich in einen ersten Teil, der dem Wortlaut des Freiheitsentziehungsgesetzes vom 29. 6. 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 599), der amtlichen Begründung und des schriftlichen Berichts des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht des Bundestages sowie die von den Bundesländern im Rahmen dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften bringt. Im zweiten Teil wird auf etwa 130 Seiten das Bundesgesetz eingehend erläutert. Den Anhang bilden die kommentierten landesrechtlichen Vorschriften über die Anstaltsunterbringung von Geisteskranken und Suchtkranken. Ein reich unterteiltes Sachregister beschließt das Buch, das als ausgezeichnetes Hilfsmittel allen empfohlen werden kann, die mit Fragen des Freiheitsentziehungsrechts zu tun haben. Oberregierungsrat Dr. Seeger

Apotheken-Vorschriften in Bayern von Reglerungspharmazier Kurt Paintner. Loseblattausgabe, 428 Seiten, Format DIN A 5, DM 38,-. Deutscher Apotheker-Verlag, Stuttgart.

Die Apothekenbetriebsordnungen schreiben zwingend für jede Apotheke u. a. vor, daß jederzeit in ihr die das Apothekenwesen regelnden Vorschriften in letztgültiger Fassung vorhanden sein müssen. Wenn auch im allgemeinen für alle deutschen Apotheken inhaltlich gleiche Vorschriften gelten, so gibt es doch auch mannigfach landesrechtliche Abweichungen, die ihren Grund in der Eigenstaatlichkeit der deutschen Bundesländer finden. Das eigentliche Apothekenrecht ist bis in die letzte Zeit als Sondermaterie regional unterschiedlichster Natur gekennzeichnet gewesen.

Regierungspharmazier Paintner im Bayerischen Staatsministerium des Innern hat mit den „Apotheken-Vorschriften in Bayern“ den Apotheken ein in Loseblattform gehaltenes Nachschlagewerk der z. Z. in Bayern geltenden einschlägigen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften zur Verfügung gestellt, das der eingangs zitierten Forderung auch der Bayerischen Apothekenbetriebsordnung Rechnung trägt. Die Vorschriften sind wörtlich im Originaltext wiedergegeben und häufig unter Hinweis auf Urteile, Bekanntmachungen oder Erlasse der Ministerien kommentiert.

Zur Unterrichtung über den Inhalt der Vorschriftensammlung möge eine kurze Skizzierung ihrer Hauptteile genügen. Der erste betrifft den Apothekerberuf (u. a. Reichsapothekerordnung, Bestallungsordnung, Prüfungsordnung). Es folgt ein Abschnitt, der sich mit den Vorschriften über die bayerische Berufsvertretung und ihren eigenen Satzungen befaßt. Die nächste Vorschriftengruppe gilt dem Apothekenbetrieb (Apothekengesetz, Apothekenbetriebsordnung). Ein vierter, naturgemäß sehr umfangreicher Abschnitt umfaßt die den Arzneimittelverkehr regelnden Vorschriften, wobei auch jene aufgeführt werden, die den Arzneimittelverkehr außerhalb der Apotheken regeln. Im fünften Abschnitt finden sich die Vorschriften über den Verkehr mit Giften und giftigen Pflanzenschutzmitteln. Sonstige den Apothekenbetrieb betreffende Vorschriften füllen den letzten Teil der Vorschriftensammlung aus, darunter z. B. das Lebensmittelgesetz und ihm verwandte Bestimmungen sowie aber auch die Handels-, Arbeits- und Sozialgesetzgebung, soweit sie im Apothekenbetrieb Bedeutung gewinnt. Den Schluß der Sammlung bildet ein sehr ausführliches Stichwortverzeichnis. Das Buch stellt für alle Kreise, die mit den genannten landesrechtlichen Vorschriften zu tun haben, ein zuverlässiges Nachschlagewerk dar. Oberregierungsrat Dr. Seeger

Justizverwaltungsvorschriften. Loseblatt-Textsammlung mit Verweisungen und Sachregister. Begründet von Richard Piller, Justizamtmann am Oberlandesgericht in München und Georg Hermann, Regierungsoberinspektor am Bayerischen Staatsministerium der Justiz. Weiterbearbeitung Georg Hermann. 7. Ergänzungslieferung, Stand 1. August 1958. 224 Seiten 8°, DM 9,80. Hauptband, ergänzt bis August 1958: 2080 Seiten 8°. In Leinen DM 40,-. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die 6. Ergänzungslieferung wurde im Staats-Anzeiger 1958 Nr. 26 besprochen.

Die jetzt vorliegende 7. Ergänzungslieferung enthält nach dem Stande vom 1. August 1958 die Anordnung über die Mitteilungen in Strafsachen vom 15. Januar 1958, die Anordnung über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft oder Strafvollstreckung vom 1. Januar 1957, die Richtlinien über den Vollzug der Unterbringung in einem Arbeitshaus vom 28. September 1955, die Richtlinien über den Vollzug der Einschließung vom 28. September 1955 sowie die Rechtshilfeordnung für Zivilsachen vom 19. Oktober 1956 mit Mustern und Anlagen und dem Verzeichnis der in den einzelnen außerdeutschen Ländern bestehenden Regelungen für den Rechtshilfeverkehr. Die neu einzufügenden Vorschriften gelten einheitlich im ganzen Bundesgebiet. Mit dieser Ergänzungslieferung wird das Ziel, in der Sammlung die wichtigsten Verwaltungsvorschriften aus allen Arbeitsgebieten der Justiz zu vereinigen, zu einem weiteren Teil verwirklicht. Oberregierungsrat Dierichs

Kühne-Wolff: Die Gesetzgebung über den Lastenausgleich Ausgabe A, die Ausgleichsabgaben; 13. Ergänzungslieferung; 39 Blatt Berichtigungen und Ergänzungen. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart.

Durch die vorliegende Ergänzungslieferung wird die Ausgabe A des bekannten und für die Praxis unentbehrlich gewordenen Kommentars auf den Stand vom Juni 1958 gebracht. Die Lieferung enthält u. a. die Neukommentierung der §§ 5-7 LAG (auf Grund der Änderungen durch das 8. ÄndGLAG), die Nachbearbeitung von Erläuterungen zu den §§ 21, 24, 38, 39 und 47a LAG unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung und Verwaltungsanweisung sowie die 21. Abgaben DV-LA vom 1. 4. 1958 (BGBl. 1958 I S. 208) mit Erläuterungen.

Zur Vermeidung von Wiederholungen darf auf die bisherigen Besprechungen verwiesen werden, in denen auf den führenden Charakter des Standardwerkes gebührend hingewiesen wurde. Verwaltungsgerichtsrat Rein

Die Kausalität in der Kriegsoferversorgung von Karl Weishäupl, Staatssekretär a. D. 1958, VIII, 243 Seiten 8°. In Leinen DM 18,50. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die Gewährung von Leistungen der Kriegsoferversorgung hängt vom Kausalzusammenhang ab (S. 1; 68, 82, 211 ff.), der auch dann eine besondere Rolle spielt und ähnliche Rechtsfragen aufwirft, wenn Ansprüche aus Betriebs- oder Dienstunfall geltend gemacht werden. Der Kausalzusammenhang ist im Einzelfall oft zweifelhaft. Es ist fraglich, ob sich überhaupt exakte allgemeingültige Kriterien entwickeln lassen¹⁾. Zwar sind für einzelne Rechtsgebiete dem jeweiligen Zweck angepaßte Theorien entwickelt worden²⁾, es fehlt aber selbst innerhalb dieser anerkannten Theorien an allgemeingültigen exakten Entscheidungskriterien³⁾. Es hat sich nunmehr nämlich auch in der Praxis⁴⁾, insbesondere unter dem Einfluß Lindenmaiers⁵⁾, die Erkenntnis durchgesetzt, daß es sich hier meist gar nicht um eine allein mit Mitteln der Logik zu beantwortende Frage des Kausalzusammenhangs handelt, als vielmehr darum, eine objektive Zurechenbarkeitsgrenze für die Haftung zu erkennen, das heißt das Ausmaß, bis zu dem dem Beklagten als dem Schädiger eine Haftung „billigerweise zugemutet werden“ kann⁶⁾. Danach kommt es auf eine Bewertung des Sachverhalts unter dem Gesichtspunkt des § 242 BGB an. Um diese Bestimmung im Rechtsstaat verfassungskonform anwenden zu können, bedarf es um der Rechtssicherheit willen ihrer „rechtstheoretischen Präzisierung“⁷⁾. Dabei muß man dann doch wieder auf die alten Formeln zurückgreifen⁸⁾. Sie stellt der Verfasser denn auch im einzelnen dar (S. 179 ff.), wobei er das Problem „Kausalität und Zurechnung“ mit Recht in den Mittelpunkt seiner Arbeit rückt (S. 75 ff.).

Unter Hinweis auf das Begriffspaar „Schuld und Haftung“ (S. 79 f.) entwickelt er den neuen Gedanken, Kausalität sei „haftungsbegründende Erfolgsverursachung“, während Zurechnung „das mögliche Ausmaß der Inanspruchnahme wegen der Urheberschaft eines Erfolges“ sei (S. 80).

Das Buch beginnt mit einer Darstellung der „Divergenz zwischen juristischer und medizinischer Kausalität“ (S. 10 ff.). Dabei wird der in Gutachten der medizinischen Sachverständigen immer wieder auftauchende Begriff der „Auslösung“ erörtert (S. 16 ff.; 48 ff.; vgl. auch S. 171 f.; 195 ff.), insbesondere in den praktisch häufigen Fällen von Leistenbruch (S. 50 ff.), Bandscheibenschaden (S. 59 f.) und Unfallneurose (S. 28 ff.). Hinsichtlich der anlagebedingten Leiden schlägt Weishäupl vor (S. 55 f.), es solle für den Rentenbewerber genügen, den Beweis zu erbringen, daß er vor dem Unfall (Kriegsdienst) gesund war und einen Unfall (Beschädigung im Wehrdienst) erlitten hat. Das Gericht habe dann nur zu entscheiden, ob der nachgewiesene Unfall oder der Wehrdienst nach Schwere und gegebenenfalls nach seiner Zeitdauer geeignet war, überhaupt eine Schädigung hervorzurufen.

Der Verfasser bringt dann einige Ausführungen zum Begriff des Schadens (S. 69 ff.), den er gegenüber dem im BVG verwendeten Begriff „Schädigung“ abgrenzt (S. 73 f.). Im Anschluß an die o. e. Ausführungen über Kausalität und Zurechnung schildert er die Rechtsprechung zu den Unfällen des täglichen Lebens (S. 85 ff.; vgl. S. 25 ff.), zur Unterbrechung des Kausalzusammenhangs (S. 93 ff.), insbesondere bei absichtlich herbeigeführter Schädigung (S. 99 ff.; Freitodfälle: S. 102 ff.; Hinrichtung nach Fahnenflucht: S. 112 ff.; Folgen militärischer Behandlung; S. 119), bei nachträglicher Auswirkung kriegerischer Vorgänge (S. 124 ff., Explosion gefundener Sachen) und bei mittelbaren Folgen einer Schädigung (S. 151 ff.). In einem Exkurs wird der Aufopferungsanspruch kurz behandelt (S. 134 ff.). Recht ausführlich stellt W. Stimmungen zum Problem der überholenden Kausalität und zum hypothetischen Kausalzusammenhang nebeneinander (S. 159 ff.)⁹⁾. Der im Versicherungsrecht entscheidenden

Theorie der wesentlichen Bedingung widmet der Verfasser anschließend mit Recht viel Raum (S. 188 ff.). Überall hat er die Rechtsprechung ausführlich zitiert und oft wörtlich wiedergegeben. Ein Stichwortverzeichnis mit kurzer Erläuterung medizinischer Fachausdrücke beschließt das Buch (S. 241–243).

Der Verfasser hat die Erfahrungen verwendet, die er als Staatssekretär in dem für die Kriegsoferversorgung zuständigen Bayerischen Ministerium gesammelt hat. Es kam ihm darauf an, „ein zusammenfassendes Werk über die Problematik der Kausalität“ zu schreiben (Vorwort sowie Seite 240). Seinem Ziel entsprechend hat er dargestellt, „inwieweit es bisher gelungen ist, die in der Versorgungspraxis vorhandenen, zum Teil außerordentlich schwierigen Kernprobleme einer rechtstheoretisch vertretbaren und den berechtigten Belangen der Kriegsofper und ihrer Hinterbliebenen gerecht werdenden Lösung zuzuführen“. Einen solchen Überblick gewährt das Buch, das daher von den Versorgungsbehörden und Sozialgerichten sowie von den Referenten der beteiligten Verbände gewiß sehr begrüßt und gern gelesen werden wird. Für eine mit Sicherheit zu erwartende neue Auflage möchte ich empfehlen, das Inhaltsverzeichnis etwas auszubauen und ein Sachregister anzufügen. Dann könnten die Praktiker, an die sich das Werk ausgesprochenmaßen besonders richtet, schneller Einzelfragen auffinden, die zuweilen an mehreren Stellen verstreut behandelt werden¹⁰⁾.

Das Buch stellt eine Bereicherung der Fachliteratur dar und kann insbesondere den Behörden der Versorgungsverwaltung, den Sozialgerichten und den Kriegsofperverbänden empfohlen werden.

¹⁾ Prosser, Kausalzusammenhang und Fahrlässigkeit (Heft G 74 der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen) 1958, S. 44: „Es scheint hier unmöglich, überhaupt zu verallgemeinern.“

²⁾ Äquivalenztheorie im Strafrecht, Adäquanztheorie im bürgerlichen Recht, Theorie der wesentlichen Bedingung im Versicherungsrecht. Vgl. Pesch, Ursache im bürgerlichen Recht und in der gesetzlichen Unfallversicherung, NJW 58, 1074. Weishäupl, S. 79, 100 f.

³⁾ Lindenmaier, Adäquate Ursache und nächste Ursache, ZHR 113, 209, 242 (1950); Heinr. Lange, Herrschaft und Verfall der Lehre vom adäquaten Kausalzusammenhang, AcP 196, 114, 120 f. (1957).

⁴⁾ BGHZ 3, 261, 267; 18, 286, 288; 25, 86; Larenz, Tatzurechnung und Unterbrechung des Kausalzusammenhangs, NJW 55, 1009; Lange a.a.O., S. 115, Anm. 7.

⁵⁾ a.a.O., S. 239.

⁶⁾ Vgl. Anm. 4.

⁷⁾ Vgl. den entsprechenden Titel der Schrift von Wieacker.

⁸⁾ So auch die mit Humor umkleidete, leicht resignierende Schlußfolgerung Prossers, a.a.O., S. 45.

⁹⁾ Zu den auf Seite 161 Genannten siehe auch Herm. Lange, Zum Problem der überholenden Kausalität, AcP 152, 153 und Niederländers ausführliche Besprechung der Arbeit von Knappe, über die Weishäupl eingehend referiert (S. 163 ff.) im AcP 153, 472.

¹⁰⁾ Vgl. z. B. über den Begriff „Wahrscheinlichkeit“ (S. 5, Anm. 1), über den auch auf Seite 10 bei Anm. 1, 81 bei Anm. 6, 83 f., 92 f., 109 bei Anm. 4 137, 171 bei Anm. 4, 193, 216 unter 3. gehandelt ist. Dieses Problem rechtefertigt eine zusammenhängende Darstellung.

Regierungsrat Dr. Reuss

Verzögerungen

in der Veröffentlichung von Ausschreibungen, Bekanntmachungen, Terminbestimmungen usw.

können vermieden werden

durch richtige Adressierung der Sendungen:

**Staats-Anzeiger für das Land Hessen
Wiesbaden - Schließfach 109**

Eilsendungen:
Staats-Anzeiger Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A

Anzeigenschluß:
dienstags, 14 Uhr, für Ausschreibungen mittwochs 10 Uhr

Der Sonderdruck

aus Staats-Anzeiger Nrn. 22, 23 und 24/58

Richtlinien

**zum 1. Jahresförderungsplan
des Hessen-Jugendplanes**

ist zum Stückpreis von DM 0,50
(zuzügl. Porto) erhältlich:

**STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN
Wiesbaden - Herrnmühlgasse 11 A - Postschließfach 109**

1958

Samstag, den 8. November 1958

Nr. 45

Veröffentlichungen

3751

Einziehung eines öffentlichen Weges in der Gemarkung Bodes

Es ist beabsichtigt, den öffentlichen Weg im „Haunefeld“, Flur 1, Flurstück 59, einzuziehen. Für diesen Weg, der in der Öffentlichkeit nicht vorhanden ist, liegt ein öffentliches Bedürfnis nicht vor. Gem. § 57 des Preuß. Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 (Pr.Ges. S. 258) wird das Vorhaben hiermit veröffentlicht, mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung an bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der Plan liegt während der Einspruchsfrist zu jedermanns Einsicht im Bürgermeisteramt offen.

Bodes, 27. 10. 1958

Der Bürgermeister als Wegepolizeibehörde, (Willhardt)

3752

Baulandumlegung in der Gemeinde Mainzlar

Der Kreistag des Landkreises Gießen hat in seiner Sitzung vom 21. Dezember 1957 für das Gebiet „Am Eichweg (Strassgarten)“ Gemarkung Mainzlar, Flur 1, Nr. 7, 8/1, 8/2, 9/1, 9/2, 10, 11/2, 12, Flur 4, Nr. 101/10, 102/1, 105, 104/1, 104/2, 105/1, 106, 108, 107, 109, 111, 101/6, 120, 110, von 114, 101/7, 101/8, 101/9, 5, Flur 1 477/1, 478, 480/4 und 412 die Einleitung eines Baulandumlegungsverfahrens gem. § 25 ff des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. 10. 1948 beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet. Der Umlegungsplan für das gesamte Umlegungsgebiet nebst einem Verzeichnis der umzulegenden Grundstücke liegt zwei Wochen lang nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei Mainzlar, während der Dienststunden den Beteiligten zur Einsicht offen.

Beteiligt am Umlegungsverfahren sind: 1. Die Eigentümer der in die Umlegung einbezogenen Grundstücke, 2. die Inhaber dinglicher Rechte an den einbezogenen Grundstücken, 3. die Mieter oder Pächter, denen einbezogene Grundstücke überlassen sind, 4. im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der betreibende Gläubiger, 5. die Gemeinde Mainzlar.

Die Beteiligten, deren Rechte nicht aus den öffentlichen Büchern, (Grundbuch) ersichtlich sind, werden gebeten, diese Rechte innerhalb von zwei Wochen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei anzumelden. Der Termin über den Verteilungsplan gem. § 33, Abs. 3 des Hess. Aufbaugesetzes ist auf Montag, den 24. Nov.

1958, 9 Uhr in der Bürgermeisterei Mainzlar anberaunt.

Alle Beteiligten werden zu diesem Termin eingeladen mit dem Hinweis, daß bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann. Ist wegen eines Rechts, das zur Teilnahme an dem Umlegungsverfahren berechtigt, ein Rechtsstreit anhängig, so gelten beide Parteien als Beteiligte. Bisher in diesem Verfahren noch nicht geltend gemachte Ansprüche und Rechte bleiben, wenn deren Anmeldung bis zu diesem Termin nicht erfolgt, in dem Verfahren unberücksichtigt. Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungsart eines Grundstückes im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde (Kreisausschuß des Landkreises Gießen) geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wiederhergestellt oder wesentlich verändert werden.

Gießen, 3. 11. 1958

Der Kreisausschuß
des Landkreises Gießen
als Umlegungsbehörde

3753

Einziehung eines Feldweges in der Gemarkung Mademühlen

Laut Gemeindevertreterbeschuß vom 9. 6. 1958 und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 21. 10. 1958 soll ein Teilstück des Feldwegs Flur 34, Nr. 107 zwischen den Parzellen 7 und 8 und 11, 12 und 13 eingezo-gen werden. Die Abfahrt von den Parzellen 5 und 6 erfolgt über den Feldweg Flur 32, Nr. 118 und der Parzelle 14 über Feldweg Flur 34, Nr. 108.

Mademühlen, 31. 10. 1958

Der Bürgermeister als Ortpolizeibehörde

Gerichtsangelegenheiten

3754

Aufgebote

F 1/58: Der Stadtinspektor Eduard Röder in Bad Orb, Jahnstraße, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefes vom 17. August 1935 über die im Grundbuch von Bad Orb, Band 83, Blatt 3709, in Abteilung III, unter Nr. 4, für die Vereinsbank Bad Orb, e.G.m.b.H. in Bad Orb, eingetragene Grundschuld in Höhe von 1200,— RM, verzinslich mit sieben vom Hundert jährlich, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf **Dienstag, den 30. Dezember 1958, 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 3, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Bad Orb, 21. 8. 1958

Amtsgericht

3755

F 1/58: Durch Urteil vom 29. Oktober 1958 ist der Brief über die im Grundbuch von Fritzlar, Band 44, Blatt 2039 in Abt. III, Nr. 1 für die Kreissparkasse Fritzlar-Homberg in Fritzlar eingetragene Darlehnsforderung von 8000,— RM für kraftlos erklärt worden.

Fritzlar, 30. 10. 1958

Amtsgericht

3756

F 32/58: Der Landwirt und Holzhauer Friedrich Kessler aus Flörsbach, Kreis Gelnhausen, Haus Nr. 19, hat das Aufgebot zum Zwecke der Ausschließung des Eigentümers der im Grundbuch von Flörsbach, Band 16, Blatt 302 auf den Namen des Johannes Reitz in Flörsbach, Haus Nr. 31, eingetragenen Grundstücke Flur E, Flurstück 53, Ackerland die Taläcker von 10,52 Ar, Fl. C, Flurstück 196, Grünland das Wäldchen von 16,07 Ar und Flur E, Flurstück 49, Ackerland die Taläcker von 2,19 Ar beantragt.

Der eingetragene Eigentümer oder dessen Rechtsnachfolger werden aufgefordert, ihre Rechte auf die Grundstücke spätestens in dem auf 14. 1. 1959, 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 1, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Gelnhausen, 27. 10. 1958

Amtsgericht

3757

Ausschlußurteil

10 F 15/58: Der Brief über die im Grundbuch von Kassel-Kirchditmold, Bl. 1043, in Abt. III, unter Nr. 3, für den Dr. med. Rudolf Thielemann in Kassel eingetragene Teilhypothek von 1700,— GM, ist kraftlos.

Kassel, 13. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 10

3758

Ausschlußurteil

6 F 4/58 — Im Namen des Volkes! In dem Aufgebotsverfahren der Firma Heinrich Treiber OHG in Ludwigshafen-Oggersheim — Antragstellerin — wegen Aufgebot hat das Amtsgericht in Lampertheim in der Sitzung vom 24. 10. 1958, durch den Assessor Geldner für Recht erkannt:

Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Viernheim, Band VII, Bl. 478 in Abt. III unter lfd. Nr. 10/16, zu Gunsten des Heinrich Treiber, Inhaber der Brauerei Feldschlößchen, Ludwigshafen/Rhein, eingetragene Grundschuld von 5000,— DM nebst 6 v. H. Jahreszinsen ab 1. 10. 1950 wird für kraftlos erklärt. Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragstellerin.

Lampertheim, 30. 10. 1958

Amtsgericht

3759

2 F 2/58: Der Brief über die im Grundbuch von Rommerode, Band 17, Blatt 512 in Abt. III, unter lfd. Nr. 1 und zur Mithaft im Grundbuch dortselbst, Blatt 528 in Abt.

III, unter lfd. Nr. 3, für die Spar- und Darlehnskasse e.G.m.u.H. in Rommerode eingetragene Darlehnsypothek von 1000,— RM ist durch Ausschlußurteil vom 23. Oktober 1958 für kraftlos erklärt worden.

Amtsgericht Witzenhausen

3760

2 F 2/58: Der Stellmachermeister Heinrich Knüppel in Bründersen, Molkereistraße 4, hat das Angebot des abhandlungsbekommenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Bründersen, Band 20, Blatt 665 in Abteilung III, Nr. 8 für die Kreissparkasse Wolfhagen eingetragene, nach dem Aufwertungsgesetz verzinsliche, Goldmarkhypothek in Höhe von 328,25 GM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 5. Juni 1959, 9.30 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebötstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Wolfhagen, 25. 10. 1958

Amtsgericht

3761

Güterrechtsregister

GR 106 — 8. 10. 1958 — Landwirt Karl Wilhelm Grünhaupt und Ehefrau Elisabeth, geb. Weber, Helmighausen:

Durch Erklärung vom 27. 6. 1958 gemäß Art. 3 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Arolsen

3762

Neueintragung

GR 216 — 22. 10. 1958: Die Eheleute Diplom-Volkwirt Böttres Nystroem u. Margret, geb. Funke, in Wallau (Lahn), haben durch Ehevertrag vom 4. September 1958 den gesetzlichen Güterstand aufgehoben; dadurch ist Gütertrennung eingetreten.

Amtsgericht Biedenkopf

3763

Neueintragungen:

Gemäß Artikel 8, Absatz I, Ziffer 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 leben in Gütertrennung:

GR 754 — 1. Oktober 1958 — Kaufmann Albert Martin Günter Striller und Käthe Johanne, geb. Thalheimer, beide in Brauns- hardt bei Weiterstadt. Erklärung vom 30. 6. 1958.

GR 755 — 1. Oktober 1958 — Czeslaw Ramowski, z. Z. Landes-Heil- und Pflegeanstalt, und Ottilie, geb. Vollrath, Darmstadt-Eberstadt. Erklärung vom 12. 6. 1958.

GR 756 — 1. Oktober 1958 — Ingenieur Peter Hartmann und Margarete, geb. Ackermann, beide in Ober-Ramstadt — Darmstadt. Erklärung vom 27. 6. 1958.

GR 758 — 1. Oktober 1958 — Zahnarzt Albert Hans Pra und Emmi, geb. Lindner, beide in Darmstadt. Erklärung vom 26. 6. 1958.

GR 759 — 1. Oktober 1958 — Prokurist Rolf Taupitz und Erika Martha, geb. Stöckel, beide in Darmstadt. Erklärung vom 28. 6. 1958.

GR 760 — Wilhelm Friedmann u. Wally Lilli, geb. Walgenbach, beide in Darmstadt. Erklärung vom 28. 6. 1958.

GR 761 — 1. Oktober 1958 — Reisender Otto Hoferichter, Rossdorf/D., und Elfriede, geb. Hüttenbrauck, Bremerhaven-Mitte. Erklärung vom 27. 6. 1958.

GR 762 — 1. Oktober 1958 — Kaufmann Wilhelm Lau und Hedda, geb. Fritzel, beide in Darmstadt. Erklärung vom 27. 6. 1958.

GR 763 — 1. Oktober 1958 — Versicherungskaufmann Dr. Erich Willy Julius Eugen Pfeiffer und Lieselotte, geb. Maier, beide in Darmstadt. Erklärung vom 28. 6. 1958.

GR 764 — 1. Oktober 1958 — Kurt Wallter Tschiche, Darmstadt-Eberstadt, u. Myrtle, geb. Noyce, Kingsbridge (England). Erklärung vom 16. 6. 1958.

GR 765 — Dipl. Ing. Ott-Heinrich Paul Erwin Blaum und Hildegard Julia Maria, geb. Kreiter, beide in Darmstadt. Erklärung vom 28. 6. 1958.

GR 766 — 1. Oktober 1958 — Elektromechaniker Richard Werner Fuss, Darmstadt-Eberstadt, und Käthen Gretchen Franziska, geb. Kreiling, z. Z. Nieder-Ramstädter-Heime in Nieder-Ramstadt. Erklärung vom 13. 6. 1958.

GR 767 — 1. Oktober 1958 — Ingenieur Friedrich Beck u. Maria Amalie, gen. Maya, geb. Ludwig, beide in Darmstadt-Eberstadt. Erklärung vom 24. 6. 1958.

GR 768 — 1. Oktober 1958 — Kraftfahrer Philipp Kopf und Rosemarie, geb. Kuhl, beide in Darmstadt. Erklärung vom 25. 6. 1958.

GR 769 — 1. Oktober 1958 — Bauingenieur Leopold Gregor Franz Port und Lidija, geb. Kuzins, beide in Darmstadt-Eberstadt. Erklärung vom 26. 6. 1958.

GR 770 — 1. Oktober 1958 — Kaufmann Friedrich August Schad und Hedwig, geb. Vollmer, beide in Darmstadt. Erklärung vom 27. 6. 1958.

GR 771 — 1. Oktober 1958 — Kaufmann Friedrich Avemarie und Marianne, geb. Schulmeyer, beide in Darmstadt. Erklärung vom 27. 6. 1958.

GR 772 — 1. Oktober 1958 — Kaufmann Heinrich Georg Müller und Margarete, geb. Gutermann, beide in Griesheim/Darmstadt. Erklärung vom 28. 6. 1958.

GR 773 — 1. Oktober 1958 — Dipl. Ing. Ludwig Finkeisen und Hedwig, geb. Hille, beide in Darmstadt. Erklärung vom 30. 6. 1958.

GR 775 — 1. Oktober 1958 — Elektromeister Johann Karl Konrad und Paula, geb. Volk, beide in Darmstadt. Erklärung vom 30. 6. 1958.

GR 776 — 1. Oktober 1958 — Fabrikant Walter Otto Kapp u. Anneliese, geb. Ostermann, beide in Darmstadt. Erklärung vom 27. 6. 1958.

GR 777 — 1. Oktober 1958 — Robert Dyll und Olga Sophie, geb. Heise, beide in Darmstadt. Erklärung vom 27. 6. 1958.

GR 778 — 1. Oktober 1958 — Molkereimeister Ernst Erwin Josef Fuchs und Susanne Margarete, geb. Kühn, beide in Darmstadt. Erklärung vom 30. 6. 1958.

GR 780 — 1. Oktober 1958 — Kaufmann und Makler Hans Olesch und Elfriede Margarethe, geb. Keil, beide in Darmstadt. Erklärung vom 28. 6. 1958.

GR 781 — 1. Oktober 1958 — Kaufmann Johann Jakob Diefenbach und Helga, geb. Fink, beide in Darmstadt. Erklärung vom 21. 6. 1958.

GR 782 — 1. Oktober 1958 — Prokurist Friedrich Karl Jünger und Elisabeth, geb. Swidersky, beide in Darmstadt. Erklärung vom 28. 6. 1958.

GR 787 — 1. Oktober 1958 — Die Eheleute Herbert Pius Feil und Irma Johanna, geb. Muhn, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 11. Dezember 1954 Gütertrennung vereinbart.

GR 774 — 1. Oktober 1958 — Die Eheleute Rolf Karl Richard Anspach und Anneliese Berta, geb. Rittershofer, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 29. 5. 1958 Gütertrennung vereinbart.

GR 779 — 1. Oktober 1958 — Die Eheleute Henry Max Rolf Ferling, Buchdruckereibesitzer, und Herma, geb. Dass, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 28. Juli 1958 Gütertrennung vereinbart.

Veränderung

GR 24 — 30. September 1958 — Die Eheleute Philipp Kauf, Rentner und Else, geb. Common, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 4. August 1958 die am 7. November 1945 vereinbarte Gütertrennung aufgehoben und Zugewinngemeinschaft vereinbart.

Amtsgericht Darmstadt

3764

Neueintragung

GR 138 — 24. 10. 1958 — Die Eheleute Fritz Wilhelm Horneff, Kaufmann, und Erna Elise Horneff, geb. Petry, Fabrikantin, beide in Groß-Zimmern, haben durch Vertrag vom 23. 9. 1958 Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Dieburg

3765

73 GR 7351 A — Kaufmann Günter Vesper und Elisabeth, geb. Kellermann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7352 A — Techniker Wilhelm Matthes und Anne, geb. Jakob, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7353 A — Konstrukteur Eduard Ullrich, Frankfurt (Main), und Helene, geb. Rempen, Schneidhain (Taunus):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7354 A — Kaufmann Herbert Schubert u. Gertrud, geb. Jachhade, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7355 A — Industriemeister Walter Grosser und Bertel, geb. Hofmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7356 A — Kraftfahrzeugkaufmann Hans Bock und Emmi, geb. Rüdiger, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7357 A — Rechtsanwalt Maximilian Riedel und Gertraude, geb. Adamec, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7358 A — Kaufmann Horst, Holona und Katharina, geb. Kainrath, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7359 A — Spengler Johannes Haym und Isolda Brigitte, geb. Döhler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7360 A — Kaufmann Karl Kaufmann und Elfriede, geb. Bauer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7361 A — Techn. Kaufmann Karl Interthal und Margrit, geb. Prüssing, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7362 A — Kaufmann Wolf-Dieter Reinicke und Erika, geb. Hartmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7363 A — Kaufmann Peter Haller und Gudrun, geb. Richter, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7364 A — Bankangestellter Thomas Ulrich Halbe und Uta, geb. Heide, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7365 A — Kaufmann Ernst Otto Jacob Severin Weber und Anna Maria, geb. Stumpp, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7366 A — Kaufmann Hermann Motschmann u. Gertrud, geb. Zimmermann Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7367 A — Ingenieur Friedrich Zirkelbach und Rosalie, geb. Schuh, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7368 A — Ingenieur Paul Kunz und Elisabeth, geb. Günther, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 73 69 A — Techn. Kaufmann Karl Daus und Emma, geb. Kandler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7370 A — Kaufm. Angestellter Carl Walter Josef Ebert und Else Frida, geb. Leder, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7371 A — Kaufm. Angestellter Friedrich Faulstroh u. Irmgard, geb. Stadler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7372 A — Augenarzt Dr. Karl Ott und Gisela, geb. Spielmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7373 A — Kaufmann Walter Lindtner u. Trude, geb. Peter, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7374 A — Verlagsangestellter Bruno Wilhelm Karlsson und Maria Margaretha, geb. Neuss, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7375 A — Werkmeister Martin Bornholdt, Frankfurt (Main), und Johanna, geb. Schnoor, Mannheim:

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7376 A — Fabrikant Martin Berthold und Herta, geb. Schubert, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7377 A — Journalist Dr. Axel York Otto Eberhard von Selasinsky, Frankfurt (Main), und Cäcilie Dorothea Bianca, geb. Gräfin von Waldersee, Worms:

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7378 A — Werbeberater Werner Walter Liesfeld, Frankfurt (Main), und Gerda, geb. Hohaus, Kronberg (Taunus):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7379 A — Helfer in Steuersachen Willi Karl Eduard Becker und Ellen Maria Wilma, geb. Bockmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7381 A — Kaufmann Heinrich Ignatz Aigner und Lieselotte Margarete, geb. Schmitt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7382 A — Kaufmann Fritz Kranich und Elli, geb. Josupeit, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7383 A — Kaufmann Leo Baer u. Rosemarie, geb. Kohl, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7384 A — Diplom-Volkswirt Dr. Robert Hobirk u. Gisela, geb. Hahn, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7385 A — Baustoffkaufmann Günter Bartetzke und Emmi, geb. Orth, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7386 A — Kondukteur Rupprecht Kirmer, Frankfurt (Main), und Ingrid, geb. Richter, Berlin:

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7387 A — Redakteur Dr. Hans Henrich und Johanna, geb. Rösler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 9. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7388 A — Kaufmann Alfons Hentschke und Hildegard, geb. Schmidt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7390 A — Geschäftsleiter Richard Peter Holzer und Anna, geb. Petto, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 19. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7173 A — Holzkaufmann Gerhard Kreuziger und Herta, geb. Schneider, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7391 A — Bankprokurist Hans-Alfred Petri und Margit, geb. Weber, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 27. September 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7392 A — Arzt Dr. med. Fritz Bergmann und Marianne, geb. Heinrich, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 25. August 1934 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7393 A — Schlosser Hans Richter und Renate, geb. Susemichel, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 27. Sept. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7394 A — Kaufmann Günter Franz Rudolf Mosler und Klaudia, geb. Messinger, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 15. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7395 A — Friseurmeister Heinrich Ziegler und Maria, geb. Noll, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 25. Juli 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7396 A — Kaufmann Gustav Riederberger und Ilse, geb. Schulte, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 14. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7397 A — Tischlermeister Günter Potthoff und Irmgard Hannchen, geb. Scholz, Langen und Frankfurt (Main):

Durch notariellen Vertrag vom 26. Januar 1953 ist die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes am Frauenvermögen ausgeschlossen worden.

73 GR 7398 A — Monteur Hans-Joachim Pfitzer und Ingrid, geb. Steinwachs, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 24. Sept. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7399 A — Diplom-Volkswirt Hans-Rudolf Albert Peters u. Ilse Gabriele, geb. Simon, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 22. August 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 7400 A — Metzgergeselle und Prokurist Karl Wieland und Herta, geb. Ritzel, Frankfurt (Main):

Durch Ehevertrag vom 18. Sept. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht, Frankfurt (Main), Abt. 73

3766

73 GR 7401 A: Kaufmann Peter Kongisser und Dorothea, geb. Grothkopp, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7402 A: Kaufmann und Handelsvertreter Alfred Schöppner u. Elfriede, geb. Buhlig, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7403 A: Bauschreiner Wilhelm Repp u. Lina, geb. Höres, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7404 A: Kaufmann Dr. Richard Philipp und Elsbeth, geb. Korte, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7405 A: Rentner Eduard Becker und Marie, geb. Weller, verw. Markgraf, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7406 A: Journalist Kurt Walzebuk, Frankfurt (Main), und Elfniede, geb. Seiler, Obemkirchen, Kreis Rinteln:

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7407 A: Gastwirt Ernst Theobald und Anna, geb. Lutz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7408 A: Kaufm. Angestellter Rudolf Herrmann und Helene, geb. Richter, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7409 A: Facharzt Dr. med. Franz Jean Bach und Marija, geb. Uzulius, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7410 A: Handelsvertreter Reinhold Rudolf Backhaus und Maria Hedwig, geb. Zobel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7411 A: Friseur Willi Wagner u. Maria, geb. Müller, Friseurmeisterin, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7412 A: Diplom-Landwirt Dr. Hans Winn und Lona, geb. Schurig, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7413 A: Oberinspektor Ferdinand Beyer und Lucia, geb. Fuchs, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7414 A: Ingenieur Maximilian Gerner und Elsa, geb. Meyer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7415 A: Kaufmann Johannes Curt Haase und Vera, geb. Müller, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7416 A: Dreher Frederick William Joseph Krausbauer und Ruth, geb. Kasper, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7417 A: Diplom-Kaufmann Rolf Kessler und Edith, geb. Lubnau, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7418 A: Kaufmann Carl Wenz und Else geb. Maul, Bischofsheim (Kreis Hanau):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7419 A: Konsul Friedrich Dietz u. Annemarie, geb. Veit, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7420 A: Arzt Dr. med. Werner Bockelmann und Ilse, geb. Meuß, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7421 A: Kraftfahrer Josef Göbel und Klara Margarete, geb. Winkler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7422 A: Malermeister Ernst Theodor Einfeldt und Ruth, geb. Pfalz, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7423 A: Werkvertreter Friedrich Göbel und Herta Ilse Gertrud, geb. Sandmann, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7424 A: Architekt August Wilhelm Hogreve und Ella, geb. Schmidt, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7425 A: Architekt Gustav Adolf Hartschuh und Johanna, geb. Wolf, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7426 A: Oberstleutnant a. D. Helmut Hasbach und Elisabeth, geb. Jordan, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7427 A: Polsterer und Dekorateur Heinrich Jakob Fasching und Else Blande, geb. Reuther, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7428 A: Kaufmann Karl Braun und Mathilde, geb. Schuhmacher, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7429 A: Zahnarzt Dr. med. Hans Bade und Erika, geb. Schwalm, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleich-

berechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7430 A: Kaufmann Hans Wilhelm Nelson und Inge Lotte Elfriede, geb. Spengler, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7431 A: Kaufmann Albert Satuski und Edith, geb. Bartschat, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7432 A: Kaufmann Kurt Breidebach und Elisabeth Charlotte, geb. Ruths, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7433 A: Behördenangestellter Wilhelm Bonnet und Erika, geb. Escanecrabe, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7434 A: Zahnarzt Dr. med. dent. Carl Emmerich und Helene, geb. Müller, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7435 A: Kaufmann Erhard Weiß und Hedwig, geb. Kiszo, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7436 A: Bundesbahndirektor Werner Heubel und Susanne, geb. Stade, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7437 A: Regierungsrat Hermann Haas und Emma, geb. Zimmerius, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7438 A: Kaufmann Kurt Blättermann und Friedel, geb. Hoppe, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7439 A: Kaufmann Armin Karl-August Christian Hecht und Ursula Clara Elisabeth, geb. Heinrichs, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7440 A: Bankdirektor Wilhelm Götz und Johanna, geb. Löw, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7441 A: Kalkulator Herbert Fandré, Frankfurt (Main), und Gertrud, geb. Manitzki, Hamburg:

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7442 A: Kaufmann Kurt Ihrig und Hildegard, geb. Staat, Kauffrau, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7443 A: Patentanwalt Dr. Volker Schmied-Korwarzik und Gisela, geb. Mügge, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7444 A: Handelsvertreter Jean Rudolf Richard Gustav Huhle und Hildegard Lucia, geb. Schwarzer, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7445 A: Kaufmann Hans Eweler und Ilse, geb. Ruppel, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7446 A: Rechtsanwalt Hans Georg Weidell und Ruth, geb. Ihrig, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7447 A: Gewerkschaftssekretär Ernst Keller, Frankfurt (Main), und Martha, geb. Friese, Marl-Drewer:

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 7448 A: Fahrlehrer Heinz Thiele u. Maria, geb. Lehnsdorf, Frankfurt (Main):

Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Amtsgericht Frankfurt (Main), Abt. 73

3767

GR 1014 — 25. 10. 1958 — Bolst Adalbert, Inhaber eines Malergeschäfts, Fulda, und Else Johanna, geb. Zeier:

Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957/BCBl. I S. 609).

Amtsgericht Fulda, Abt. 5

3768

Durch Erklärung gem. Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht in folgenden Ehen Gütertrennung:

4 GR 701 — 11. September 1958: Gutsbesitzer Georg Adam Carl Werner Hanstein und Anna Martha, geb. Linke, Wachenbuch, Hofgut.

4 GR 702 — 11. September 1958: Kaufmann Karl Karrach und Ruth, geb. von zur Gathen, Hanau, Nürnberger Straße 31—33.

4 GR 703 — 11. September 1958: Chemotechniker Richard Lukas und Elisabeth, geb. Kraft, Niederrodenbach, Birkenstr. 1.

4 GR 704 — 11. September 1958: Mechaniker Peter Franz Weih und Marta Maria, geb. Bessenbacher, Großkotzenburg, Lindenstraße 32.

4 GR 705 — 11. September 1958: Kaufmann Dr. Ernst Dörfling und Hildegard, geb. Deppenbusch, Hanau, Friedrich-Ebertanlage 9.

4 GR 706 — 11. September 1958: Maurer Ernst Lorenz, Großauheim, Kettelerstraße 9, und Antonie, geb. John, Schadeleben, Kreis Quedlinburg, Haus Nr. 29.

4 GR 710 — 11. September 1958: Kaufmann Kurt Klink und Luise Charlotte, geb. Bender, Hanau, Landwehr 25.

4 GR 711 — 12. September 1958: Kaufmann Alfred Wolter und Rosemarie, geb. Posern, Hanau, Salzstraße 32.

4 GR 712 — 12. September 1958: Fabrikant Heinz Zimmermann und Hilde, geb. Horn, Hanau, Frankfurter Landstraße 51.

4 GR 713 — 12. September 1958: Franz Georg Förster und Margarethe Elfriede, geb. Knoth, Hochstadt, Südliche Ringstr. 11.

4 GR 725 — 19. September 1958: Chemotechniker Hans Oberländer und Luise, geb. Strohschnitter, Hanau, Jahnstraße 23.

4 GR 726 — 19. September 1958: Gastwirt Karl Egold und Anna Katharina, geb. Möller, Hanau, Friedrichstraße 3.

4 GR 727 — 19. September 1958: Prokurist Dr. Erwin Berger und Hedwig, geb. Hegener, Hanau, Hopfenstraße 40.

4 GR 728 — 19. September 1958: Kraftfahrer Wilhelm Friedrich Hugo Elbert, Dörnigheim, Backesweg 19, und Elli Anna Antonie, geb. Beutler, Frankfurt (Main), Falkstraße 56/III.

4 GR 734 — 24. September 1958: Fabrikant Dr. med. Wilhelm Hohn und Waltraut, geb. Raabe, Hanau, Friedrichstr. 40.

4 GR 733 — 24. September 1958: Bundesbahninspektor Bernhard Bachmann u. Erna Karoline, geb. Scheithe, Großauheim, Ringstraße 10.

4 GR 729 — 24. September 1958: Professor Dr. med. Ludwig Gottfried Johannes Heinrich, genannt Hans Westermann und Dr. med. Martha Maria Helene, geb. Koch, Hanau, Schülerstraße 4.

4 GR 730 — 24. September 1958: Fabrikant Friedrich Otto Seng und Margot, geb. Rau, Dörnigheim, Mainstraße 8.

4 GR 731 — 24. September 1958: Kaufmann Hans Fuchs und Maria, geb. Schimek, Hanau, Akademiestraße 10.

4 GR 732 — 24. September 1958: Tierarzt Werner Goecke und Elisabeth, geb. Heitmann, Hanau, Steinheimer Straße 22.

4 GR 707 — 11. September 1958: Kaufmann Erich Dübel und Erna, geb. Bärfacker, Hanau, Wilhelmstraße 8.

4 GR 708 — 11. September 1958: Kaufmann Richard Krempel und Anneliese, geb. Krug, Hanau, Landwehr 25.

4 GR 709 — 11. September 1958: Kaufmann Karl-Wilhelm Off und Martha, geb. Schupp, Hanau, Fahrstraße 1.

4 GR 714 — 12. September 1958: Verkaufsstellenleiter Ernst Sondermann, Großauheim, Josef-Bautz-Straße 1, u. Lina, geb. Fricke, Bielefeld, Schildescherstraße 56.

4 GR 722 — 19. September 1958: Kaufmann Klemens Helmut Leutert, Hanau Kastanienallee 155, und Anna-Maria, geb. Ensslen, Solingen, Kölnische Straße.

4 GR 723 — 19. September 1958: Technischer Kaufmann Martin Stiller und Erna, geb. Powilleit, Hanau, Cranachstraße 1—5, Block 62a, Zimmer 7.

4 GR 736 — 24. September 1958: Graphiker Heinrich Förster und Hildegard, geb. Janus, Hanau, Schützenstraße 22—24.

4 GR 735 — 24. September 1958: Fachärzte für Nerven- und Gemütsleiden Dr. Walter Jean Friedrich Meusert und Dr. Käthe Hedwig, geb. Bähr, Hanau, Jahnstraße 8.

4 GR 769 — 3. Oktober 1958: Maurer Louis Rovini und Hertha, geb. Löffert, Bruchköbel, Spessartstraße 6.

4 GR 768 — 3. Oktober 1958: Gewerbelehrer Bernhard Belk und Marie, geb. Glüsing, Hanau, Kastanienallee 36.

Amtsgericht Hanau (Main), Abt. 4

3769

GR 134 — Eheleute August Hüser und Elisabeth Hüser, geb. Kumpe in Hohenkirchen:

Laut Erklärung der Ehefrau vom 25. 4. 1958, gemäß Artikel 8, Ziffer I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe die Gütertrennung.
Amtsgericht Hofgeismar

GR 133 — Eheleute Kaufmann Gustav Nolte und Marianne Nolte, geb. Steffen, in Hofgeismar:

Laut Erklärung des Ehemannes vom 21. 6. 1958, gemäß Artikel 8, Ziffer I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe die Gütertrennung.
Amtsgericht Hofgeismar

3770

Durch Erklärung gem. Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht in folgenden Ehen Gütertrennung:

GR 292 — 6. 10. 1958 — Kaufmann Albrecht Josef Bach jr. und Maria Elfriede (gen. Marianne), geb. Schmidt, Limburg (Lahn).

GR 293 — 17. 10. 1958 — Gastwirt Josef Conradi und Anna, geb. Kadenbach, Limburg (Lahn).

GR 294 — 17. 10. 1958 — Kaufmann Emil Zeller und Elisabeth Margarethe, geb. Schuhmacher, Limburg (Lahn).

GR 295 — 17. 10. 1958 — Wilfried Fischer und Dela-Madelaine, geb. Knipp, Limburg (Lahn).

Amtsgericht, Limburg (Lahn)

3771

Neueintragung

GR IV Nr. 17 — Gebhardt, Georg Albrecht, Kaufmann, und Ehefrau Anna Katharina, geb. Hinkel, wohnhaft in Steinbach i. O.:

Durch Erklärung vom 23. 6. 1958 gem. Art. 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 besteht Gütertrennung.

Michelstadt, 11. 10. 1958
Amtsgericht

3772

GR 91 — Schreinermeister Johannes Heinrich Merz und Sophie, geb. Hauff in Neukirchen:

Laut Erklärung des Ehemannes vom 30. 6. 1958 gemäß Artikel 8, Ziffer I, Nr. 3, Absatz 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe Gütertrennung.
Neukirchen (Kreis Ziegenhain), 28. 10. 1958

Amtsgericht

3773

GR 92 — Grundstücksmakler Heinrich Grosch und Hedwig Anna, gesch. Grebe, geb. Mengel, in Neukirchen, Krs. Ziegenhain:

Laut Erklärung des Ehemannes vom 30. Juni 1958 gemäß Art. 8, Ziffer I, Nr. 3 Absatz 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe Gütertrennung.

Neukirchen (Krs. Ziegenhain), 29. 10. 1958

Amtsgericht

GR 93 — Bauunternehmer Heinrich Kister und Emma Elisabeth, geb. Arnold, in Christerode, Krs. Ziegenhain:

Laut Erklärung des Ehemannes vom 30. Juni 1958 gemäß Art. 8, Ziffer I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 gilt für die Ehe Gütertrennung.
Neukirchen (Krs. Ziegenhain), 29. 10. 1958

Amtsgericht

3774

GR 249 — 21. 10. 1958 — Kaufmännischer Angestellter Rudolf Leukel und Elisabeth, geb. Rutkowski, Lorch am Rhein:

Durch Ehevertrag vom 7. Oktober 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Rudesheim (Rhein)

3775

Neueintragung

GR 66 — Mägerlein, Adolf, Dipl.-Ing., u. Anna Auguste Erna, geb. Weber, Treysa:

Gem. Artikel 8 I, Ziffer 3 des Gleichberechtigungsgesetzes leben die Eheleute in Gütertrennung.

Treysa, 30. 10. 1958
Amtsgericht

3776

Nachstehende Ehegatten leben in Gütertrennung (Art. 8 I, Nr. 3 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957):

GR 295 — 2. 10. 1958 — Kaufmann Gotthard Gries und Gertrud, geb. Nickel, in Odersbach.

GR 296 — 2. 10. 1958 — Kaufmann Rudolf Müller und Waltraud, geb. Fischer, in Weilburg.

GR 297 — 2. 10. 1958 — Schafhalter Heinrich Pfeiffer, in Reichenborn, und Pauline, geb. Meuser, in Altenkirchen (Oberlahnkreis).

GR 298 — 3. 10. 1958 — Fabrikant Max Hultsch und Susanne, geb. Lotichius, in Weilburg.

GR 299 — 2. 10. 1958 — Werner Jung und Ilse, geb. Schmidt, in Weilburg.

GR 300 — 2. 10. 1958 — Kaufmann Franz Rosenkranz und Irma, geb. Buhlan, in Weilburg.

GR 301 — 2. 10. 1958 — Kaufmann Eduard Rosenkranz und Ursula, geb. Seel, in Weilburg.

GR 302 — 3. 10. 1958 — Kaufmann und Fuhrunternehmer Ernst Hain und Minna, geb. Weber, in Weilburg.

GR 303 — 3. 10. 1958 — Erich Späth und Ilse, geb. Sondermann, in Obershausen.

GR 304 — 3. 10. 1958 — Apotheker Edgar Knaust und Stefanie, geb. Stark, in Weilburg.

GR 305 — 3. 10. 1958 — Kriegsbeschädigter Albert Kühmichel und Minna, geb. Autor, in Allendorf (Oberlahnkreis).

GR 306 — 3. 10. 1958 — Dr. Karl Zimmermann und Lieselotte, geb. Unruh, in Weilburg.

GR 307 — 7. 10. 1958 — Gerichtsvorstand i. R. Dr. Hugo Merten und Emanuela, geb. Oberdorffer, in Weilburg.

GR 308 — 7. 10. 1958 — Kraftfahrer Wilhelm Mengers, in Kubach, und Alma, geb. Müller, in Blessenbach.

GR 309 — 7. 10. 1958 — Schreinermeister Hermann Ochs und Hedwig, geb. Droß, in Ahausen.

GR 310 — 7. 10. 1958 — Kaufmann Ernst Rukiek und Helga, geb. Zanger, in Niedershausen.

GR 311 — 7. 10. 1958 — Kaufmann Hermann Stroh und Rosemarie, geb. Schäfer, in Waldhausen.

GR 312 — 7. 10. 1958 — Student Diethart Dallmann und Gertrud, geb. Herburg, in Weilburg.

GR 313 — 7. 10. 1958 — Schreinermeister Gerhard Großmann und Hildegard, geb. Stroh, in Waldhausen.

GR 314 — 7. 10. 1958 — Ingenieur Hermann Weber und Else, geb. Simon, in Weilburg.

GR 315 — 8. 10. 1958 — Bäckermeister Rudolf Brosch und Hedwig, geb. Diesterweg, in Allendorf (Oberlahn).

GR 316 — 8. 10. 1958 — Dr. med. Ludwig Lamm u. Lucie, geb. Pontani, in Weilmünster.

GR 317 — 21. 10. 1958 — Kaufmann Albrecht Schneider und Herta, geb. Schwanz, in Weilmünster.

GR 318 — 21. 10. 1958 — Brauereibesitzer August Helbig und Elfriede, geb. Scheuern, in Weilburg.

GR 319 — 21. 10. 1958 — Kaufmann Paul Bergs und Maria, geb. Breuch, in Weilburg.

GR 320 — 21. 10. 1958 — Bauingenieur Ernst Bußweiler und Margarete, geb. Horz, in Löhnberg.

GR 321 — 21. 10. 1958 — Gastwirt Karl Walter Gabriel, in Weilburg, u. Beate, geb. Czranowski, in Duisburg-Hamborn.

GR 322 — 21. 10. 1958 — Tierarzt Dr. Karl Gelbert und Studienrätin Dr. Hedwig Gelbert, geb. Ott, in Weilburg.

Amtsgericht Weilburg

3777

In das Güterrechtsregister wurden eingetragen:

3 GR 253 — 21. 10. 1958 — Eheleute Kaufmann Klaus Christian Jaeger u. Margot, geb. Paul, beide in Witzenhausen:

Der Ehemann hat in der notariellen Urkunde vom 30. 6. 1958 erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

3 GR 254 — 22. 10. 1958 — Eheleute Kaufmann Günter Wunder und Ingeborg, geb. Dahl, beide in Witzenhausen:

Durch notariellen Vertrag vom 26. 9. 58 haben die Eheleute Gütertrennung vereinbart.

Amtsgericht Witzenhausen

3778

Handelsregister

HRA 95 — Firma Siment-Gesellschaft Herrmann & Co., Neckarsteinach:

Die Firma wurde von Amtswegen gelöscht.

Hirschhorn, 15. 10. 1958 Amtsgericht

3779

Vereinsregister

Neueintragung

VR 75 — 24. 10. 1958: Verein für Altersfürsorge Bad Nauheim. Die Satzung ist am 9. Mai 1958 errichtet. Der Verein wird gem. § 26 BGB durch den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten.

Amtsgericht Bad Nauheim

3780

Neueintragung

VR 382 — 16. Okt. 1958 — Verein: Ton- und Bild-Stelle für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (e. V.), Sitz: Darmstadt.

Darmstadt, 28. 10. 1958 Amtsgericht

3781

4 VR 214 — 24. Oktober 1958: Interessengemeinschaft Juwelen e. V. in Hanau (Main).

Amtsgericht Hanau (Main)

3782

VR 451 — 7. 10. 1958 — Katholisches Jugendwerk Kassel, Sitz: Kassel.

VR 452 — 7. 10. 1958 — Hooper Carnivals-Vereinigung, Sitz: Hoof.

VR 24 (Obkfg.) — 7. 10. 1958 — Schützenverein Oberkaufungen 1958, Sitz: Oberkaufungen.

VR 336 — 28. 10. 1958 — Verein der durch Kriegseinwirkung geschädigten Haus- und Grundbesitzer in Kurhessen, Sitz: Kassel. Der Verein ist aufgelöst.

Amtsgericht Kassel

3783

5 VR 111 — 22. 10. 1958 — Kleintierzuchtverein H. 91 e. V. Offenbach a. M. — In der Jahreshauptversammlung vom 19. 1. 1957 wurden gewählt: Dreher Friedrich Sperl, Offenbach a. M., 1. Vorsitzender; Postschaffner Max Körber, daselbst, 2. Vorsitzender. Die außerordentliche Mitgliederversammlung vom 4. 7. 1958 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Dreher Friedrich Sperl und Postschaffner Max Körber sind zu Liquidatoren bestellt.

Amtsgericht Offenbach (Main), Abt. 5

3784

Neueintragung

VR 84 — 23. 10. 1958 — Gesangverein Männerchor 1842, eingetragener Verein, Dudenhofen. Satzung vom 1. 2. 1956.

Amtsgericht Seligenstadt

3785

Vergleiche — Konkurse

6 N 128/52: Konkursverfahren Baukaufmann Hans Goebel, Darmstadt, Bismarkstraße 82, jetzt Frankfurt/Main, Eppsteinerstraße 45. Beschluß. Das Konkursverfahren wird eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist (§ 204 KO).

Darmstadt, 15. 10. 1958

Amtsgericht, Abt 6

3786

6 N 56/53: Anschlußkonkursverfahren Textilkaufmann Hellmut Martin, Ober-Ramstadt bei Dst., Neugasse 22, jetzt Darmstadt, Heinheimer Straße 10. Beschluß. Das Konkursverfahren wird nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs vom 3. 10. 1958 aufgehoben.

Darmstadt, 25. 10. 1958 Amtsgericht, Abt. 6

3787

6 N 45/58: Über den Nachlaß des am 11. Oktober 1957 mit letztem Wohnsitz in Darmstadt, Jahnstraße 26, verstorbenen Metzgermeisters Jakob Wagner wird heute am 25. Oktober 1958, 10.30 Uhr auf Antrag der Alleinerbin Frau Wilhelmine Anndiese Nehmzow, geb. Wagner, Darmstadt, Jahnstraße 33, Konkurs eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Martin, Darmstadt, Landwehrstraße 3, Telefon 5783. Konkursforderungen sind bis zum 15. November 1958 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des

ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 u. 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Montag, den 24. 11. 1958, vorm. 9 Uhr vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 510.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. Nov. 1958 anzeigen.

Darmstadt, 25. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

3788

6 N 47/58: Über das Vermögen der Firma Ropha G. m. b. H. in Darmstadt, Frankfurter Straße 69, vertreten durch den Geschäftsführer Wilhelm Brauer, Kaufmann u. Metzger in Darmstadt-Arheilgen, dieser vertreten durch Rechtsanwälte Löffler und Passloch in Darmstadt, wird heute, am 30. Oktober 1958, 16 Uhr Konkurs eröffnet, da die Firma zahlungsunfähig geworden ist. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Karl Schafft, Darmstadt, Im Geissensee 10, Telefon 32 71.

Konkursforderungen sind bis zum 20. 11. 1958 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Freitag, den 28. Nov. 1958, vorm. 9 Uhr vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 510. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. November 1958 anzeigen.

Darmstadt, 30. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

3789

Beschluß

81 N 146/57: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Franz Schmid, Inhaber der Firma Franz Schmid, Automobile, Frankfurt-West, Emserstraße 28, jetzt Robert-Mayer-Str. 55, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses wurden an Vergütung festgesetzt: a) Rechtsanwalt Fölsing, DM 60,—, b) Georg Horn, DM 100,—, c) E. Siepmann, DM 100,—. An Auslagen wurden festgesetzt: für Rechtsanwalt Fölsing DM 30,—, für Siepmann DM 253,50.

Frankfurt (Main), 24. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3790

81 VN 18/58 — Vergleichsverfahren über das Vermögen der Mainbau GmbH. in Frankfurt (Main), Riederhofstraße 24, wird heute, am 27. Oktober 1958, 12.45 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Carl Backes in Frankfurt (Main), Garten-

straße 68, Telefon 6 45 78, wird zum Vergleichsverwalter ernannt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 5. Dez. 1958, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337, anberaumt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden. Der Eröffnungsantrag mit seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen kann auf der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Frankfurt (Main), 27. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3791

81 VN 23/58 — Vergleichsverfahren — Der Kaufmann Hermann Becker, Stahl- und Metallhalbfabrikate-Großhandlung Frankfurt (Main), Münchener Str. 55, hat durch einen am 7. 10. 1958 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt. Gemäß § 111 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Diplomkaufmann Dr. Franz Clar, Frankfurt (Main), Bäckerweg 9, Telefon 49 26 13, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Frankfurt (Main), 28. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3792

81 N 214/58 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der „Treufinanz“ Gesellschaft mbH., Finanzierungsbetreuung für Wohnungs- und Bauwirtschaft, Frankfurt (Main), Große Gallusstraße 21, wird heute am 28. Oktober 1958, 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Heinz Gentsch, Frankfurt (Main), Varrentrappstraße 67, Telefon 77 43 10.

Konkursforderungen sind bis zum 1. 12. 58 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 12. Dezember 1958, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. 11. 1958 anzeigen.

Frankfurt (Main), 28. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3793

81 N 285/58: Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns und Rauchwarenhändlers Heinz Westphal, Frankfurt (Main), Schumannstraße 23, Komplementärs der Rauchwaren-Handelsgesellschaft Westphal K. G. (im Konkurs), Frankfurt (Main), Niddastraße 56 — wird heute am 28. Oktober 1958, 9.25 Uhr, Konkurs eröffnet. Der Industriekaufmann Helmut Burg-

hardt, Frankfurt (Main), Adalbertstraße 13, Telefon 77 73 41, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. 11. 1958 bei dem Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 5. 12. 1958, 12 Uhr vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stock, Zimmer 337 Termin anberaumt. Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. 11. 1958 Anzeige zu machen.

Frankfurt (Main), 28. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

3794

81 N 401/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Eigenheim eGmbH., Frankfurt (Main)-Höchst, soll eine 3. Abschlagsverteilung erfolgen. Dazu sind DM 30 000,— verfügbar. Zu berücksichtigen sind DM 331 062,93 nichtbevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigten Forderungen liegt zur Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. 81 — Aktz.: 81 N 401/55 — aus.

Frankfurt (Main)-Höchst, 3. 11. 1958

Der Konkursverwalter

Dr. Hermann Orth
Rechtsanwalt

3795

2 N 5/58: Über das Vermögen des Fuhrunternehmers Heinz Stegfried, Hochheim (Main), Bauerngasse 2, wird heute, am 28. Oktober 1958, 12 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner seine Zahlungsunfähigkeit eingeräumt hat. Zum vorläufigen Konkursverwalter wird Herr Carl v. Briel, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 47, bestellt. Konkursforderungen sind bis zum 18. 11. 1958 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 28. 11. 1958, 9 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 28. 11. 1958, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Hochheim (Main), Kirchstr. 21, Zimmer 13. Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 18. 11. 1958 anzeigen.

Hochheim (Main), 28. 10. 1958 Amtsgericht

3796

5 N 7/55 — **Konkursverfahren:** In dem Nachlaß-Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Richard Liesendahl, Herborm (Dillkreis), ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlußtermin auf den 11. Dez. 1958, 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hierselbst, Zimmer 25, bestimmt. Die Vergütung des Verwalters wird auf DM 187,50 festgesetzt.

Herborn, 30. 10. 1958 **Amtsgericht**

3797

50 (17) N 84/55: **Das Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 10. Juni 1955 verstorbenen Dipl.-Ing. Hans Waizenegger, zuletzt wohnhaft gewesen Kassel, Dörnbergstraße 5 und Stuttgart, Herweghstr. 17, Inhaber der nicht eingetragenen Firma gleichen Namens, Blech-, Stanz-, und Ziehteile, Kassel, Holländische Straße 23, ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und nach Ausschüttung der Masse aufgehoben.

Kassel, 20. 10. 1958 **Amtsgericht**

3798**Beschluß**

5 VN 3/58 — **Vergleichsverfahren:** Der Kaufmann Heinrich Scheuermann in Kirchhain (Bez. Kassel), Amöneburger Tor 2, alleiniger Inhaber der Firma Heinrich Scheuermann, Strumpffabrik in Kirchhain (Bez. Kassel), hat durch einen am 31. Oktober 1958 bei Gericht eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen beantragt.

Gemäß § 1 Vergl. O. wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Verfahrens Rechtsanwalt und Notar Martzloff in Kirchhain (Bez. Kassel) zum vorläufigen Verwalter bestellt. Dem Schuldner wird verboten, ohne Zustimmung des Vergleichsverwalters Verbindlichkeiten, ob zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehörend oder nicht, einzugehen. Alle eingehenden Gelder dürfen nur von dem Verwalter entgegengenommen und Zahlungen nur an diesen geleistet werden.

Gegen die Firma Heinrich Scheuermann wird sogleich ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen (§§ 59 — 64 Vergl. O.). Sämtliche Verfügungen sind nur mit Zustimmung des Vergleichsverwalters gültig (§ 64 Vergl. O.): Anhängige oder anhängig werdende Zwangsvollstreckungen gegen den Schuldner, betrieben von Gläubigern gem. § 29, Nr. 3 und 4 Vergl. O., oder von Gläubigern, die im Falle der Eröffnung des Vergleichsverfahrens Vergleichsgläubiger wären, werden bis zur Entscheidung über den Eröffnungsantrag, längstens jedoch auf die Dauer von sechs Wochen, einstweilen eingestellt.

Kirchhain (Bez. Kassel), 31. 10. 1958 **Amtsgericht**

3799**Beschluß**

N 5/58 — **Konkursverfahren:** Der Kaufmann Heinrich Wildhagen aus Malsfeld, Bez. Kassel, hat die Eröffnung des Konkursverfahrens über sein Vermögen beantragt. Über den Antrag ist noch nicht entschieden. Zur Sicherung der Masse wird

angeordnet: Dem Schuldner wird allgemein verboten, Gegenstände seines Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

Melsungen, 3. 11. 1958 **Amtsgericht**

3800

7 VN 7/58: **Das Vergleichsverfahren** über das Vermögen der Firma Rixen & Co. KG., Herstellung und Vertrieb von Schuhwaren in Offenbach (Main), Luisenstraße 82, ist nach Bestätigung des Vergleichs vom 18. 7. 1958 mit Ergänzung vom 2. Oktober 1958 durch Beschluß vom 31. Oktober 1958 gem. § 91 Vergl. O. aufgehoben. Die angeordneten Verfügungsbeschränkungen werden aufgehoben.

Offenbach (Main), 31. 10. 1958 **Amtsgericht, Abt. 7**

3801**Beschluß**

VN 1/57: **Vergleichsverfahren** über das Vermögen der Firma Gebrüder Grün KG., Oberhessische Mühlenbauanstalt in Lissberg (Kreis Büdingen).

Das Vergleichsverfahren wird aufgehoben, da der Vergleichsverwalter die Erfüllung des Vergleichs angezeigt hat.

Ortenberg, 29. 10. 1958 **Amtsgericht**

3802**Beschluß**

3 N 5/56: In dem **Konkurs** über das Vermögen des Steinbruch- und Fuhrunternehmers Willi Schäfer, Nauborn (Kreis Wetzlar) Wetzlarer Straße 3, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners auf **Mittwoch, den 3. Dezember 1958, 9 Uhr vormittags** anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Stellungnahme des Konkursverwalters sind auf der Geschäftsstelle hier zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Wetzlar, 20. 10. 1959 **Amtsgericht**

3803

62 N 49/58: Über das Vermögen der Firma Willy Becker GmbH., Eier-, Butter-, Käse- und Fettwarengroßhandlung, Wiesbaden, Westendstraße 13, wird heute am 16. Oktober 1958, 9 Uhr, unter Ablehnung des Vergleichsantrags vom 11. 9. 1958, **Anschluß-Konkurs** eröffnet.

Konkursverwalter: Dipl.-Kaufmann Hermann Grothus, Wiesbaden, Adolfs-Allee 20. Anmeldefrist (2 Stück) bis zum 25. November 1958. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 1. Dezember 1958, 9 Uhr, Zimmer 240. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 20. 11. 1958.

Wiesbaden, 16. 10. 1958 **Amtsgericht**

3804

62 N 20/55: **Das Konkursverfahren** über das Vermögen des am 4. Januar 1958 verstorbenen Malermeisters Josef Roth, Wiesbaden-Frauenstein, Dotzheimer Straße 27, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Wiesbaden, 22. 10. 1958 **Amtsgericht**

3805**Beschluß**

62 VN 2/58: In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen der Strumpffabrik Weidmüller & Co., Wiesbaden-Biebrich, Breslauer Straße 16, wird heute am 30. Oktober 1958, 16 Uhr, an die Schuldnerin ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Wiesbaden, 30. 10. 1958 **Amtsgericht**

Zwangsvollstreckungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rediten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

3806**Beschluß**

4 K 6/58: Das im Grundbuch von Bad Schwalbach, Band 5, Blatt 137 A, eingetragene Grundstück:

Lfd. Nr. 4, Gemarkung Bad Schwalbach, Flur 23, Flurstück 308/5, Liog.-B. 576, Hof- und Gebäudefläche, Gartenfeldstraße 6, 3,62 Ar,

soll am 22. Dezember 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Neustraße Nr. 12, Zimmer 10 — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 23. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elisabeth Charlotte Dienst, Bad Schwalbach.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 10 976,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Schwalbach, 29. 10. 1958 **Amtsgericht**

3807

K 4/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Erbach/Ts., Band 84, Blatt Nr. 1189 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück, am Freitag, den 9. Januar 1959, nachmittags 15 Uhr, an der Gerichtsstelle Camberg, Frankfurter Straße 11, Zimmer 3, versteigert werden.

Lfd. Nr. 7, Gemarkung Erbach, Ktbl. 14, Parz. 340/2, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenau 1, 2,60 Ar,

Der Versteigerungsvermerk ist am 20. 8. 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals 2a) Wwe. Katharina Schneider, geb. Schmitz in Leverkusen-Wiesdorf, b) kaufm. Angestellter Franz Schneider in Leverkusen Bürrig, c) Anstreicher Heinrich Schneider in Leverkusen-Wiesdorf sämtlich in ungeteilter Erbengemeinschaft eingetragen.

Der Grundstückswert ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf 12 500,— DM, Zwölftausendfünfhundert DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Limburg (Lahn), 27. 10. 1958

Amtsgericht-Zweigstelle
Camberg (Taunus)

3808

Beschluß

6 K 40/57: Die im Grundbuch von Malchen, Band 7, Blatt 333, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 2—4:

Flur 1, Nr. 244/1, Ackerland (Obstb.), hinterster Dollacker, 8,56 Ar, Betrag der Schätzung DM 1437,—,

Flur 1, Nr. 237, Hof- und Gebäudefläche, Dollacker, 15,44 Ar, Betrag der Schätzung DM 24 188,—,

Flur 1, Nr. 231, Ackerland, hinterster Dollacker, 8,00 Ar, Betrag der Schätzung DM 100,—,

sollen am Donnerstag, den 29. Januar 1959, vorm. 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 18. Juli 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gertrude Wilhelmine Keller, geb. Runkel, Wwe. des Dachdeckermeisters Ludwig Keller in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 27. 10. 1958 Amtsgericht, Abt. 6

3809

Beschluß

6 K 31/58: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk V, Band 93, Blatt 4693, eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 5, Gemarkung Darmstadt, Flur, Flurstück 329/1, Lieg.-B. 2021, Geb.-B. 187, Hof- und Gebäudefläche, Martinstr. 5, 6,24 Ar — Betrag der Schätzung: DM 4 000,—,

soll am Donnerstag, den 8. Januar 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz Nr. 12, Zimmer 418, — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 18. Sept. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Anna Reichel geb. Jungbluth, Ehefrau des Verlagsdirektors Johann Baptist Reichel in Saarbrücken.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 24. 10. 1958

Amtsgericht

3810

84 K 57/56 und 84 K 182/56: In Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Unterliedenbach, Band 6, Bl. 150, eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 2, Gemarkung Unterliedenbach, Fl. 12, Flurstück 280/59, bebauter Hofraum Legienstraße 12, Größe: 7,65 Ar,

am 13. Januar 1959, 13 Uhr, im Gerichtsgebäude Frankfurt a. M.-Höchst, Zuckerswerdtstraße 58, Zimmer 23, versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 9. 6. 1956 und 11. 1. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): die Eheleute Schreiner Heinrich Brech und Margarete Brech, geb. Schröder, beide in Frankfurt (Main)-Unterliedenbach, je zur ideellen Hälfte. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a, Abs. 5 ZVG. festgesetzt auf 62 120,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 14. 10. 1958

Amtsgericht, Abt. 84

3811

K 23/57: Die unabgeteilte Eigentums-hälfte des im Grundbuch von Weckesheim, Band 13, Blatt 742 eingetragenen Grundstücks:

Nr. 1, Gemarkung Weckesheim, Flur 1, Flurstück 21/2, Lieg.-B. 285, Geb.-B. 179, Hof- und Gebäudefläche Wiesenweg. 9, 7,67 Ar,

soll am 28. November 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 96, Zimmer 25, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 30. Dezember 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fuhrunternehmer Franz Datta in Weckesheim.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf DM 9767,—. Zur Abgabe von Geboten bedarf es der Vorlage einer schriftlichen Bietgenehmigung der Landwirtschaftsbehörde.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Friedberg (Hessen), 6. 10. 1958 Amtsgericht

3812

5 K 22/57: Das im Grundbuch von Fulda, Band 123, Blatt 5156, eingetragene Grundstück:

Nr. 21, Gemarkung Fulda, Flur 16, Flurstück 16/10, Lieg.-B. 1728, Geb.-B. 1484, tlw. Hof- und Gebäudefläche, Am Krankenhaus 2 = 4,86 Ar,

soll am 11. Dezember 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstr. 38, Zimmer 18 — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümerin am 16. 9. 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe des Vulkaniseurs Heinrich Wirthmann, Paula, geb. Wehner in Fulda, Kapuzinerstr. 1.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 38 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Fulda, 28. 10. 1958

Amtsgericht

3813

Beschluß

4 K 11/58: Das im Grundbuch von Großen-Linden, Band 35, Blatt 1956 eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großen-Linden, Flur 4, Flurstück 5 ⁵/₁₀, Lieg.-B. 1116, Ackerland in den Planken, 9,12 Ar, Grünland, 12,92 Ar,

soll am 25. November 1958, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gutfleischstraße 1, Zimmer 101 (Sitzungssaal) — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 11. April 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Friedrich Allendorfer in Lützellinden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1750,— Deutsche Mark (in Worten: Eintausend-siebenhundertundfünfzig).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gießen, 30. 10. 1958

Amtsgericht

3814

Beschluß

2 K 6/58: In der Zwangsversteigerungssache Luise Braselmann, geb. Lohn, in Wiesbaden — 2 K 6/58 — (St.-Anzeiger 43/1958) wird berichtend festgestellt, daß die evtl. erforderliche Bietgenehmigung vom Amtsgericht Hochheim (Main), Abt. für Landwirtschaftssachen erteilt wird.

Hochheim (Main), 31. 10. 1958 Amtsgericht

3815

51 (18) K 106/57: Am 7. Januar 1959, 9.30 Uhr sollen beim Amtsgericht, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die im Grundbuch von Wellerode, Band 19, Blatt 818 A, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Wellerode,

lfd. Nr. 3: Flur 8, Flurstück 200/23, Hof- und Gebäudefläche, Friedrich-Ebert-Straße 5, Größe: 4,33 Ar, lfd. Nr. 4: Flur 8, Flurstück 203/23, Hof- und Gebäudefläche, daselbst (ohne Nr.), Größe 4,33 Ar,

versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 19. Oktober 1957, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Maurer Heinrich Eskuche und dessen Ehefrau Anna, geb. Wendel, Wellerode, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 16. 10. 1958

Amtsgericht

3816

51 (18) K 52/56: Am 14. 1. 59, 11 Uhr, sollen beim Amtsgericht Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die in den Grundbüchern vom Weimar A: Band 23, Blatt 709 und B: Band 23, Blatt 710, eingetragenen Grundstücke:

zu A: lfd. Nr. 1, Gemarkung Weimar, Fl. 20, Flurstück 42, Grünland, am Rutsche Bruck, Größe: 63,81 Ar,

zu B: Gemarkung Weimar, lfd. Nr. 1: Flur 20, Flurstück 43, Hof- und Gebäudefläche, Dörnbergstraße Haus 101, Größe: 11,74 Ar, lfd. Nr. 2: Flur 20, Flurstück 44, Grünland, am Rutsche Bruck, Größe: 47,09 Ar, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 6. 1956, dem Tage der Eintragung des Zwangsver-

steigerungsvermerks: Gastwirt Wilhelm Hartmann in Weimar. Bieter bedürfen zur Abgabe von Geboten der Genehmigung des Amtsgerichts, Abteilung für Landwirtschaftsachen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 22. 10. 1958 **Amtsgericht**

3817**Beschluß**

5 K 17/58: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Dreieichenhain, Band 14, Blatt 1153, eingetragenen Grundstücks:

lfd. Nr. 6, Gemarkung Dreieichenhain, Flur I, Flurstück 112, Hof- und Gebäudefläche, Fahrgasse 39, 1,33 Ar,

soll am Mittwoch, dem 7. 1. 1959, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Amtsgericht Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden. Eingetragene Miteigentümer am 26. 8. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Lagerist Günter Baum, Dreieichenhain (Hessen), Fahrgasse 39 zu 1/2. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 9900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Langen (Hessen), 27. 10. 1958 **Amtsgericht**

3818

7 K 36/56: In der Zwangsversteigerungssache betr. des im Grundbuch von Offenbach a. M., Band 58, Blatt 1470 auf den Namen der a) Kraftfahrer Hans Salg zu 1/2 und b) dessen Ehefrau Susanne, geb. Kronenbenger zu 1/2 eingetragenen Grundstücks, Flur 22, Nr. 521, L.B. 441, Hof- und Gebäudefläche Eigenheimstr. 29, 1,21 Ar, wird der auf den 14. November 1958 anberaumte Versteigerungstermin aufgehoben.

Offenbach (Main), 29. 10. 1958 **Amtsgericht, Abt. 7**

3819

7 K 32/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 61, Blatt 2901, Gemarkung Neu-Isenburg

Flur I, Nr. 536/4, L.-B. 1200, Gartenland Waldstraße, 5,19 Ar, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur I, Nr. 536/5; L.-B. 1200, Hof- und Gebäudefläche Waldstraße 18, 6,16 Ar,

z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (18. Juli 1957) auf den Namen des Kaufmanns Hans Dimpfl in Frankfurt a. M. eingetragenen Grundstücke durch das unterzeichnete Gericht am **Dienstag, den 23. Dezember 1958, 9 Uhr**, Offenbach a. M., Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 37, versteigert werden. Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 46 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Offenbach, (Main), 30. 10. 1958 **Amtsgericht, Abt. 7**

3820**Beschluß**

K 1/55: Die im Grundbuch von Salmünster, Band 5, Blatt 220 und Band XIII, Art. 584, eingetragenen Grundstücke:

Blatt 220, Gemarkung Salmünster

lfd. Nr. 1, Flur F, Flurstück 598/273, Lieg.-B. 872, Geb.-B. 347, Wiese im See, 23,27 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur E, Flurstück 412/146, Ackerland in der Gartenhecke, 20,76 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur B, Flurstück 223/2, Hof- und Gebäudefläche, Gartenstr. 2, 11,15 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur A, Flurstück 805, Gartenland, Bahnhofstraße, 1,53 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur C, Flurstück 32/4, Wald (Holzung) vorm Heiblos, 6,20 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur E, Flurstück 234, Grünland unter der Kinzig, 38,24 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur E, Flurstück 263/1, Grünland, daselbst, 20,59 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur F, Flurstück 530/4, Ackerland, der Hortacker, 25,54 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur F, Flurstück 371, Hammelsfeld, Ackerland, 6,68 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur F, Flurstück 381, Ackerland, Hammelsfeld, 4,58 Ar,

lfd. Nr. 14, Flur G, Flurstück 5, Ackerland im Bornthal, 18,30 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur G, Flurstück 214/2, Grünland, in der Zellerau, 37,86 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur J, Flurstück 113, Wald (Holzung) an der Weinstraße, 23,58 Ar,

lfd. Nr. 27, Flur N, Flurstück 229, Grünland in der Galgenbach, 18,63,

lfd. Nr. 28, Flur P, Flurstück 7/2, Ackerland am Raulenberg, 33,09 Ar,

lfd. Nr. 29, Flur P, Flurstück 245/84, Ackerland, Vockenroth (Obst.), 35,72 Ar,

lfd. Nr. 31, Flur N, Flurstück 449/217, Ackerland, in der Galgenbach, 11,69 Ar.

Gemarkung: Bad Soden

lfd. Nr. 33, Flur 16, Flurstück 33, Lieg.-B. 467, Grünland, auf der unteren Au, 20,14 Ar.

Gemarkung Salmünster

lfd. Nr. 34, Flur B, Flurstück 245/1 Lieg.-B. 872, Grünland, Klinggarten, 5,98 Ar,

lfd. Nr. 35, Flur C, Flurstück 124/1, Ackerland am Mäuerchen 110,67 Ar. Ackerland (Obstb.), daselbst 22,10 Ar,

lfd. Nr. 36, Flur N, Flurstück 130/1, Ackerland in der Galgenbach, 10,05 Ar,

lfd. Nr. 37, Flur N, Flurstück 132/1, Ackerland, daselbst, 10,50 Ar.

Art. 584; Gemarkung Salmünster:

lfd. Nr. 1, Flur N, Flurstück 411/131, Lieg.-B. 133, Ackerland, in der Galgenbach, 7,86 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur N, Flurstück 412/131, Ackerland, daselbst, 8,36 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur N, Flurstück 413/131, Ackerland, daselbst, 13,82 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur N, Flurstück 415/131, Ackerland, daselbst, 13,62 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur N, Flurstück 416/131, Ackerland, daselbst, 12,05 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur N, Flurstück 417/131, Ackerland, daselbst, 27,03 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur N, Flurstück 418/131, Ackerland, daselbst, 12,56 Ar,

sollen am 12. Februar 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Salmünster, Amthof Nr. 6, Zimmer 6, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden, die in Art. 584 eingetragenen nur zu dem 1/10 Anteil des nachstehenden Eigentümers. Eingetragener Eigentümer am 27. Juli 1955 (Tag des Versteigerungsvermerks): Josef Auhl, Benediktus Sohn, Weißbinder und Landwirt in Salmünster (in Art. 584 nur zu 1/10 Anteil).

Der Wert der Grundstücke und Grundstücksanteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 41 640,90 DM, der Wert des Zubehörs auf 225 DM. Zur wirksamen Abgabe von Geboten ist die Vorlage einer Bieteneignung des Amtsgerichts (Gericht in Landwirtschaftssachen) erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Salmünster, 21. 10. 1958 **Amtsgericht**

3821

K 2/58: Die im Grundbuch von Eschenrod, Band 10, Blatt 562 und Band 16, Blatt 779, eingetragenen Grundstücke:

Grundbuch von Eschenrod, Band 10, Blatt 562:

Nr. 1, Flur I, Nr. 226, Graspflanzen im Dorf, 2,00 Ar,

Nr. 2, Flur I, Nr. 227, Hofreite daselbst, 5,25 Ar,

Nr. 3, Flur I, Nr. 228, Grabgarten daselbst, 3,81 Ar,

Nr. 7, Flur I, Nr. 644 1/2, Grabgarten am Lughof, 0,44 Ar,

Nr. 13, Flur XV, Nr. 131, Wiese im Heufeld, 35,31 Ar,

Nr. 15, Flur XXVIII, Nr. 57, Acker auf dem großen Hinterstein, 24,62 Ar,

Nr. 16, Flur XXIII, Nr. 356, Acker auf dem Wildhaus, 12,19 Ar,

Nr. 19, Flur IV, Nr. 40, Acker hinter dem Stein, 23,62 Ar,

Nr. 24, Flur X, Nr. 2, Wiese im Eckards, 14,69 Ar,

Nr. 25, Flur I, Nr. 590, Wiese auf dem Mühlberg, 3,00 Ar,

Nr. 26, Flur XXIII, Nr. 222, Wiese in der Rinnwiese, 20,50 Ar,

Nr. 27, Flur XVIII, Nr. 92, Wald im Heufeld, 19,44 Ar,

Nr. 28, Flur I, Nr. 252/1, Graspflanzen auf dem Lindenrain, 4,00 Ar,

Nr. 29, Flur III, Nr. 74/1, Grabland, Wiese am Münchberg auf dem Münchacker, 39,19 Ar,

Nr. 30, Flur V, Nr. 150/1 Acker auf der großen Bretten, 24,19 Ar,

Grundbuch von Eschenrod, Band 16, Blatt 779:

Nr. 2, Flur VIII, Nr. 213, Grünland auf dem Heegacker, 13,63 Ar,

Nr. 5, Flur VIII, Nr. 239, Acker auf dem langen Strauch 13,50 Ar,

Nr. 6, Flur XIX, Nr. 28, Wiese vor dem Rehberg, 47,19 Ar,

Nr. 7, Flur XX, Nr. 102, Acker daselbst, 12,13 Ar,

Nr. 8, Flur XX, Nr. 103, Acker daselbst, 12,13 Ar,

Nr. 9, Flur XX, Nr. 107, Acker daselbst, 18,19 Ar,
 Nr. 10, Flur XX, Nr. 108, Acker daselbst, 11,31 Ar,
 Nr. 11, Flur XX, Nr. 109, Acker auf der Wolfshecke, 20,19 Ar,
 Nr. 12, Flur XX, Nr. 110, Acker daselbst, 14,56 Ar,
 Nr. 13, Flur XX, Nr. 111, Acker daselbst, 8,06 Ar,
 Nr. 14, Flur XX, Nr. 118, Acker daselbst, 16,12 Ar,
 Nr. 15, Flur XX, Nr. 119, Acker daselbst, 32,31 Ar,
 Nr. 16, Flur XXI, Nr. 114, Hutweide daselbst, 21,75 Ar,
 Nr. 17, Flur XXII, Nr. 158, Acker auf dem Weidhof, 20,44 Ar,
 Nr. 18, Flur XXII, Nr. 159, Acker daselbst, 17,12 Ar,
 Nr. 19, Flur XXII, Nr. 160, Acker daselbst, 17,06 Ar,
 Nr. 20, Flur XXI, Nr. 94, Wiese bei der Sidmühle, 7,94 Ar,
 Nr. 21, Flur XXI, Nr. 108, Wiese daselbst, 4,56 Ar,
 Nr. 22, Flur I, Nr. 653, Grabgarten im Ughof, 0,81 Ar,
 Nr. 27, Flur VI, Nr. 185, Wiese in dem Zügenlug, 10,31 Ar,
 Nr. 28, Flur VI, Nr. 201, Acker im Zügenlug auf den Ellern, 10,31 Ar,
 Nr. 29, Flur VIII, Nr. 27, Acker im oberen Eckartenfeld vor den Hesseln, 10,25 Ar,
 Nr. 30, Flur XXIV, Nr. 179, Wiese ober dem Dorf, 10,94 Ar,
 Nr. 31, Flur XXVI, Nr. 45, Acker in der Molschbach, 11,38 Ar,
 Nr. 32, Flur XXVII, Nr. 4, Acker in der Föllwiese, 14,75 Ar,
 Nr. 33, Flur XXVII, Nr. 50, Wiese in der Truth, 80,69 Ar,
 Nr. 36, Flur XXIV, Nr. 178, Wiese ober dem Dorf, 8,56 Ar,
 Nr. 37, Flur XXV, Nr. 83, Acker in der Molschbach, 14,69 Ar,
 Nr. 38, Flur XV, Nr. 48 ⁹/₁₀ Grabland vor dem Stein, 1,19 Ar,
 Nr. 39, Flur V, Nr. 69, Acker daselbst, 9,06 Ar,
 Nr. 40, Flur XXII, Nr. 121, Wiese in der Oberbach, 27,56 Ar,
 Nr. 41, Flur XXIV, Nr. 229, Acker auf dem Sengertrisch, 29,31 Ar,
 Nr. 43, Flur VIII, Nr. 285, Wiese auf der Vannwiese, 14,19 Ar,
 Nr. 44, Flur XXIV, Nr. 214 ⁷/₁₀, Acker auf Sengertrisch, 8,31 Ar,
 Nr. 45, Flur XXV, Nr. 85, Acker in der Molschbach, 31,87 Ar,
 Nr. 46, Flur XXVI, Nr. 69, Acker hinter der Straße, 17,33 Ar,
 Nr. 47, Flur VI, Nr. 178, Grünland und Unland im Sengers, 21,33 Ar,
 Nr. 48, Flur VI, Nr. 244, Grünland in der Eichwiese, 36,73 Ar,
 Nr. 49, Flur VIII, Nr. 295, Acker am Ottenweg, 53,00 Ar,
 Nr. 50, Flur X, Nr. 10, Acker hinter der Barth, 14,50 Ar,

Nr. 51, Flur V, Nr. 368/1, Grabland auf der Molschbach, 1,63 Ar,

Nr. 52, Flur I, Nr. 633, Acker im Lugfeldchen, 13,88 Ar,

Nr. 53, Flur V, Nr. 56/1, Acker, Wiese vor dem Stein, 22,50 Ar,

Nr. 54, Flur V, Nr. 99/1, Acker am Körbersrahn, 24,19 Ar,

Nr. 55, Flur VI, Nr. 172/1, Grünland u. Unland auf den Butzenäckern, 80,85 Ar,

Nr. 56, Flur XV, Nr. 129, Wald im Heufeld, 24,19 Ar,

sollen am 18. Dezember 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude in Schotten, Schloßgasse 6, Zimmer 1 — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 12. März 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Willi Erwin Kaiser und dessen Ehefrau Erna, geb. Strauch, beide in Eschenrodt (Kreis Büdingen) als Gesamthandseigentümer auf Grund allgemeiner Gütergemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Schotten, 1. 11. 1958

Amtsgericht

3822

Beschluß

K 18/56: Das im Grundbuch von Jügesheim, Band 24, Blatt 1779 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 9, Flur 2, Flurstück 210, Hof- und Gebäudefläche, Ludwigstraße 79, 6,66 Ar, Wert DM 15 665,— soll am 3. 12. 1958, 10 Uhr im Gerichtsgebäude in Seligenstadt (Hessen, Klosterhof Nr. 2, Zimmer 3, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. August 1956 (Tag des Versteigerungsvermerks): Peter Heinrich Löw. Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 4. 11. 1957 festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt (Hessen), 31. 10. 1958

Amtsgericht

3823

Beschluß

K 8/57: Das im Grundbuch von Hainhausen, Band 11, Blatt 559 eingetragene Grundstück:

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 1469, Hof- und Gebäudefläche, Marienstraße 20, 7,38 Ar, Wert 30 000,— DM

soll am 10. Dezember 1958, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude, Seligenstadt (Hessen), Klosterhof 2, Zimmer 3 — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 13. Mai 1957 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Kaufmann Johann Neuhäusel, b) dessen Ehefrau Benedikta Franziska Josefa Neuhäusel, geb. Löffler, beide in Hainhausen, — je zur ideellen Hälfte —. Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 20. 12. 1957 festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Seligenstadt (Hessen), 3. 11. 1958

Amtsgericht

3824

Beschluß

1 K 3/58: Das im Grundbuch von Wehrheim (Ts.), Band 48, Blatt 1772 A eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wehrheim, Flur 90, Flurst. 55, Liegenschaftsbuch Nr. 1298, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 66, in Größe von 9,00 Ar und Ackerland in Größe von 18,78 Ar

soll am 30. Dezember 1958, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Weillburger Straße 2, Zimmer 16 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragener Eigentümer am 21. Juli 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bademeister Kurt Redmer in Wehrheim. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt. Es ist zweckmäßig, zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären. Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 65 000,— DM festgesetzt.

Uisingen (Taunus), 24. 10. 1958

Amtsgericht

3825

61 K 8/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am 22. Dezember 1958, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden: das im Grundbuch von Wiesbaden-Sonnenberg, Band 65 — Blatt 1758 (eingetragener Eigentümer am 3. 6. 1958, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Rentner Anton Engel in Sonnenberg und Ehefrau Wilhelmine, geb. Schwarz, daselbst, zu a) und b) als Miteigentümer je zur Hälfte) eingetragenen Grundstück

lfd. Nr. 1, Flur 9, Flurstück 15, Acker Kirschgarten, 2. Gewinn, 5,10 Ar.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 29. 10. 1958

Amtsgericht

3826

61 K 73/57: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Wiesbaden — Innen, Band 124, Blatt 1862 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 22. Dezember 1958, vor-

mittags 9.15 Uhr, an der Gerichtsstelle in Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 250, versteigert werden:

Lfd. Nr. 1, Flur 71, Flurstück 131/26, Hof- und Gebäudefläche, Wellnitzstraße 41, 3,11 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. 7. 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals Armim von Busse in Wiesbaden eingetragen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Wiesbaden, 31. 10. 1958 **Amtsgericht**

3827

K 3/58: Die im Grundbuch von Alsfeld, Band XXVI, Blatt 1984 eingetragenen Grundstücke:

Nr. 1, Gemarkung Alsfeld, Flur I, Nr. 1093/2, Hof- und Gebäudefläche, Hersfelder Straße 54, 10,29 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Alsfeld, Flur I, Nr. 1094/2, Gartenland, im Heeggraben, 3,27 Ar

sollen am 7. Januar 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 28. Mai 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frieda Hilgert, geb. Funke, Ehefrau in Alsfeld.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 42 500,— Deutsche Mark

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Alsfeld, 30. 10. 1958 **Amtsgericht**

3828

8 K 7/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Dillenburg, Band 36, Blatt 1324 eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 2. Januar 1959, vormittags 10 Uhr, an der Gerichtsstelle Untertor 8, Zimmer 18, versteigert werden:

Nr. 1, Flur 43, Flurstück 5, Acker Am Rheinweg, 20,06 Ar,

Nr. 2, Flur 26, Flurstück 22, Acker An der Vogelstange, 16,91 Ar,

Nr. 3, Flur 43, Flurstück 4, Acker Am Rheinweg, 20,06 Ar,

Nr. 4, Flur 45, Flurstück 34, Acker Hinscheid, 23,14 Ar,

Nr. 5, Flur 45, Flurstück 35, Acker daselbst, 18,25.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. März 1958 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigentümer war damals der Gastwirt Georg Erb in Dillenburg eingetragen. Gebote auf mehrere der zur Zwangsvollstreckung stehenden Grundstücke bedürfen der vorherigen Genehmigung des Landwirtschaftsamtes in Herborn. Der Wert aller Grundstücke ist auf 3300,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 31. 10. 1958 **Amtsgericht**

3829

3 K 18/58 — 1. Die im Grundbuch von Hintermeilingen, Band 10, Blatt 362 eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hintermeilingen, Flur 15, Flurstück 504/219, Grünland in der Wiese hinterm Dorf, 4,59 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 12, Flurstück 308, Ackerland weiße Erde, 2,43 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 15, Flurstück 335, Ackerland auf der Dörrheck, 7,33 Ar, Grünland daselbst, 5,04 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 12, Flurstück 316, Ackerland hinter der Heuwies, 8,50 Ar,

2. die 1/2 Anteile des Johannes Hofmann an den im Grundbuch von Hintermeilingen Blatt 592 eingetragenen Grundstücken:

lfd. Nr. 3, Flur 3, Flurstück 26, Ackerland in d. Hahnbach, 3,41 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 12, Flurstück 615/467, Hof- und Gebäudefläche, Kuhweg 79a, 0,54 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 12, Flurstück 449, Hof- und Gebäudefläche, Kuhweg 79a, 3,85 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 12, Flurstück 616/468, Hof- und Gebäudefläche daselbst, 0,76 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 12, Flurstück 448, Hofraum daselbst, 1,50 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 12, Flurstück 451, Hof- und Gebäudefläche daselbst, 5,65 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 12, Flurstück 452, Grünland Kuhweg, 2,43 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 12, Flurstück 450/1, Hof- und Gebäudefläche, Kuhweg 79a, 1,62 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 3, Flurstück 8, Ackerland in d. Hahnbach, 8,45 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 11, Flurstück 78, Ackerland auf d. Waag, 4,92 Ar.

sollen am 21. Januar 1959, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 3. 10. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks) Schreinermeister Johann Jos. Hofmann in Hintermeilingen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt 1. Hintermeilingen, Blatt 362 für lfd. Nr. 1 auf 165,— DM, lfd. Nr. 2 auf 60,— DM, lfd. Nr. 4 auf 200,— DM, 2. Hintermeilingen, Blatt 592 für 1/2 der lfd. Nr. 3 auf 45,— DM, für 1/2 der lfd. Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 auf 11 000,— Deutsche Mark, für 1/2 der lfd. Nr. 11 auf 50,— DM, für 1/2 der lfd. Nr. 12 auf 250,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Hadamar, 16. 10. 1958 **Amtsgericht**

Die im Staats-Anzeiger Nr. 34/1958 veröffentlichten

Verwaltungsvorschriften

zur Durchführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (HBeihVO) vom 12. August 1958

sind als **Sonderdruck 34/58**

zum Stückpreis von **DM —,40** erhältlich:

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

FRANKFURT (MAIN)

Münchener Straße 54

Telefon 331196 u. 331214

WIESBADEN

Herrnmühlgasse 11 A

Telefon 25861

Postversand: gegen Vorauszahlung von DM —,50 in Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 117337 — Verlag Kultur und Wissen GmbH., Frankfurt/M. — (Verwendungszweck auf dem Abschnitt genau bezeichnen).

3830

Schulverbandssatzung

Der zwischen den Gemeinden Hauswurz und Kauppen (Verbandsmitglieder) bestehende Schulverband gibt sich gemäß § 3 Abs. 2 des Schulkostengesetzes vom 10. 7. 1953 (GVBl. S. 126) folgende Satzung:

§ 1

(1) Der Schulverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
(2) Der Schulverband ist Träger der Volksschule in Hauswurz. Er trägt die Bezeichnung Schulverband Hauswurz. Sein Sitz ist in Hauswurz.

(3) Soweit sich nicht aus dieser Satzung etwas anderes ergibt, findet die Hessische Gemeindeordnung und die dazu ergangenen und ergehenden Ausführungsbestimmungen in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Gemeindevertretung die Verbandsvertretung und an die Stelle des Gemeindevorstandes der Verbandsvorsteher tritt.

§ 2

(1) Zum Schulverbandsvermögen gehören folgende Grundstücke und Einrichtungen:

- a) Massives Schulgebäude (2 Stockwerke) und Wirtschaftsgebäude;
- b) Grundstücke des Schulverbandes eingetragen im Grundbuch von Hauswurz Bd. V. Blatt 158:

Lfd.Nr.	Gemarkung:	Flur:	Parzelle:	Kulturart:	Größe
1	Hauswurz	A	494/129	Am Kirchberg/Hofr.	12,77 Ar.
2	Hauswurz	A	133	Am Kirchberg Garten	4,77 Ar.
3	Hauswurz	A	134	dto.	1,00 Ar.
4	Hauswurz	E	10	Am Eichsfelsküppel	
				Acker	21,65 Ar.
				Gesamtgröße	40,19 Ar.

Der Gesamtschulverband ist eingetragen als Eigentümer im Grundbuch von Hauswurz, Bd. 8 Bl. 224.

(2) Soweit die Grundstücke im Grundbuch noch als Eigentum einer Gemeinde eingetragen sind, ist die Umschreibung auf den Schulverband binnen Jahresfrist vorzunehmen.

§ 3

Organe des Schulverbandes sind:

1. die Verbandsvertretung,
2. der Verbandsvorsteher.

§ 4

(1) Die Mitglieder der Verbandsvertretung, mit Ausnahme der Bürgermeister der Verbandsglieder, werden gemäß § 55 der Hessischen Gemeindeordnung von den Gemeindevertretungen der Verbandsglieder aus ihrer Mitte gewählt.

(2) Die Gemeinde Hauswurz entsendet 2, die Gemeinde Kauppen 1 Vertreter. Für den Fall ihrer vorübergehenden Verhinderung sind eine entsprechende Anzahl von Stellvertretern zu wählen. Die jeweiligen Bürgermeister der Gemeinden Hauswurz und Kauppen sind regelmäßig als Vertreter und deren verfassungsmäßig berufene Vertreter im Amt als Stellvertreter unter Anrechnung auf die zu stellende Vertreterzahl in die Verbandsvertretung zu entsenden.

(3) Die Gemeindevertretung kann den von ihr gewählten Mitgliedern der Verbandsvertretung Weisungen für die Abstimmungen und Wahlen in der Verbandsvertretung erteilen.

§ 5

(1) Die Wahlperiode der zur Verbandsvertretung zu wählenden Mitglieder richtet sich nach der Wahlperiode der Gemeindevertretungen. Die Neuwahl hat jeweils innerhalb von drei Monaten nach der Neuwahl der Gemeindevertretungen zu erfolgen.

(2) Scheidet ein Verbandsvertreter aus der Gemeindevertretung, die ihn gewählt hat, vorzeitig aus, so erlischt seine Mitgliedschaft in der Verbandsvertretung. Sein Nachfolger ist innerhalb von drei Monaten durch die Gemeindevertretung zu wählen.

§ 6

Die Verbandsvertretung muß wenigstens einmal im Jahre zusammenzutreten. Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muß mindestens ein Zeitraum von einer Woche, in dringenden Fällen von drei Tagen liegen. Die Ladung zur ersten Sitzung der Verbandsvertretung erfolgt durch den Bürgermeister der Gemeinde, in deren Gebiet der Schulverband seinen Sitz hat.

§ 7

Die Verbandsvertretung beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten, insbesondere über folgende:

1. die Errichtung der Satzung und ihre Änderungen (§ 16),
2. den Erlaß der Haushaltssatzung und die Feststellung des Haushaltsplanes,
3. die Festsetzung der Verbandsumlage (§ 13),
4. die Entgegennahme der Jahresrechnung und die Erteilung der Entlastung an den Verbandsvorsteher,
5. die Errichtung, Erweiterung, Einschränkung oder Schließung (§ 4 Abs. 1 des Schulkostengesetzes) sowie die Verlegung einer Schule, die zweckfremde Verwendung von Lehrerdienstwohnungen (§ 6 Abs. 1 des Schulkostengesetzes),
7. die Veräußerung oder Belastung von Grundvermögen des Schulverbandes, das Schulzwecken gewidmet ist (§ 27 des Schulkostengesetzes),
8. die Aufnahme neuer Mitglieder,
9. die sonstigen in dieser Satzung der Verbandsvertretung zugewiesenen Aufgaben.

§ 8

(1) Der Verbandsvorsteher und der stellvertretende Verbandsvorsteher werden von der Verbandsvertretung aus der Reihe der Bürgermeister der an dem Schulverband beteiligten Gemeinden für die Dauer von 4 Jahren gewählt.

(2) Der Verbandsvorsteher kann mit Zustimmung der Verbandsvertretung einen Kassenverwalter und einen Schriftführer bestellen.

§ 9

(1) Der Verbandsvorsteher vertritt den Schulverband nach außen.

(2) Erklärungen, durch die der Schulverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von dem Verbandsvorsteher oder seinem Stellvertreter unterzeichnet und mit dem Siegel des Schulverbandes versehen sind.

§ 10

(1) Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte des Schulverbandes nach den Beschlüssen und Weisungen der Schulverbandsvertretung, soweit sie nicht dieser selbst oder gemäß § 17 Schulverwaltungsgesetz dem Gesamtschulvorstand vorbehalten sind.

(2) Für die Verwaltung des Vermögens und der Schulen sowie für das Haushalts-, Rechnungs- und Prüfungswesen gelten die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu ergangenen Verordnungen entsprechend.

(3) Für die Befugnis des Verbandsvorstehers, Beschlüssen der Verbandsvertretung zu widersprechen und die Rechtsbehelfe der Verbandsvertretung gilt § 63 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend.

§ 11

Der Verbandsvorsteher, sein Stellvertreter, der Kassenverwalter und der Schriftführer erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe die Verbandsvertretung jeweils für ein Rechnungsjahr festsetzt.

§ 12

(1) Die Aufgaben und Befugnisse des Gesamtschulvorstandes ergeben sich aus § 17 in Verbindung mit § 7 ff. Schulverwaltungsgesetz.

(2) Die gemäß § 17 Abs. 3 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Ziff. 1 Schulverwaltungsgesetz zu wählenden Mitglieder des Gesamtschulvorstandes sollen aus den Reihen der Verbandsvertreter gewählt werden.

§ 13

(1) Die zur Unterhaltung der Verbandsschule(n) erforderlichen Mittel werden durch Umlage von den Verbandsgliedern erhoben.

(2) Die Verbandsumlage ist in der Haushaltssatzung des Schulverbandes für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen. Sie wird von den Verbandsgemeinden Hauswurz und Kauppen zur Hälfte nach dem Verhältnis der am 15. Mai des vorhergehenden Rechnungsjahres bestehenden Schülerzahl, zur anderen Hälfte nach dem Verhältnis der Steuerkraftmeßzahl des jeweils geltenden Finanzausgleichs erhoben.

§ 14

(1) Über die Auflösung des Verbandes beschließt die Verbandsvertretung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen.

(2) Will ein Verbandsglied aus dem Schulverband ausscheiden, hat es diese Absicht dem Schulverband schriftlich anzuzeigen. Das Ausscheiden ist erst zum Schluß des auf die Anzeige folgenden Rechnungsjahres möglich.

§ 15

(1) Im Falle der Auflösung des Schulverbandes wird das Verbandsvermögen nach Rückübertragung oder Wertersatzung der eingebrachten Grundstücke und Einrichtungen (§ 2) auf die Verbandsglieder nach dem Verhältnis der von ihnen geleisteten Verbandsumlage (§ 10) verteilt.

(2) Im Falle des Ausscheidens eines Verbandsmitgliedes erhält es das eingebrachte Vermögen zurück oder Wertersatz. Für das übrige Verbandsvermögen bleibt der Schulverband Rechtsträger.

§ 16

(1) Änderungen der Satzung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Verbandsvertretung.

(2) Dies gilt nicht für Berichtigungen der Satzung, die durch die Aufnahme oder das Ausscheiden (§ 14 Abs. 2) von Verbandsgliedern erforderlich werden.

§ 17

Bekanntmachungen des Schulverbandes erfolgen durch die Verbandsglieder in ortsüblicher Weise. Die Satzung und jede Änderung der Satzung werden durch den Verbandsvorsteher im Staatsanzeiger öffentlich bekanntgemacht.

§ 18

Über Streitigkeiten wegen der Auslegung der Satzung entscheidet auf Antrag eines Verbandsgliedes der Regierungspräsident.

§ 19

Diese Satzung tritt nach Genehmigung durch die Schulaufsichtsbehörde und Veröffentlichung in Kraft; das gleiche gilt für Satzungsänderungen (§ 3 Abs. 2 und 3 Satz 1 Schulkostengesetz).

Von den Gemeindevertretungen der Verbandsglieder beschlossen:
Hauswurz, 10. 8. 1958

Siegel der
Gemeinde Kauppen
Kreis Fulda
Herbert
Bürgermeister

Siegel der
Gemeinde Hauswurz
Kreis Fulda
Leinweber
Bürgermeister

Genehmigung

Auf Grund des § 3 Abs. 2 des Schulkostengesetzes vom 10. 7. 1953 (GVBl. S. 126) genehmige ich die Satzung des Schulverbandes Hauswurz, nachdem die Gemeindevertretungen der Verbandsgemeinden Hauswurz und Kauppen diese Satzung am 10. 8. 1958 beschlossen haben und ihr der Gesamtschulvorstand an demselben Tage zugestimmt hat.

Kassel, den 29. September 1958
Siegel

Der Regierungspräsident
II/2 a — Sch.A. Hauswurz

Einzelstücke dieser Ausgabe d. St.-Anz. sind erhältlich zum Stückpreis von DM 0,40

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Frankfurt (Main), Münchener Str. 54
Tel. 33 12 14 / 33 11 96

Wiesbaden, Hermannmühlgasse 11A, Postschließfach 109
Tel. 2 58 61

Postversand: gegen Vorauszahlung von DM 0,50 in Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 117 337 — Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Ffm. — (Verwendungszweck auf dem Abschnitt genau bezeichnen.) — Lieferung gegen Rechnung nur ab 4 Exemplaren an Behörden, Dienststellen und Organisationen.

3831

Kraftloserklärung. Durch Beschluß vom 29. Oktober 1958 ist das Sparkassenbuch Nr. 13899, lt. auf Frau Kamilla Ostrcil, Hopfgarten, Krs. Alsfeld, für kraftlos erklärt worden.
Alsfeld, 29. 10. 1958

Kreissparkasse Alsfeld
Der Vorstand

3832

Aufforderung: A. Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt: 1. Anna Emmerling, Fulda, Leipziger Straße 42, Sparkassenbuch Nr. 30128; 2. Herta Tormasi, geb. Sack, Bad Salzschlief, Lindenstraße 113, Sparkassenbuch Nr. 5928 unserer Hauptzweigstelle Bad Salzschlief; 3. Gerda Frankenhäuser, geb. Krüger, Bad Salzschlief, Riedstraße 136, Sparkassenbuch Nr. 8501 unserer Hauptzweigstelle Bad Salzschlief.

B. Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt: 1. Josef Remmert, Stöckels, Sparkassenbuch Nr. 40437, lautend auf den Namen Eduard Remmert, Almendorf; 2. Melitta Lucas, Fulda, An der Waldes 2, Sparkassenbuch Nr. G 1421 lautend auf den Namen Harald Lucas, Fulda, An der Waldes 2; 3. Schwarzenden/Rhön e. V., Bodenhof, Sparkassenbuch Nr. 2655 unserer Hauptzweigstelle Gersfeld, lautend auf den Namen „Maika-Bau-Steine“.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.
Fulda, 27. 10. 1958

Kreissparkasse Fulda: Der Vorstand

3833

Aufforderung: Herr Konrad Guthof, Kassel-Ha., Dasselstr. 25, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 473/11/1625 beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.
Kassel, 4. 11. 1958

KREISSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

3834

Aufforderung: Herr Heinrich Euler, Wernges, hat die Kraftloserklärung des Hinterlegungsscheines für das Sparkassenbuch Nr. 1419, lautend auf Elise Wienold, Wernges, Bennhardsweg 8, beantragt. Der Inhaber des Hinterlegungsscheines wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Hinterlegungsscheines seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls der Hinterlegungsschein für kraftlos erklärt wird.
Lauterbach, 31. 10. 1958

Kreissparkasse Lauterbach in Hessen
Der Vorstand

3835

Aufforderung: Herr Eduard Wenzel, Kaufmann, Lützellinden, Haus-Nr. 108, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 54 179 beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten mit der Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.
Wetzlar, 3. 11. 1958

KREISSPARKASSE WETZLAR
Der Vorstand

Anderer Behörden und Körperschaften

3836

Bei der Schutzpolizeidienststelle der Stadt Flörsheim ist die

Planstelle eines Polizei-Hauptwachtmeisters

ab sofort zu besetzen. Schriftliche Bewerbungen mit beglaubigten Zeugnisabschriften und lückenlosem Nachweis der Ausbildung erbeten bis spätestens 30. November 1958.

Der Magistrat der Stadt
Flörsheim (Main)

3837

Beim Kindererholungsheim des Landkreises Waldeck in Norderney ist die Stelle einer

Kindergärtnerin

zum baldmöglichsten Zeitpunkt zu besetzen. Vergütung wird nach Gruppe VIII der TO.A. gezahlt.

Bewerberinnen, die die vorgeschriebene Ausbildung nachweisen können, werden gebeten, ihre Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse Lichtbild usw.) sofort einzusenden an den

Kreisausschuß
des Landkreises Waldeck
in Korbach

Korbach, 31. 10. 1958

3838

Die Gemeindeverwaltung Mörfelden im Landkreis Groß-Gerau, 9000 Einwohner, sucht zu sofortigem Eintritt einen

Gemeinde-Inspektor

Sachbearbeiter der Hauptverwaltung mit Erfahrungen im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen.
(II. Verwaltungsprüfung Voraussetzung)

Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an den Gemeindevorstand Mörfelden, Landkreis Groß-Gerau.

Der Gemeindevorstand:
Wolf
Bürgermeister

Mörfelden, 29. 10. 1958

Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf WIESBADEN, Moritzstraße 36
Ruf: 2 32 36 und 2 08 70

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.
Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden
Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 58 61). Postfach 109 (Einsendungen: Wiesbaden, Hermannmühlgasse 11 A)
Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 2 vom 1. 4. 1956. Auflage: 9800. Umfang: 32 Seiten.